BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Oktober 1962 DM 2,–
Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- Chronik des Monats September 1962 S. 721
- Kommentare S. 724

- Die Lage:
  Johannes Weidenheim:
  Rausch, Obstruktion und notwendige Tat S. 731

- Prof. Dr. Renate Riemeck:
  De Gaulle und seine Deutschen S. 740
- Unterrichtsminister K. Helweg Petersen, Kopenhagen:
  Zur Erforschung internationaler Konflikte S. 743
- Arno Behrisch:
  Der Führer ging, die Paladine blieben S. 747
- Peter Lust, Montreal:
  Kanada und Kuba S. 752
- Hans Wirtz:
  Zum Zweiten Vatikanischen Konzil S. 757
- Dr. Achim v. Borries:
  William L. Shirer und seine Kritiker S. 769
- Anton Zischka:
  Verdummt die Menschheit? S. 779

- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 786

- Buchbesprechungen S. 791

- Dokumente zum Zeitgeschehen S. 793

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VII. Jahrgang Heft 10

Vorgesehen sind u. a.:

Kanonikus Collins, London:
Die britische Anti-Atom-Bewegung

Dr. Rudolf Hilf:
Dynamik des Friedens

Helga Koppel:
Die Grund-Torheit. Über den Anti-Kommunismus

Peter Lust, Montreal:
Krieg und Frieden

Prof. Dr. Mitsuo Miyata, Tokio:
Friede als bürgerlicher und christlicher Auftrag

In den letzten Heften u. a.:

Prof. D. Helmut Gollwitzer:
Die Kirche in der deutschen Situation (5/62)

Prof. Dr. Albert Rasker:
Erwägungen zur deutschen Frage (5/62)

Außenminister
Dr. Adam Rapacki:
Zur Kritik an den polnischen Plänen für eine atomwaffenfreie Zone (6/62)

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder:
Von Ursachen und Folgen föderalistischer Mißverständnisse (7/62)

Dr. Hermann Rauschning:
Kontinuität des Irrtums (8/62)

William L. Shirer:
Zur dt. Kritik an „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches" (9/62)

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Tel. 21 53 36; Postscheckkonto: Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank Köln.
Erscheinungsweise: Um den 10. jeden Monats. Preis DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VII. Jahrgang **Oktober 1962** **Heft 10**

Chronik des Monats September 1962

1. 9. — Kambodscha. Prinz Sihanouk begrüßt die auf seinen Appell eingegangenen Zusicherungen der USA, der Sowjetunion, Frankreichs, Großbritanniens, Nord-Vietnams und der Volksrepublik China, die Neutralität Kambodschas anzuerkennen und zu respektieren, verlangt aber die gleichen internationalen Garantien, wie sie Laos auf der 14-Mächte-Konferenz im Juli 1962 erhalten hat. (Vgl. Dokumente zum Zeitgeschehen in „Blätter" Heft 8/62.)

2. 9. — Kuba. In einem neuen Wirtschaftsabkommen verpflichtet sich die Sowjetunion u. a., moderne Waffen und Ausbildungs-Instrukteure für Kuba bereitzustellen. Wirtschaftsminister Guevara bezeichnet die Bedrohung seines Landes durch „aggressive imperialistische Kreise" als Grund für die erbetene Militärhilfe.

3. 9. — Algerien. Die FLN veröffentlicht das im Juni 1962 formulierte Programm des Algerischen Nationalrats. Es enthält wichtige Grundsätze für die wirtschaftliche Umgestaltung Algeriens: (a) Staatliche Leitung und Planung der Wirtschaft; (b) Agrarreform und Begrenzung des Grundbesitzes; (c) Nationalisierung der wichtigsten Zweige des Außen- und Großhandels sowie des Verkehrs; (d) Garantie des Streikrechts, Ausweitung des Erziehungswesens und kostenlosen Gesundheitsdienst.

— Berlin. Bürgermeister Brandt nennt den Viermächte-Status eine „Fiktion" und propagiert statt dessen die Drei-Mächte-Verwaltung als eine „Realität" und den engeren staatsrechtlichen Anschluß West-Berlins an die Bundesrepublik.

4. 9. — Pugwash-Konferenz. 200 Wissenschaftler aus Ost und West diskutieren auf der „Pugwash-Konferenz" in London Wege zur Abrüstung. (Vgl. Dokumente zum Zeitgeschehen.)

— U-2-Zwischenfall. Gegen den „Spionageflug" eines in großer Höhe operierenden Aufklärungsflugzeuges vom Typ U 2 über sowjetischem Territorium protestiert der Kreml beim amerikanischen Außenministerium. Das State Department bestätigt den „unabsichtlichen Überflug", läßt aber wissen, daß die Operationen „zur Überwachung internationaler Gewässer in der Nähe der Sowjetunion" fortgesetzt würden. — Am 9. 9. meldet die Regierung in Peking den Abschuß einer gleichen Maschine mit nationalchinesischem Hoheitszeichen.

4.—9. 9. — Staatsbesuch. Der französische Staatspräsident de Gaulle reist durch die Bundesrepublik und besucht das Rhein-Ruhr-Gebiet, Hamburg, Bayern und Baden-Württemberg. In Bonn bespricht er mit Bundeskanzler Adenauer Aspekte der deutsch-französischen Europa-Politik.

5. 9. — Algerien. Um den drohenden Bürgerkrieg abzuwenden, treffen Ben Bella und die zu ihm in Opposition stehenden

Offiziere verschiedener Wehrbezirke eine Vereinbarung zur Entmilitarisierung der Stadt Algier. Das Politische Büro kehrt in die Hauptstadt zurück und beginnt mit der Vorbereitung der mehrmals verschobenen Wahlen.

— Rapacki-Plan. Gespräche mit Parteisekretär Gomulka und Außenminister Rapacki führt der britische Oppositionsführer in Warschau. Vor der Presse teilt Gaitskell mit, er habe nach einer Diskussion der Deutschland- und Berlin-Frage mit seinen Gesprächspartnern Einigung über den Rapacki-Plan erzielt, der die Gefahr eines Konflikts in Mitteleuropa verringern würde, ohne das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte zu zerstören.

6. 9. — Gewerkschaften. Auf dem Kongreß der größten Einzel-Gewerkschaft im DGB übt IG-Metall-Vorsitzender Otto Brenner Kritik an der Sozial- und Wirtschafts-Politik der Bundesregierung und fordert die „Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, in der Wirtschaft genau so wie in der Politik". Im Gegensatz zu den „Berliner Beschlüssen" heißt es in einer neuen Resolution, die IG Metall werde bei Annahme der Notstandsgesetze durch eine parlamentarische Zweidrittel-Mehrheit keinen Streik ausrufen und nur bei „Gefährdung der gewerkschaftlichen Rechte" Kampfmaßnahmen erwägen.

— Ost-West-Kontakte. Zu einem mehrstündigen Gespräch empfängt Ministerpräsident Chrustschow an seinem Urlaubsort auf der Krim den amerikanischen Innenminister Udall. — Der sowjetische Landwirtschaftsminister Pjizin tritt am 10. 9. eine Informationsreise in die Vereinigten Staaten an.

7. 9. — Abrüstung. Bis zum 12. November vertagt sich die Genfer Konferenz nach ihrer 82. Plenarsitzung und überweist das Abrüstungsthema der UN-Vollversammlung. Die drei Atommächte erhalten den Auftrag, ihre Bemühungen um ein Kernwaffen-Versuchsverbot auch in der Konferenzpause fortzusetzen.

9. 9. — Kuba. Präsident Kennedy hält die Forderung einiger Senatoren nach sofortigem militärischen Eingreifen in Kuba für ungeeignet. Gleichzeitig verlangt jedoch die amerikanische Regierung von ihren Verbündeten die Beteiligung an wirtschaftlichen Blockademaßnahmen. Während sich Großbritannien und andere NATO-Mitgliedstaaten ablehnend äußern, unterwirft das Bundeswirtschaftsministerium am 26. 9. die deutschen Charter-Transporter nach kubanischen Häfen einem Genehmigungsverfahren. — Am 11. 9. erklärt die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS, ein Angriff auf Kuba beschwöre „den Einsatz nuklearer Waffen" herauf und würde den „Beginn eines unbegrenzten Krieges" bedeuten.

10.—19. 9. — Commonwealth. Der geplante EWG-Beitritt Großbritanniens ist wichtigstes Thema der Jahreskonferenz des Commonwealths. Fast alle anwesenden Premierminister mißbilligen den britischen Beschluß und äußern Befürchtungen für die eigene nationale Wirtschaft.

11. 9. — Bundeshaushalt. 56,8 Mrd. Mark an Einnahmen und Ausgaben soll der Bundeshaushalt für 1963 entsprechend einem Kabinettsbeschluß erreichen. Von der Erhöhung um 3,4 Mrd. DM gegenüber 1962 entfallen 2 Mrd. DM auf den Rüstungsetat, der damit von 15 auf 17 Mrd. DM ansteigt.

— Deutschlandfrage. Die Sowjetregierung drängt erneut auf „den baldigen Abschluß eines deutschen Friedensvertrages" und die „Regelung der Situation in Westberlin auf dessen Grundlage", erklärt sich aber bereit, vor neuen Verhandlungen die amerikanischen Kongreßwahlen im November abzuwarten.

12. 9. — Frankreich. Im Kabinett steht die von Präsident de Gaulle angestrebte „Verfassungsrevision" zur Erwägung, das künftige Staatsoberhaupt (und den Nachfolger de Gaulles) unter Ausschaltung des Parlaments und der Wahlmänner durch ein Referendum zu bestimmen.

14. 9. — Kanzlernachfolge. Über den Rücktritt Dr. Adenauers im Herbst 1963 bestehe „Übereinstimmung zwischen den Koalitionsparteien". Sollte dieser Termin nicht eingehalten werden, erklärt der FDP-Vorsitzende Mende auf einer Wahlversammlung, so seien die fünf Kabinettsmitglieder seiner Partei „zum Rücktritt entschlossen". — Die Diskussion um die „Füh-

rungskrise" entzündet sich einige Tage später erneut an dem Vorschlag eines CDU-Abgeordneten, den Kanzler für das Amt des Bundespräsidenten zu nominieren.

15. 9. — Iran. Während eines Notenwechsels mit dem sowjetischen Außenministerium versichert die iranische Regierung, sie habe trotz des bestehenden Militärbündnisses mit den Vereinigten Staaten nicht die Absicht, einer „fremden Macht" die Anlage von Raketen-Stützpunkten auf ihrem Territorium zu gestatten.

— Berlin. Meinungsverschiedenheiten über die britische Berlin- und Deutschlandpolitik sehen Beobachter in dem Rücktritt des ranghöchsten Vertreters des Foreign Office in Berlin. McDermott, von seiner Regierung in den Ruhestand versetzt, publiziert einen 9-Punkte-Vorschlag. (Vgl. Dokumente zum Zeitgeschehen.) — „Volles Vertrauen" in die Berlin-Politik der USA setze die Bundesregierung, erklärt Wirtschaftsminister Erhard in Washington und verspricht weitere Rüstungskäufe bei amerikanischen Firmen aus dem ungekürzten Bundeswehr-Etat.

17. 9. — Laos. Die ersten amerikanischen Militärberater verlassen — gemäß den Bestimmungen des Genfer Laos-Abkommens vom Juli 1962 — das Land. Techniker aus Nord-Vietnam waren schon Anfang September abgezogen worden.

18. 9. — UNO. Die 17. Vollversammlung der Vereinten Nationen beginnt in New York ihre Sitzungsperiode. Mit der Aufnahme der neuen Staaten Ruanda, Burundi, Jamaica und Trinidad erreicht die Zahl der Mitglieder 108. In der politischen Generaldebatte bringen zahlreiche Redner die Lage in Deutschland zur Sprache, mit der sich auch die anwesenden Außenminister Gromyko, Rusk und Lord Home in getrennten Unterredungen beschäftigen.

19.—23. 9. — Argentinien. Straßenkämpfe in Buenos Aires und einigen Provinzstädten zwischen rivalisierenden Militärs führen zu einer neuerlichen Umbildung des ohne parlamentarisches Mandat regierenden Kabinetts. Die innenpolitische Krise schwelt weiter.

20. 9. — Algerien. Die Bevölkerung wählt auf einheitlicher Liste 180 muselmanische und 16 europäische Abgeordnete in das erste Parlament. Ben Bella erhält als Chef des Politischen Büros den Auftrag zur Regierungsbildung. — Eine gegen die FLN opponierende „Partei der Sozialistischen Revolution" bringt in Algier und anderen Städten Flugblätter zur Verteilung.

22. 9. — Ghana. Die Regierung verfügt eine Auslandszensur und setzt Teile des Ausnahmerechts in Kraft. Offiziöse Kreise hatten zuvor „ausländische Hintermänner" mit einem mißlungenen Attentat auf Präsident Nkrumah in Zusammenhang gebracht.

23. 9. — Landtagswahl. Die bisherige Koalition aus CDU und FDP in Schleswig-Holstein bleibt nach dem Ergebnis der Landtagswahl im Amt. Wegen der 5%-Klausel werden nur drei Parteien und der Südschleswigsche Wähler-Verband im Parlament vertreten sein. Mandatsverteilung: CDU 34, SPD 29, FDP 5 und SSV 1.

25. 9. — Jugoslawien. Der sowjetische Staatspräsident Breschnew trifft in Belgrad mit Präsident Tito zusammen und beantwortet damit dessen Besuch in Moskau vor einigen Jahren. Beide Politiker betonen ihre „ähnlichen oder identischen Ansichten über eine Anzahl der wichtigsten Weltprobleme".

27. 9. — Jemen. Den Sturz der Monarchie und eine „Jeminitische Arabische Republik" proklamiert in Sanaa ein aus Militärs bestehendes „Revolutions-Komitee". Der herrschende Imam wird bei Kämpfen um seinen Palast getötet. Als erster Staat erkennt die VAR die neue Regierung des Jemen an.

28. 9. — EWG. Großbritannien könne auch nach einem Beitritt zum Gemeinsamen Markt aus den Verträgen ausscheiden. Diese Auskunft gibt der Lordkanzler als höchste juristische Autorität der Regierung im Unterhaus.

30. 9. — USA. Um die Immatrikulation des farbigen Studenten Meredith an der bundesstaatlichen Universität in Oxford (Mississipi) kommt es zu Ausschreitungen aufgehetzter Rassefanatiker. Der Polizeibericht verzeichnet zwei Tote und fast achtzig Verletzte. Meredith muß sein Studium unter militärischem Schutz aufnehmen.

Johannes Weidenheim

Rausch, Obstruktion und notwendige Tat

Das lauteste öffentliche Ereignis des Spätsommers 1962 in der Bundesrepublik war der über alle Erwartungen hinaus spektakuläre Staatsbesuch des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle. (Vgl. hierzu den Aufsatz „De Gaulle und seine Deutschen" in diesem Heft.) Über den Empfang, der de Gaulle von den Deutschen bereitet wurde, schrieb „Paris-presse":

> „Es war wie eine Monsterrevue von Cecil B. de Mille in der Bearbeitung von Leni Riefenstahl."

Die so konformistisch gewordene Presse unseres Landes befleißigte sich tagelang des Gebrauchs von erlauchten, hochtönenden Vokabeln, unter denen „Größe" an der Spitze stand: die Größe de Gaulles, die Größe der Stunde, die Größe der deutsch-französischen Versöhnung . . . Kaum eine Zeitungsredaktion bei uns wahrte kühlen Kopf; immerhin gab es solche Ausnahmen: So konnte man in jenen rauschhaften Tagen Anfang September in der „Neuen Rhein-Zeitung" die nüchternen Worte lesen:

> „Ehe wir uns mit ‚Größe' und sonstigen Gefühlen beschäftigen, sollten wir das Fundament unserer demokratischen Ordnung festigen. Es ist, das wissen wir doch alle, noch lange nicht so stark, wie wir es uns wünschen müßten."

Charles de Gaulle, dem man Charme, Eleganz und Verführungskunst nicht absprechen kann, ließ diesseits des Rheines eine wohlüberlegte Folge von gut gezielten rhetorischen Schüssen los, die bei allen jenen Deutschen ins Schwarze treffen sollten und wohl auch trafen, denen die sehr viel notwendigere politische Auseinandersetzung mit dem O s t e n zu unbequem ist und die sich aus der Härte der Gegenwart gern in die Geborgenheit eines verklärten geschichtlichen Gestern zurückflüchten. Vor allem dieses Wort verdient festgehalten und überliefert zu werden:

> „Auf nationaler oder internationaler Ebene haben weder Franzosen noch Deutsche je Großes geleistet, ohne daß bei den einen und den anderen militärische Dinge ausschlaggebend gewesen wären."

Eine Zusammenlegung der deutsch-französischen Potenzen unter d i e s e m nicht sehr rühmlichen Aspekt muß sogar diejenigen beunruhigen, die sich eine solche Annährung immer gewünscht haben. Allen muß zweifelhaft bleiben, wie und warum de Gaulle hatte behaupten können, die deutsch-französische Aussöhnung sei „das größte Ereignis unseres Zeitalters", — weiß man doch ganz allgemein, daß die Aufgaben, die „unser Zeitalter" stellt, weit über eine solche verhältnismäßig kleine Lösung hinausgehen. Vor zwei Generationen wäre ein solcher deutsch-französischer Handschlag von epochemachender Wirkung gewesen; heute, nach zwei Weltkriegen (die nicht zum geringsten wegen des Ausbleibens eines solchen Handschlages ausgebrochen sind), kommt dem nur noch ephemäre Bedeutung zu. Daß die Deutschen fortan näher an das alte Kulturvolk der Franzosen heranrücken sollen, kann einen nur mit Genugtuung erfüllen;

niemand aber sollte bei uns darüber auch nur für eine Stunde vergessen, daß die große, an uns gestellte Forderung „unseres Zeitalters" nicht deutsch-französische, sondern deutsch-russische Versöhnung lautet.

In der Pariser Presse fand de Gaulles Triumphzug durch die deutschen Provinzen übrigens ein bedeutend zurückhaltenderes Echo als bei uns. Wenn der „Figaro" schreibt: „Man kann das Europa der Sechs nicht zu zweien machen", so drückt sich in diesen lapidaren Worten die ganze Reserve breiter französischer Intelligenzkreise aus, die sich vom Pathos des Präsidenten der Fünften Republik viel weniger gern die Köpfe vernebeln lassen, als dies bei vielen Deutschen der Fall ist. Auch in Italien stießen die zwischen de Gaulle und Konrad Adenauer getroffenen politischen und militärischen Absprachen auf unmißverständliche Kritik. Ministerpräsident Fanfani erklärte seinem französischen Kollegen Pompidou kategorisch, Italien betrachte die englische Teilnahme an der wirtschaftlichen und politischen Einheit Westeuropas als notwendigen Gleichgewichtsfaktor. Zu gleicher Zeit konnten alle, die da von einem weiteren Zerfall der europäischen Idee in eine zusätzliche deutsch-französische Zellenbildung träumen mögen, im Londoner „Observer" folgende Erinnerung an die größeren Zusammenhänge lesen:

> „Aber ebenso, wie es für Großbritannien unmöglich ist, Europa zu ignorieren, kann Europa es sich nicht leisten, die Welt zu ignorieren. Präsident de Gaulle und Dr. Adenauer sind im Irrtum, wenn sie wirklich glauben, daß Westeuropa nun seine Zukunft gestalten könne, ohne die Macht und die Interessen der Sowjetunion und Amerikas oder Asiens und Afrikas zu berücksichtigen. Und hier liegt die immer noch gewaltige Bedeutung des Commonwealth, denn es ist bei weitem das beste und dazu fast einzige wirklich funktionierende Bindeglied, das zwischen der Alten Welt Europas und der Neuen Welt Asiens und Afrikas existiert. Aus diesem Grund dürfte das Commonwealth die Garantie dafür sein, daß Europa seinen Blick nicht nach innen, sondern nach außen richten wird."

Der Bundesrepublik Deutschland ist es bekanntlich untersagt, eigene Atomwaffen herzustellen; ebenso gut aber weiß man, daß ihre derzeitige Regierung nach diesen Waffen strebt. Frankreich unterliegt solchen Beschränkungen nicht, doch fehlen ihm die horrenden Mittel, die der Aufbau einer eigenen Atomstreitmacht erfordert. Denkt man so sehr in vergangenen Macht- und Glanz-Kategorien wie die beiden alten Männer de Gaulle und Adenauer, so liegt es geradezu auf der Hand, daß die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich versuchen, etwa nach dem Muster des Blinden und des Lahmen ein Ganzes zu werden: der eine sieht, der andere kann gehen. Nach solchen Kalkulationen ginge die Rechnung einer deutsch-französischen Atommacht als „dritter Kraft" durchaus auf; aber das würde nicht nur die Kriegsgefahr sprunghaft vergrößern, sondern auch dem europäischen Gedanken — den die Leute voller Hintergedanken so gern im Munde führen — einen vernichtenden Schlag versetzen: das ohnehin zu eng konzipierte Europa der Sechs bliebe dann schließlich auf eine anachronistische Wiederbelegung des Karolingerreiches mit einem Kranz von Satrapen reduziert.

Worauf es statt dessen ankommt, machen uns ein paar einfache, gescheite Worte des Begründers der Europäischen Union. Graf Coudenhove-Kalergi, klar, die bezeichnenderweise von der konformistischen Presse unseres Landes unterschlagen worden sind:

> „Anläßlich einer in Wien abgehaltenen Feier zum vierzigjährigen Bestehen der Europäischen Union erklärte ihr Begründer Richard Coudenhove-Kalergi: „Die Abhaltung einer internationalen Friedenskonferenz ist unerläßlich, um den Kalten Krieg und die Drohung eines nuklearen Weltkonflikts zu bannen." Der Redner nahm gegen die Meinung Stellung, daß es keinen Frieden zwischen ideologischen

Gegnern geben könne. Auf das Beispiel der französisch-deutschen Wiederversöhnung verweisend, fuhr er fort: „Warum könnte die Annäherung zwischen dem Westen und den Sowjets nicht noch schneller vor sich gehen, da es doch zwischen ihnen keine ererbte Feindseligkeit gibt, sondern nur Differenzen hinsichtlich von Wirtschaft und Politik?" Zum gegenwärtig schärfsten europäischen Problem, der deutschen Frage, äußerte Coudenhove-Kalergi, daß es dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag unterbreitet werden könnte: „Wird es nicht möglich sein, die deutsche Frage durch den Abschluß eines Friedensvertrages zu lösen, dann müßte man einen Waffenstillstand zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt in Betracht ziehen." Auf jeden Fall „ist es offenkundig, daß die Vereinigung Europas den Atomkrieg nicht ausschließt, wenn es dem vereinigten Europa nicht gelingt, sich mit dem sowjetischen Nachbarn zu verständigen." (Le Monde, 28. 9. 62)

Friede darf nicht an den Deutschen scheitern

Die da landauf — landab, von Hamburg bis München, zu Hunderttausenden dem General de Gaulle verdächtig überschwenglich zujubelten, hatten offensichtlich völlig vergessen, daß sie einem Gegner der Demokratie gegenüberstehen; die Initiatoren des Spektakulums müssen es sich daher gefallen lassen, daß wir in ihrem Konzept gewisse faschistoide Züge entdecken. Schon deshalb konnte und kann der Rausch um de Gaulle kein einziges deutsches Problem lösen oder erleichtern — höchstens für ein paar Tage verdecken, wegspiegeln. Der Wiedervereinigung Deutschlands — die unsere nationale Sorge Nummer eins bleibt — kann uns das alles nicht einen Schritt näher bringen; im Gegenteil: eine Fusion mit dem Frankreich de Gaulles käme geradezu einer Garantie der deutschen Spaltung auf unabsehbare Zeit gleich. Völlig klar, daß sich ein so unbestechlicher Kopf wie Walter Lippmann — im Gegensatz zu den meisten westdeutschen Publizisten — in dieser Frage keinen Augenblick täuschen läßt:

„Wir halten es für bezeichnend, daß bei der jüngsten französisch-deutschen Verbrüderung offiziell fast nichts über die deutsche Wiedervereinigung gesagt wurde. Wie erörterten General de Gaulle und Dr. Adenauer wohl das Problem der deutschen Wiedervereinigung unter vier Augen? Wir Amerikaner glauben, daß die Wiedervereinigung Deutschlands eines Tages kommen muß. Somit glauben wir auch an die Notwendigkeit von Verhandlungen mit den Sowjets, eine Überzeugung, die General de Gaulle nicht teilt."

Und eine Zeile weiter macht Lippmann sich eine Erkenntnis zu eigen, die unter anderem seit Jahren zum Vokabular dieser „Blätter" gehört:

„Der einzige Weg, die Wiedervereinigung herbeizuführen, ist der, daß die Deutschen an ihrer Wiedervereinigung selber arbeiten."

Was bedeutet es aber für uns Deutsche, an der Wiedervereinigung der entstandenen zwei deutschen Staaten zu arbeiten? Es kann nur bedeuten, einen auf lange Frist angelegten Prozeß der allmählichen Annäherung und Anpassung einzuleiten, — denn die Wiedervereinigung nach der Vorstellung derer, die sich darunter eine Assimilation der DDR vorstellen, ist endgültig undurchführbar geworden. Unter dem Druck dieser Tatsachen und in schrittweiser Anbequemung an die „normative Macht des Faktischen" machen sich auch bei uns immer mehr Leute Gedanken darüber, daß endlich etwas geschehen müsse und wie es weitergehen solle. Zu ihnen gehört der FDP-Bundestagsabgeordnete Ernst Achenbach, der im Zusammenhang mit seiner Forderung, „die im Jahre 1959 nicht abgebrochene, sondern nur unterbrochene Außenminister-Konferenz in Genf unverzüglich wieder zusammentreten zu lassen und neben den damaligen Teilnehmern auch die Regierungen Polens und der Tschechoslowakei zur Teilnahme aufzufordern", in der „Neuen Rhein-Zeitung" vom 20. 9. 62 unter anderem schreibt:

„Kein zukünftiger Historiker soll sagen dürfen, an den Deutschen sei der Friede im Osten gescheitert . . . Viele ernsthafte Beobachter der internationalen Lage

haben das wachsende Gefühl, daß keine Zeit mehr zu verlieren ist . . . Das unverständliche, geradezu neurotische Nichtstun, für das sich selbst heute noch hier und da einige angebliche außenpolitische Experten in Bonn oder sonstwo einsetzen, kann nur zu Krieg oder zu einem schäbigen Olmütz führen, aus dem dann später doch der Konflikt entsteht."

Auch den Historiker Golo Mann läßt es nicht länger in Ruhe. Auch er weiß, „daß, solange der Kalte Krieg oder etwas dem Kalten Krieg Ähnliches andauert, die Wiedervereinigung nicht möglich ist". Auch er weiß, daß „die deutsche Politik heute und morgen noch herumkommen kann, sehr lange aber nicht mehr herumkommen wird" um die „freie Anerkennung der neuen territorialen Ordnung in Osteuropa". Auch er weiß:

„Machen wir so weiter wie in den letzten zwölf Jahren, dann werden wir im besten Fall im Osten genau so viel erreichen wie in den letzten zwölf Jahren — nämlich gar nichts. Dann würde aber auch die Kriegsgefahr sich automatisch bis zu dem Punkt steigern, an dem eine Selbstentzündung nach allen Regeln der Erfahrung sozusagen unvermeidlich werden würde."

Als Historiker geht er folgerichtig den geschichtlichen Spuren des Mißtrauens nach, das man im Osten uns gegenüber nach wie vor empfindet:

„Heute können die Polen etwa der deutschen These: „Wir erkennen die Oder-Neiße-Linie nicht an, wir wollen Revision der Ostgrenzen, aber wir wollen sie nicht mit Gewalt, nicht durch Macht" — heute können sie diesem Worte nicht mehr trauen. Sie kennen diese These ja aus der grauen Vergangenheit der Weimarer Republik. Damals war die deutsche Haltung ja auch: Wir erkennen nicht an, wir versöhnen uns mit dem Polnischen Korridor nicht, wir wollen Revision, früher oder später, aber nicht mit Gewalt; das war ja die These des Außenministers Stresemann. Die Polen wissen gut, was in den späten dreißiger, was in den vierziger Jahren kam." („Die Zeit" v. 7. 9. 62)

Aber auch in Manns im großen und ganzen vernünftigen Gedankengängen gibt es typische denkerische und politische Fehlleistungen: Auch er will im Grunde keine w e s e n s m ä ß i g e Änderung unserer Beziehungen zum Osten, sondern nur eine bessere T a k t i k („ein wenig zurückweichen, um besser vorspringen zu können"), auch er hält sich bei dem Gedanken auf, daß wir nie versucht hätten, „etwa einen Keil zwischen Polen und das Ulbricht-Gesindel zu treiben" . . .

Insgesamt gilt, daß immer noch Ausländer sich unseren deutschen Kopf mehr zerbrechen als wir selber und daß es immer noch in erster Linie Ausländer sind, von denen die klareren, konkreteren und genaueren Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage stammen. So hat erst neulich wieder der indische Premier, Pandit Nehru, klipp und klar von der Existenz zweier deutscher Staaten gesprochen, die beide in die UNO aufgenommen werden müßten, so hat der britische Diplomat McDermott einen Deutschland-Plan veröffentlicht, der von der endgültigen Anerkennung der gegenwärtigen deutschen Grenzen und der DDR als selbständigem Staat ausgeht (vgl. Dokumente in diesem Heft), und so hat der nordamerikanische Bankier und Publizist Warburg soeben einen Vier-Punkte-Plan zur Lösung der Berlin-Krise vorgelegt (vgl. Dokumente in diesem Heft).

Aus Bonn indessen wartet die Welt auf irgendeinen praktikablen Plan immer noch vergebens. In Bonn beschränkt man sich immer noch darauf, Ausrufe der Entrüstung über die Mauer in alle Welt zu funken, statt endlich eine wie auch immer geartete Aktion anzugehen, die sicherstellen würde, daß „der Friede im Osten", wenn er denn scheitern sollte, an allen anderen, aber jedenfalls nicht an den Deutschen scheitern könnte. Das offiziöse Kuratorium „Unteilbares Deutschland" zur UNO nach New York zu schicken, damit es dort Stimmung für die Mauer-Entrüstung mache, verdient nicht, eine politische Maßnahme genannt zu werden; gegen einen Gegner, mit dem man ohnehin, und sogar in direkter Nachbarschaft, leben und auskommen m u ß , in aller Welt Gefühle zu mobilisieren,

birgt den Keim des Selbstmordes in sich. Da wäre es schon, und wenn auch nur als Demonstration, politisch wirkungsvoller gewesen, im Zuge der Zusammenstreichung des neuen Haushaltsplanes der Bundesrepublik auf eine bestimmte Höchstgrenze auch gleich vom Rüstungsetat einen ins Gewicht fallenden Betrag abzuziehen, — was man natürlich wieder nicht getan hat; nach wie vor klammert Bonn sich an den Götzen der Aufrüstung (als habe nicht gerade er unsere Felle im Osten ohnehin schon fast alle den Fluß der Zeit hinabgeschwemmt).

Wenn wir sagen, in Bonn geschehe nichts, so meinen wir damit: es geschieht nicht das, was nach Meinung der Mehrheit aller Menschen in der Welt geschehen müßte. Anderes wiederum geschieht dafür um so lebhafter. Dazu gehörte es, daß man von Zeit zu Zeit immer wieder Ansätze zu Gedanken machte, wie man das Verhältnis zu den V ö l k e r n (nicht Regierungen) des Ostens verbessern könnte. Sollte es möglich sein, daß man nunmehr die Aussichtslosigkeit solcher Pläne eingesehen hat? Oder wie sonst soll man sich die Gerüchte erklären, es seien zwischen Bonn und gewissen östlichen Hauptstädten, zunächst einmal anscheinend nur Budapest, Fäden angesponnen worden mit dem Ziel, in diesen Hauptstädten westdeutsche Handelsmissionen mit Kulturabteilungen einzurichten, — was ja auf jeden Fall eine erste Identifizierung der östlichen Völker mit ihren (kommunistischen) Regierungen bedeuten würde. Von östlicher Seite gesehen, käme es einem zumindest zeitweiligen Verzicht auf volle diplomatische Anerkennung durch die Bundesregierung gleich. Man muß abwarten, was daraus wird. Vorerst ist es noch ein Knäuel von Gerüchten und Mutmaßungen, denen wir unsererseits nicht neue hinzufügen wollen. Daß aber selbst diese halbe und vage Kontaktaufnahme zu den osteuropäischen Regierungen, wenn anders daran überhaupt etwas Wahres ist, den Radikalen in Bonn und in unserem ganzen Lande zu weit geht, ist alles andere als ein Gerücht: Schon hat die Schlesische Landsmannschaft vorsorglich ihren obligatorischen Protest dagegen eingelegt, und man kann sicher sein, daß auch führende Partei- und Regierungspolitiker versuchen werden, ihre Torpedos dagegen anzubringen. Allgemein wird die voreilige Presseveröffentlichung des CDU-Bundestagsabgeordneten Majonica zu diesem Thema als ein solcher Torpedo gewertet.

Obstruktion ist auch in der Frage des Beitritts Großbritanniens zur EWG Trumpf. Trotz aller Bemühungen im Ausland und im Inland, hier in erster Linie seitens des Bundesaußenministers, hat Adenauer seine Distanz zu dieser Frage bisher nicht aufgegeben; er bleibt kühl bei der stereotypen Versicherung, Englands Beitritt sei „erwünscht", — mehr nicht. Dabei ist allem Anschein nach auch dieses „erwünscht" noch an eine Bedingung geknüpft, über die die „Westfälische Rundschau" vom 27. 9. 62 aus Bonn referiert:

> „Großbritannien . . . soll erst dann in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft eintreten dürfen, wenn es darauf verzichtet, die Beteiligung weiterer Staaten und hier vor allem der Bundesrepublik am atomaren Rüstungswettlauf zu einem Verhandlungsgegenstand mit der Sowjetunion zu machen . . . Will die Insel in die EWG, dann soll sie ein für alle Male Abstand nehmen von jedem Versuch, politische Lösungen in Europa zu suchen, die Atomwaffen für die Bundeswehr ausschließen . . ."

Also auch hier geht es der Bundesregierung um „die Bombe". In manischer Besessenheit rennt sie einem Ziele nach, das am entgegengesetzten Ende der Strecke liegt, auf der die Lösungen unserer nationalen Probleme zu erreichen wären. Auch kann es leicht passieren, daß die Geschichte von Konrad Adenauer dereinst sagen wird, er habe den gleichen grundlegenden Fehler gemacht, über den schon Wilhelm II. und Adolf Hitler gestolpert waren: deutsche Politik gegen Großbritannien.

Es kann uns als Deutsche nur beruhigen, daß die anglo-amerikanische Solidarität in der Verweigerung der Bombe für die Deutschen weiterhin anhält. Leider gibt es noch Deutsche genug, die sich von der „New York Post" ins Stammbuch schreiben lassen müssen:

> „Die Unfähigkeit einiger deutscher Politiker, das Zögern der amerikanischen Haltung zu begreifen, einer Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zuzustimmen, spiegelt einen bedenklichen Mangel an moralischem Feingefühl und an historischem Denken wider."

Statt in sich zu gehen und der Brandgefährlichkeit ihrer Denkungsart endlich den Abschied zu geben, fassen diese Leute den Gedanken an einen neuen Krieg immer fester ins Auge. Das bedeutet nicht, daß sie den Krieg wollen; es bedeutet nur, daß sie den Frieden nicht entschieden genug wollen, und das ist schon schlimm genug. Ihnen hat nur noch gefehlt, daß neuerdings hohe NATO-Militärs nach Abschluß der Stabsübung „Fallex 62" erklärten, die Notstandsplanung für den Ernstfall sei in der Bundesrepublik vollkommen unzulänglich: Nun werden sie dem Volk womöglich weiszumachen versuchen, ein zukünftiger Krieg werde nur halb so schlimm werden, wenn aus den Bundesdeutschen rechtzeitig eine ameisenhaft durchorganisierte Masse von Notstandsrobotern gemacht wird. Schon läßt ja unser als „geschmeidig" gerühmter Bundesinnenminister, als solcher vor allem von der SPD-Führung gerühmt, allmählich die Maske fallen: seine Forderungen nach dem Notstandsgesetz nehmen von Sonntagsrede zu Sonntagsrede unverhülltere Formen an, und schon droht er die Durchsetzung seiner Wünsche „gegen die Opposition" an.

Pause in Berlin?

In Berlin ist mittlerweile eine sogenannte Pause eingetreten — will sagen, eine Phase, in der nicht etwa nichts geschieht, sondern in der sich Entwicklungen im Hintergrund vollziehen. Die Sowjets haben recht deutlich zu verstehen gegeben, daß Mauer-Dramen und Mauer-Sensationen nicht in ihrem Sinne sind: Sie haben ohne viel Aufhebens den Wünschen der West-Alliierten nachgegeben und ihre Wachablösung für ihr Ehrenmal in Westberlin auf eine kürzere Route umgeleitet und aus Schützenpanzerwagen wieder in zivile Omnibusse umsteigen lassen. Wie sehr der Kalte Krieg die Atmosphäre bei uns stellenweise schon vergiftet hat, beweist die Tatsache, daß es Zeitungen gibt, die über dieses stillschweigende Einlenken der Sowjets mit nur schlecht verhohlener Enttäuschung berichten; offensichtlich wäre ihnen ein blutiges Sensatiönchen lieber gewesen. Das sind die Leute, die, wenn es ernst wird, als erste Fersengeld geben: die Maulhelden, an denen Deutschland in diesem Jahrhundert schon zweimal kaputt gegangen ist.

Wie das mit der „Pause" auch immer sein mag — sie wird zu Ende gehen. Eines Tages wird, so oder so, sichtbar werden, was in den monatelangen amerikanisch-sowjetischen „Sondierungsgesprächen" (die in Wirklichkeit Verhandlungen sind) ausgehandelt oder eben nicht ausgehandelt worden ist, und es wird auch sichtbar werden, was die Vorbereitungen auf den separaten Friedensvertrag mit der DDR ergeben haben. Auf jeden Fall wird eine weitere Bonner Niederlage sichtbar werden — die abzuwenden von Bonn nichts versucht worden ist.

Der „Spiegel" kolportiert soeben ein Wort von Walter Ulbricht: „Wir sind in die Mauer nicht verliebt." Kann das etwas anderes bedeuten als den Ausdruck vitalen Interesses an Verhandlungen? Was die Transparenz der Mauer angeht, so scheint auch in Westberlin das Interesse an Verhandlungen zu wachsen. Schon im Herbst vergangenen Jahres war andeutungsweise von solchen Verhandlungen die Rede; sie schliefen wieder ein, und es hieß, sie seien an unerfüllbaren politi-

schen Forderungen der östlichen Seite gescheitert. Inzwischen wissen wir, daß sie einfach an der Weigerung des Westberliner Senats, mit Ostberliner Regierungsstellen Verbindung aufzunehmen, gescheitert sind. Glaubt man, um diese Verbindungen jetzt herumzukommen? Oder wird auch diesmal formaler Stolz über die vernünftige, menschenfreundliche Chance, wenigstens einen kleinen Grenzverkehr einzurichten und so viel angestautem Unmut ein Ventil zu öffnen, die Oberhand behalten?

Die Beseitigung der Mauer schlichtweg steht längst nicht mehr zur Debatte. Es geht darum, mit ihr so lange und so zu leben, daß sie sich eines Tages, eben auch für die andere Seite, ad absurdum führt, d. h. ihr Schrecken muß allmählich, Schritt für Schritt, abgebaut werden, und das ist nur in west-östlicher Kooperation möglich — und diese wiederum, vom Westen her gesehen, nur auf der Basis der Anerkennung gewisser grundlegender östlicher Tatsachen. Wer das nicht wahrhaben will und dennoch immer wieder die „menschliche Not" diesseits und jenseits der Mauer im Munde führt, ist ein Heuchler.

Bundeskanzler Adenauer bezeichnete in „Foreign Affairs" „annehmbare Lebensbedingungen und wenigstens ein gewisses Maß an Freiheit und Selbstbestimmung" in der DDR als B e d i n g u n g e n für Verhandlungen über Deutschland und Berlin. Das kommt wiederum einem Nein gleich — denn solche Verbesserungen können doch eigentlich nur G e g e n s t a n d oder Z i e l von Verhandlungen sein. Da geht sogar der ansonsten im Kalten Krieg lebhaft engagierte „Ost-West-Kurier" weiter, wenn er der folgenden, von uns schon seit Jahren vertretenen Erkenntnis in seinen Spalten Raum gibt:

> „Eine e c h t e, durchgreifende Hilfe für die Bevölkerung Mitteldeutschlands kann nur im Einvernehmen mit ihrer Regierung wirksam werden . . . Eine wirksame Hilfe für die Deutschen in der Sowjetzone setzt also ein völlig neues Verhältnis zur mitteldeutschen Regierung voraus, das die Entfremdung zwischen den beiden Teilstaaten des Deutschen Reiches und die Entwicklung in Mitteldeutschland nicht verschärft, sondern die Spannungen löst."

Lassen wir noch einmal Golo Mann zu Worte kommen — mit einem Satz, der gerade in diesem Zusammenhang geeignet ist, gewisse missionarische Bonner Wunschträume etwas niedriger zu hängen:

> „Und es scheint auch, daß eine ganze Menge der Menschen in der Zone tatsächlich irgendeine Form von Sozialismus ganz gern behielten, aber ohne die Perversitäten, aber ohne die Ausschweifungen, die heute das Wirtschaftsleben in der Zone verhunzen und verderben. So wie wir in Westdeutschland oder in Italien oder England oder Frankreich oder in den Vereinigten Staaten doch einen guten Teil von Staatseigentum oder Planwirtschaft haben neben der Privatwirtschaft, so würde ich es nicht als das Ende der Dinge ansehen, wenn innerhalb des deutschen nationalen Raumes zwei Wirtschaftssysteme nebeneinander existierten und meinetwegen miteinander konkurrierten." („Die Zeit" v. 7. 9. 62)

V o r s c h l a g z u r I n t e g r i e r u n g d e r O p p o s i t i o n

Die Bundesregierung weiß gut, warum sie hinter der Notstandsplanung her ist wie der Teufel hinter der armen Seele: An einen Angriff von außen glaubt sie ebensowenig wie wir, aber sie sieht die Unzufriedenheit im Innern wachsen und möchte allen eventuell möglichen Veränderungen rechtzeitig einen Riegel vorschieben. Die Hegemonie jener Kräfte, die das 19. Jahrhundert bestimmt und das 20. vermurkst haben, soll in das 21. hinübergerettet werden.

Seit es in Bonn keine parlamentarische Opposition mehr gibt, mehren sich im Lande die außerparlamentarischen Opponenten. Insofern sind die Befürchtungen der Bundesregierung begründet. Aber wie sieht es mit dieser außerparlamentari-

schen Opposition aus? Sie ist in eine Fülle von Einzelpersönlichkeiten und Gruppen aufgespalten, die mit dem Rücken zur Wand kämpfen, sich einigeln und zueinander keine Verbindung haben. Die gesamte innen- und außenpolitische Entwicklung gibt ihnen seit Jahren recht, und noch nie konnten sie für ihren Patriotismus so viele Bestätigungen sammeln wie gerade in letzter Zeit, — und doch führen sie ein Sektendasein, sie neigen zur Inzucht, sie trauen sich im Grunde nichts zu, ein jeder will für sich bleiben, man will keine Gäste, man fühlt sich nur hinter dem eigenen Ofen wohl. In deren Händen die Macht ist, sie wirken penetrant reaktionär; die anderen aber, die den Gang der Geschichte auf ihrer Seite haben, die Nonkonformisten, sie finden in ihrer selbstgewählten Zersplitterung aus der deutschen Kleinbürger-Idylle nicht heraus. Man weiß manchmal selber nicht, warum die Bundesregierung sich so sehr, bis zur Bänderzerrung, nach dem Notstandsgesetz reckt ...

Der eine höhnt über die Filmkrise, der zweite wettert gegen die steigenden Preise, der dritte beklagt das unwürdige Tauziehen um die Adenauer-Nachfolge, der vierte riskiert eine Lippe in der Fibag-Affäre, den fünften beunruhigt die zunehmende außenpolitische Isolierung der Bundesrepublik ... Es gibt Unzufriedene bei uns in Hülle und Fülle — und doch bleibt der Effekt aus, weil kaum einer alle die Einzelerscheinungen, die der Kritik unterliegen, im Zusammenhang und als Teile eines Ganzen sieht: als polyphone Demontage einer ganz bestimmten geschichtlichen Konzeption. Kein Zweifel: unsere Opposition ist nicht integriert. Sie wird unwirksam bleiben, so lange sie desintegriert bleibt.

Lähmend wirkt sich auch das weitverbreitete Gefühl aus: Wir können ja doch nichts tun, es kommt ausschließlich auf Washington und Moskau an . . . Dabei liefern gerade Konrad Adenauer und Walter Ulbricht den Beweis dafür, wieviel deutschen Spielraum es zwischen Washington und Moskau gibt.

Es muß einem doch allmählich auffallen, daß es bei uns zwar eine Kette von immer neuen Erwägungen, Vorstellungen und Plänen für die Durchsetzung einer neuen Politik der Vernunft und Entspannung gibt, daß aber der Kurs nach wie vor von denen bestimmt wird, die morgens stärker gerüstet aufwachen, als sie abends zu Bett gegangen sind, und die kühl den Konfliktsfall ins Auge fassen. Wir wissen, daß die Form der parlamentarischen Demokratie natürliche Schwierigkeiten bietet; doch wir bejahen die parlamentarische Demokratie. Aber wir wissen auch, daß die Möglichkeiten, auf das Parlament einzuwirken, noch nicht andeutungsweise ausgeschöpft sind.

Jede einzelne oppositionelle Stimme in Ehren — aber wir werden vor der Geschichte keinen Pardon finden für die vielen wohlklingenden, empfindsamen Ausreden, für die Wehleidigkeiten, für den geschmäcklerischen Intellektualismus und für die wählerischen Pedanterien, die uns daran hindern, uns in dieser so weit fortgeschrittenen Stunde auf der Basis eines vernünftigen, praktikablen Minimal-Programms zu einer geschlossenen Aktion aller auf die Erhaltung des Friedens und der Demokratie gerichteten Kräfte zusammenzufinden!

Die folgende Namensliste erhebt weder Anspruch auf Vollständigkeit, noch ist sie systematisch zusammengestellt. Sie will nur ad hoc zeigen, welche unausgeschöpften Möglichkeiten es bei uns noch gibt. Je mehr nicht genannte Persönlichkeiten sich übergangen fühlen, um so besser. Wir meinen, daß alle diese Leute sich unbedingt möglichst bald treffen sollten, um zu versuchen, die Opposition bei uns zu integrieren:

Prof. Helmut Gollwitzer, Prof. Baade, Prof. v. Weizsäcker, Robert Scholl, Hermann Rauschning, Kirchenpräsident Beckmann, Otto Brenner, Hans Kroll, Thomas

Dehler, Ernst Achenbach, Gerd Bucerius, Gräfin Marion Dönhoff, Prof. Fritz Fischer, Prof. Abendroth, Hans Nätscher, Dr. Fritz Bauer, Dr. Drexel (Nürnberger Nachrichten), Dr. Thilenius (Süddeutsche Zeitung), Martin Niemöller, Johannes Brockmann, Hans Magnus Enzensberger, Christian Geissler, Renate Riemeck, Karl Graf von Westphalen, Lorenz Knorr, die Führer der Ostermarschbewegung, der IdK, des VK, des SDS, die Unterzeichner des „Appells der Achtzehn" und des „Appells der Vierundvierzig", Karl Barth, Rudolf Augstein, Gustav Heinemann, die Träger der „Handreichung der Ev. Kirche", Robert Jungk, Hans Werner Richter, Frhr. v. Oer (Führer der oppositionellen Bauern), Helene Wessel, Bogislaw v. Bonin, Gerhard Gleisberg, Wilhelm Elfes, Prof. Franz Paul Schneider, Prof. Saller, Vertreter der Werkhefte katholischer Laien, Hans Wirtz, Erich Kästner, Erich Kuby, Vertreter der Gewerkschaftsjugend — und andere mehr.

Mit Bedacht haben wir in diese lückenhafte Aufzählung auch die Mitglieder des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union aufgenommen. Ohne diese politische Kraft, zu deren Sympathiseuren man rund eine Million Bundesbürger zählen kann, ist eine entschiedene Opposition nicht mehr möglich. Die Kampagne gegen sie, wonach sie vom Osten ferngesteuert sei, ist zusammengebrochen. Den Ton in der DFU gibt der vernünftige, redlich erarbeitete Kompromiß zwischen Konservativen und Sozialisten, Christen und Liberalen an. Die bisher mutigsten und konsequentesten, vor allem außenpolitischen Vorschläge, für breite Schichten akzeptabel, stammen von ihr. Doch kann sie keinen Anspruch auf eine Art Autokratie innerhalb der oppositionellen Kräfte erheben.

Das Gebot der Stunde ist eine geschlossene Aktion auf der Basis eines Minimal-Programms. Dieses zu formulieren, bleibt Sache der Aktiven selbst. Die Elemente jedoch, aus denen es zusammengesetzt werden soll, stehen nicht in beliebig großer Auswahl zur Verfügung. Im großen und ganzen sind es:

Auseinanderrücken der Machtblöcke auf deutschem Boden; keine Atomwaffen für die deutschen Streitkräfte; Anerkennung der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen deutschen Grenzen; Schluß mit der Verteufelungs-Propaganda zwischen den beiden deutschen Teilstaaten und Verbesserung ihrer Beziehungen auf allen Gebieten; Sicherung der Wohlfahrt und Eigenständigkeit Westberlins; Militärische Neutralität beider deutscher Staaten als erste Stufe auf dem Wege zu ihrer schrittweisen Annäherung — mit dem Ziel der Wiedervereinigung zum geschichtlich möglichen Zeitpunkt; Anrecht des deutschen Volkes auf einen Friedensvertrag siebzehn Jahre nach Kriegsende . . .

Denken wir daran: Der deutsche Widerstand ist schon einmal zu spät gekommen, weil er desintegriert war. Die deutsche Geschichte hat uns unter anderem gelehrt, daß sie die Neigung hat, sich zu wiederholen. (Abgeschlossen am 2. 10. 1962.)

Rechtsdenker de Gaulle

Der französische Staatspräsident de Gaulle, seit seinem Besuch in der Bundesrepublik auch hierzulande für Viele Idol einer fortgeschrittenen Art von Demokratie, hat sich, eben von diesem Besuch in Deutschland zurückgekehrt, darangemacht, seine besondere Form demokratischen Regiments noch weiter fortzuentwickeln. In Frankreich steht eine Verfassungsänderung bevor: der Staatspräsident, bisher durch etwa 80 000 Wahlmänner zu bestimmen, soll nach de Gaulle's Willen zukünftig direkt vom Volk gewählt werden.

Eine harmlose Änderung, vielleicht (so meinen einige bundesdeutsche Zeitungen) allzusehr demokratisch, könnte man denken; und die politische Bewegung, die dieser Plan de Gaulle's in Frankreich ausgelöst hat — und die unsere Zeitungen immerhin registrieren — bleibt unverständlich, so lange die wahren Zusammenhänge der beabsichtigten Verfassungsänderung unerwähnt und unerkannt bleiben.

De Gaulle's Anhänger haben das neue Projekt des Staatspräsidenten zunächst mit dem Wunsch erklärt, für den durch Attentate ständig gefährdeten jetzigen Inhaber des Amtes frühzeitig eine reibungslose Nachfolge zu sichern. Eben darum handelt es sich jedoch offensichtlich nicht; von der Wahl eines Vizepräsidenten oder ähnlichem ist inzwischen keine Rede mehr. Tatsächlich geht es bei dem Übergang von den Elektoren zum Referendum um den letzten Schritt weg von den Resten der Macht des Parlaments hin zum uneingeschränkten autoritären Präsidialregime, dies nicht nur für de Gaulle selbst, sondern auch für seine Nachfolger. Gewiß, der durch Volksentscheid gewählte Staatspräsident soll auch in seiner Amtszeit dem Volke Fragen zur Entscheidung vorlegen, Fragen aber, d i e e r s e l b s t f o r m u l i e r t, deren Behandlung durch Rundfunk und Fernsehen er selbst steuert. Hinzu kommt, psychologisch betrachtet, die Drohung, daß jede Ablehnung der vom Staatspräsidenten dem Volk nahegelegten Entscheidung eine Staatskrise mitsichbrächte; anders als in den USA stünde dem Staatspräsidenten ein mächtiges Parlament nicht gegenüber. Der parlamentarische Charakter der französischen Republik, ohnehin nur noch in Fragmenten vorhanden, würde restlos zur Fiktion, eine Alternative zur Politik des Präsidenten könnte nicht einmal mehr verfassungsgerecht formuliert, geschweige denn durchgesetzt werden.

Bezeichnend hierfür ist der Weg, den de Gaulle schon bei der Verfassungsänderung selbst einschlägt: die Neuregelung der Präsidentenwahl soll ohne Befragung des Parlamentes durch Volksentscheid (den die Verfassung für „Gesetzesvorschläge über die Änderung der Behörden" vorsieht) erfolgen, de Gaulle w i l l offenbar die Machterweiterung für den Präsidenten vom Parlament nicht einmal bestätigt erhalten.

Der „Rheinische Merkur", nicht ohne Gespür für de Gaulle's Intentionen, schreibt über die politische Einstellung des französischen Staatspräsidenten: „Er lehnt vor allem den Parlamentarismus als unzeitgemäß ab, weil die großen Entscheidungen lediglich von einer aktionsfähigen Exekutive getroffen werden können." De Gaulle hat in aller Offenheit seine Abneigung gegen eine parlamentarische Demokratie geäußert: Wahrung p r i v a t e r Freiheiten des Bürgers, der von Zeit zu Zeit „in der einen oder anderen Form" der allgemeinen Richtung der Präsidialpolitik akklamieren darf, — das ist de Gaulle's Auffassung von einer „modernen" Demokratie.

Im Jubel über die Lösung eines Problems, das längst keines mehr war, — in der Begeisterung über die „deutsch-französische Aussöhnung", übersieht

manch einer in der Bundesrepublik (und manch anderer mag es nur zu gut erkannt haben), daß die Sympathie für das Frankreich de Gaulle's auch Zustimmung zu der de Gaulle'schen Art von „Demokratie" bedeutet. Man unterschätze nicht die Einflüsse der Entdemokratisierung in Frankreich auf die Bundesrepublik, auch auf die Mentalität des Bundesbürgers; diese Einflüsse werden um so stärker, je mehr sich eine atomrüstungshungrige, jeder Verhandlung mit dem „Osten" abgeneigte, im „permanenten Kriegszustand gegen den Kommunismus" (Strauß beim Besuch de Gaulle's vor der Führungsakademie der Bundeswehr) sich befindliche Allianz Frankreich-Teildeutschland von der Politik der angelsächsischen Staaten, Italiens und der Be-Ne-Lux-Länder isoliert.

Es war wiederum der „Rheinische Merkur", in dem Bundespräsident Lübke vor etlichen Tagen anläßlich einer Betrachtung über die „Fehlentwicklungen bei der Anwendung des parlamentarisch-demokratischen Prinzips" schrieb: „Wir wissen, daß die parlamentarische Demokratie im Laufe der abendländischen Geschichte eine lange Entwicklung durchgemacht und verschiedene Regierungsformen hervorgebracht hat. Dabei war es immer von entscheidender Bedeutung, daß weitsichtige Rechtsdenker und tatkräftige Politiker Anpassungen an veränderte Zeitumstände gefunden und durchgesetzt haben."

Diese Äußerung, nach dem Besuch de Gaulle's in der Bundesrepublik und nach dem Bekanntwerden der neuen Verfassungspläne in Frankreich, läßt vermuten, daß auch in der Bundesrepublik eine „Anpassung der Demokratie an veränderte Zeitumstände" fällig sein könnte. Übrigens: beim Galadiner, das Adenauer in Bonn für de Gaulle gab, waren neunundneunzig Personen geladen, Minister, hohe Beamte, Repräsentanten der Wirtschaft. Parlamentarier waren nicht geladen. A. K.

Gewerkschaften im Blickfeld

Als größte demokratische Massenorganisation, mit 6,3 Millionen Mitgliedern, ist der Deutsche Gewerkschaftsbund in den letzten Monaten immer mehr ins Zentrum öffentlicher Auseinandersetzungen gerückt. Auf zwei verschiedenen, nichtsdestoweniger eng verbundenen Ebenen wurde er angegriffen und griff er seinerseits an. Die Lösung der primären gewerkschaftlichen Aufgabe, den Lebensstandard der Arbeitnehmer zu verbessern, erweist sich zusehends als schwieriger. Die Maßhalte-Appelle der Bundesregierung verfolgten vornehmlich den Zweck, weitere Lohn- und Gehaltserhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und andere soziale Verbesserungen zu verhindern. Dr. Paulssen vom Arbeitgeberverband hielt sich natürlich nicht zurück, er hieb in die gleiche Kerbe und forderte die Unternehmer zu scharfem Widerstand auf. Das Gespenst der Inflation wird beschworen, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Zur zusätzlichen Einschüchterung dient die Drohung der Aufhebung der Tarifautonomie und der Einrichtung einer staatlichen Zwangsschlichtung. Ein weit ausgedehnteres Umfassungsmanöver rein politischen Charakters stellt die Vorbereitung des Notstands- und Notdienstgesetzes dar, das der Regierung die Möglichkeit geben soll, in bestimmten (vielleicht auch einer dehnbaren Interpretation unterzogenen) Fällen die verfassungsmäßigen Grundrechte und damit auch die gewerkschaftlichen Freiheiten auszuschalten.

Die Gewerkschaften sind gebrannte Kinder. Schon einmal haben sie zu spüren bekommen, wie vermittels der stufenweisen Aushöhlung der Demokratie die Bahn für die totale Diktatur geebnet wurde. Diese Lehre ist noch nicht vergessen. Und auch feierliche Versicherungen, an denen heutigentags kein Mangel ist, sind nicht dazu

Prof. Dr. Renate Riemeck

De Gaulle und seine Deutschen

Über die „Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte" kann man streiten. Aber nicht mit General de Gaulle. Er hält es mit dem alten Treitschke: „Männer machen Geschichte". Und so verfährt er auch. Er weiß, wie er seinen eigenen — von ihm selber und für ihn selber geschaffenen — Mythos zu vertreten hat. Wie ein Monarch aus längst vergangenen Zeiten zeigt er sich „dem Volk" und läßt es dabei fühlen, wie bedeutungsvoll es ist, dem „großen Manne" zu begegnen. Als Meister der effektvollen Gebärde, des dramatischen Auftritts, der hoheitlichen Herablassung hat er sich den Deutschen der Bundesrepublik präsentiert. Und sie jubelten ihm dankbar zu. Endlich war er wieder da: der vom Charisma des Führertums Umgebene, diesmal aber doch wohl in legitimer Gestalt, — nicht im braunen Hemd, nicht mit Schirmmütze und Armbinde, sondern ein Herr, ein Weltmann, — kein Gefreiter, nein, ein General! Einer, der die Glocken läuten läßt. Einer, der im Hochamt vor dem Altar kniet. Einer, der weiß, wie man sich benimmt, der willensstark, weitblickend und entschlossen ist.

Der Mythos de Gaulles fand bei den Westdeutschen mehr Aufnahmebereitschaft, als er sie je in der französischen Nation fand und finden wird. In Frankreich lächelt man wohl nachsichtig über des Staatspräsidenten Gepflogenheit, bei feierlichen Gelegenheiten von sich selber in der dritten Person zu reden. Wenn er aber in der Bundesrepublik verkündet: „Charles de Gaulle ist gekommen ...", „Charles de Gaulle grüßt ...", „Charles de Gaulle wünscht ...", dann hält man den Atem an vor der Größe des geschichtlichen Augenblicks.

Dann staunt man, daß es das noch gibt, wieder gibt, und daß es sich mitten unter uns Deutschen vollzieht, denen doch die „historische Größe" mit Wilhelm II. und erst recht mit dem „Führer" abhanden gekommen war. Der Mythos — selbstverständlich nicht des „zwanzigsten", wohl aber des neunzehnten Jahrhunderts war zu Besuch gekommen.

In Bonn, der ersten Station seiner Reise durch die westdeutschen Lande, hob General de Gaulle sich von der dritten Person noch um eine Stufe höher in der Rangordnung der historischen Werte: „Frankreich besucht Deutschland!" rief er aus. Klarer konnte es nicht zum Ausdruck kommen, welchen Platz er sich in dem von ihm selber erschaffenen Geschichtsbild zuweist. (Es ist ein einmaliges, ein grandioses, ein imponierendes Geschichtsbild. Es hat nur einen einzigen Fehler: es stimmt nicht.)

War Frankreich in Deutschland zu Besuch? Nein, — de Gaulle ist nicht Frankreich, die Bundesrepublik ist nicht Deutschland. Das Frankreich, das de Gaulle verkörpern möchte, ist vergangen. Das Deutschland, das er meint, ist nicht das eine Land der Deutschen.

Frankreich lebt nicht in den kalten Sälen des Elysée-Palastes. Deutschland lebt nicht zwischen Rhein und der Elbe-Werra-Linie. Frankreich — das sind die Hunderttausende auf den Straßen und Plätzen von Paris, die in spontaner Abwehr den Übergriffen der Polizei Einhalt gebieten, die den OAS-Terror bändigten und de Gaulle regieren lassen, weil es zur Zeit keine andere Lösung gibt. Deutschland — das ist nicht Bonn und Düsseldorf, Köln, Hamburg und München. Deutschland — das ist auch Berlin und Leipzig, Rostock, Dresden und Magdeburg. Aber dieses Deutschland gibt es heute nicht. Statt dessen gibt es eine Spaltung in zwei Staaten und ein ungelöstes Deutschland- und Berlin-Problem.

De Gaulle und die deutsche Einheit

Für den General de Gaulle freilich muß Deutschland mit der Bundesrepublik identisch sein. Er hat nie etwas anderes im Sinn gehabt als ein geteiltes Deutschland. In seinem Geschichtsbild und in seinen Zukunftsvisionen hat die deutsche Einheit keinen Raum. „Kein Deutsches Reich mehr! Im Gegenteil, deutsche Einzelstaaten, deren jeder seine Einrichtungen, seine Eigenart und seine Souveränität hätte, denen es erlaubt wäre, sich untereinander zu verbünden und in eine europäische Gruppierung einzutreten, in der sie ihren Rahmen und ihre Entfaltungsmöglichkeiten fänden ..." erklärte er 1948 nach der Londoner Außenministerkonferenz, auf der die Voraussetzungen für die Errichtung des westlichen Teilstaates geschaffen wurden.

Die „europäische Gruppierung" sollte selbstverständlich unter französischer Hegemonie stehen. Frankreichs Vormachtstellung in Europa — der alte Traum von Richelieu bis Napoleon III. — wurde das Ziel der gaullistischen Politik, und niemand wußte es besser als der General, daß dieses Ziel nur zu erreichen war, wenn Deutschlands Einheit zerstört blieb.

Schon 1945, als er noch Frankreichs Staatschef war, stellte er die Weichen für die spätere Entwicklung. Er verhinderte die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse, indem er sein Veto gegen die vorgesehene Schaffung zentraler deutscher Verwaltungsstellen einlegen ließ: „Frankreich kann nicht zugestehen, daß eine deutsche zentrale Macht aufkommt und unmittelbar vor seinen Toren herrscht", sagte sein Außenminister Bidault am 17. Januar 1946 vor der französischen Nationalversammlung. Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland, die Annexion des Saargebietes und die Separation des Rheinlandes waren die Mindestforderungen de Gaulles und seiner Anhänger. „Gemäß den Beschlüssen von Potsdam wurde Deutschland im Osten, nicht aber im Westen amputiert", erklärte de Gaulle in seinem berühmten „Times"-Interview vom 9. September 1945 und gab unmißverständlich zu verstehen, daß eine Amputation zugunsten Frankreichs unerläßlich sei. Er wollte, daß das Rheinland „ein für allemal vom deutschen Staat in solcher Weise abgetrennt wird, daß seine Bewohner wissen, daß ihre Zukunft nicht in Deutschland liegt." Hat er das erreicht?

Fast könnte man meinen, die schaulustige Menge, die ihm in Bonn, Köln und Düsseldorf zujubelte, ist nach dreizehn Jahren westdeutscher Politik zu solcher Haltung bewogen worden. Die Ovationen galten nicht dem Mann der Zerstückelungspläne. Sie galten dem „starken Mann", der nicht nur deutsch zu sprechen, sondern verschwenderisches Lob für die deutsche Tüchtigkeit zu verteilen verstand. Wer weiß denn heute noch, daß es de Gaulle war, der nach 1945 den Leerlauf der Bemühungen des alliierten Kontrollrats um die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit herbeiführte? Byron Price, der als Beauftragter Trumans nach Berlin entsandt war, schrieb in seinem Bericht (am 28. November 1945) an den amerikanischen Präsidenten: „Die USA müssen sich entscheiden, ob die von der französischen Regierung ausgeübte Obstruktion, die zu einer völligen Lähmung des Viermächte-Kontrollrats in Berlin geführt hat, zugelassen werden soll. Sie würde den Grundlagen der alliierten Politik in Deutschland widersprechen."

Es steht hier nicht zur Debatte, weshalb die USA und Großbritannien die französische Obstruktionspolitik zuließen. Es soll nur festgehalten werden, daß Price die Pariser Regierung auch auf seiner Pressekonferenz vom 16. November 1945 „für das Scheitern der Versuche zur Erhaltung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit" verantwortlich machte.

Warum blättern wir in den vergilbten Papieren der Vergangenheit? Weil es

eine Legende ist, daß die Sowjetunion die Spaltung Deutschlands verursacht habe. Die von de Gaulle gelenkte Politik Frankreichs hat die Voraussetzungen für die Zusammenführung des viergeteilten Deutschland zu einem einheitlichen Staatsgebilde systematisch torpediert. Ein einheitliches Deutschland stand seinem französischen Großmachtdenken im Wege. Das Europa, von dem er schon während des Krieges träumte, sollte „vom Atlantik bis zum Ural" reichen und „Slawen, Germanen, Gallier und Latiner" umfassen, nicht aber einen einheitlichen deutschen Staat, der lediglich im Osten „amputiert" worden war. Um Großbritannien und Amerika von diesem seinem Europa fernzuhalten, schloß er 1945 mit der „mächtigen und tapferen Sowjetunion" eine Allianz, die ganz auf den Vorstellungen der europäischen Kabinettspolitik des 19. Jahrhunderts beruhte. Denn die USA und England hatten nur zu deutlich zu erkennen gegeben, daß sie seinen Großmachtanspruch in Europa nicht anerkannten. Das Bündnis mit Rußland sollte ihn dem großen Ziele näher bringen.

De Gaulle und Europa

Aber die Sowjetunion ist nicht das alte Rußland. Sie ist eine Weltmacht, deren Interessen nicht „am Ural" enden. Die „schöne und gute Allianz", die de Gaulle 1945 mit Stalin eingegangen war, führte nicht zu der erhofften Stärkung Frankreichs innerhalb „Europas". In Frankreich aber gärte es.

Mißmutig und grollend über die Verständnislosigkeit, die seine Landsleute „dem General de Gaulle" und seiner „gewissen Idee" entgegenbrachten, gab er das Steuer des Staates aus der Hand, zog sich in die Einsamkeit von Colombey-les-deux-Eglises zurück — und hielt doch ständig die Verbindung zur Armee und hohen Regierungsstellen aufrecht. Denn er glaubte fest daran, daß seine Stunde kommen würde.

Der meuternden Armee in Algier verdankte er 1958 sein come-back.

Inzwischen hatte sich die Welt verändert. Aber unverändert war der Glaube de Gaulles an seine historische Mission. Wieder erhob er den Anspruch auf die Großmachtrolle Frankreichs in Europa und der Welt. Mittlerweile war die Bundesrepublik etabliert worden, befand sich Frankreich in einem grausamen Kolonialkrieg, hatten drei Mächte einen „Atomklub" gebildet.

Westeuropa sollte sich, den amerikanischen Wünschen entsprechend, mehr und mehr „integrieren". Wo blieb da die „gewisse Idee" des Generals? Wo gab es noch eine Möglichkeit, die politische Hegemonie zu gewinnen? Nukleare Kampfmittel in die Hand zu bekommen, erschien ihm jetzt als zentrale Aufgabe der französischen Politik. Die Atombombe und Frankreichs Prestige verschmolzen in der Konzeption de Gaulles zu einer Einheit. Er mußte den Algerien-Krieg beenden, um Frankreich von den ungeheuren finanziellen Belastungen zu befreien und die Finanzkraft des Staates auf den kostspieligen Aufbau einer „force de frappe" zu lenken. Er begann die „europäische Integration" zu stoppen, um zu verhindern, daß Frankreich sich in den Kreis der von den Angloamerikanern abhängigen westeuropäischen Länder einordnen muß. Er erkannte bald, daß weder die USA noch Großbritannien bereit waren, ihm mittels besonderer Befugnisse innerhalb der NATO oder durch Lieferung von Atomwaffen für die französische Armee zu einer Sonderstellung in Europa zu verhelfen.

Da bot sich Bonn als Verbündeter an. Durch ihre verhandlungshemmende Politik in der Berlin- und Deutschland-Frage gefährlich in die Enge getrieben, sah die Bundesregierung in der engen Verbindung mit de Gaulle ihre Rettung, zugleich auch die Chance, durch die Unterstützung von Frankreichs atomarem Geltungsstreben in den Besitz jener „modernsten Waffen" zu kommen, die Strauß über die NATO bisher nicht erhalten konnte.

De Gaulle will sich mit Hilfe der wirtschaftlich starken Bundesrepublik den Zugang in den westlichen „Atomklub" erzwingen, und er glaubt anscheinend, daß eine Wiedererneuerung des Karolingerreiches der Garant für die Unterordnung des deutschen Machtwillens unter die Führung Frankreichs ist.

Die „Einigung Europas" ist für ihn deshalb eine Frage, die zwischen Paris und Bonn gelöst werden sollte, möglichst unter Fernhaltung Englands, mit dem de Gaulle die Beherrschung Westeuropas nicht teilen will. Er träumt von einer „Union" westeuropäischer Staaten, die sich um das französisch-bundesdeutsche Frankenreich gruppieren sollen, und prophezeit dieser Union, daß sie sich zur „mächtigsten, blühendsten, einflußreichsten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Einheit der Welt" entwickeln wird (!).

Angesichts dieser Superlative wundert es uns nicht mehr, wenn de Gaulle Westeuropa als kommende „planetarische Macht" bezeichnet und gelegentlich durchblicken läßt, daß Frankreich eines Tages stark genug sein werde, um die bisher stets abgelehnten Verhandlungen mit der Sowjetunion zwecks Regelung der europäischen Verhältnisse selber einleiten zu können.

In dergestalt abgewandelter Form präsentiert uns Charles de Gaulle also eine Neuauflage der „Politik der Stärke". Sie hat gegenüber ihrer Vorgängerin aus der Eisenhower-Dulles-Ära den Vorzug, daß sie nicht auf der realen Macht vorhandener Atombomben, sondern auf irrealen Zukunftserwartungen beruht. Denn zu einer „planetarischen Macht" wird de Gaulle seine geplante „westeuropäische Union" nie befördern können. Den „Wettlauf zum Jahre 2000" tragen andere aus.

Was in der politischen Gedankenwelt des französischen Staatspräsidenten lebt, gehört in das Gebiet der historischen Mystifikationen, wie auch das „Europa vom Atlantik bis zum Ural" dorthin gehört. Denn die Zukunft wird nicht von dem überholten Europabegriff des 19. Jahrhunderts bestimmt und erst recht nicht von der französischen Atombombe. Sie wird nicht in Paris und nicht in Bonn entschieden. Dort kann man nur darüber entscheiden, ob man Frieden machen oder untergehen will. Aber ist das allein in die Vollmacht der Regierenden gestellt? An solcher Entwicklung sind nicht nur de Gaulle und die Bundesregierung, sondern auch das französische und das deutsche Volk beteiligt. Denn es sind die Völker, nicht die „Männer", die Geschichte machen.

Unterrichtsminister K. Helweg Petersen, Kopenhagen

Zur Erforschung internationaler Konflikte

Zur 10. Sitzung des Nordischen Rates im März 1962 in Helsinki hatte die dänische Regierung auf meine Anregung den Vorschlag gemacht, daß der Rat den Regierungen der nordischen Länder empfehlen sollte, die Möglichkeiten der Errichtung eines nordischen Instituts für Konfliktforschung zu untersuchen.

Den Gedanken einer derartigen Forschung hatte ich ursprünglich in einem Zeitungsartikel aufgeworfen. Der Vorschlag wurde von einzelnen Zeitungen kommentiert, die sich überwiegend skeptisch äußerten.

Es ist leicht zu verstehen, daß der Gedanke, ein kleines Land wie Dänemark sollte sich mit Problemen befassen, die innerhalb der Gebiete der großen Politik liegen, als vermessen empfunden wird. Allmählich ist uns in Fleisch und Blut

übergegangen, daß wir uns als Bürger eines kleinen Landes daran gewöhnen müssen, auf eine Einmischung in die internationale Politik zu verzichten.

Eine derartige Einstellung ist aber meiner Ansicht nach sowohl gefährlich als auch unbillig. Sie ist gefährlich in ihren Konsequenzen und unbillig, weil die kleinen Länder im Falle kriegerischer Konflikte von Anfang an praktisch dem gleichen Schicksal ausgesetzt sein werden wie die am Kriegsausbruch direkt beteiligten Mächte.

Meine Gedanken über die ideenmäßige Seite der Frage sind in einem Gutachten von Professor Sven Henningsen näher dargelegt worden, das er für die Ausarbeitung eines Vorschlages für die Sitzung des Nordischen Rates dem Unterrichtsministerium eingereicht hat.

In den in diesem Vorschlag enthaltenen einleitenden Bemerkungen heißt es, daß im Spiel der zusammenfallenden und der einander widersprechenden Interessen, das die internationale Gemeinschaft der Staaten kennzeichnet, der Konflikt sowohl historisch als auch aktuell einen zentralen Platz hat.

Es wird festgestellt, daß in der internationalen Politik Jahrhunderte hindurch die Gegensätze vorherrschend gewesen sind und daß infolge der technischen Entwicklung und der globalen politischen Struktur der heutigen Welt die Konsequenzen der Konflikte eine entscheidende Bedeutung erhalten haben.

Das Studium der zwischenstaatlichen Konflikte ist alt. In der diplomatischen Geschichte nimmt es einen zentralen Platz ein. Man kann aber wohl sagen, daß die Historiker in erster Linie für die einzelnen, tatsächlichen Konflikte — und nicht für den Konflikt als solchen — Interesse gezeigt haben; sie haben sich nicht besonders für die Erforschung der generellen Momente der Konflikte innerhalb der verschiedenen Geschichtsperioden interessiert.

In den letzten Jahren ist die als „Internationale Politik" bezeichnete Disziplin der Staatskunde entstanden, und damit hat sich das Interesse für den internationalen Konflikt in all seinen Aspekten gesteigert, — in größerem Umfange jedoch erst seit 1945.

Die neue Disziplin wird von dem Versuch bestimmt, ein tieferes Verständnis der internationalen Konflikte dadurch zu erreichen, daß man sie als Ganzes untersuchen wird; d. h. man wird nicht nur ihre historischen Voraussetzungen und ihren Verlauf analysieren, sondern versuchen, die größtmögliche Einsicht in die den Konflikten zugrundeliegenden Kräfte der Gesellschaft, die für ihre Entwicklung entscheidenden politischen Faktoren, die benutzte diplomatisch-politische Technik usw. zu erreichen.

Zwei Tendenzen innerhalb dieser Forschung haben sich deutlich geltend gemacht:

Die eine läßt sich durch die Konzentration auf „case studies" entweder beendeter oder laufender Konflikte kennzeichnen.

Zweck dieser Tendenz ist, eine so detaillierte Einsicht wie möglich in jeden einzelnen dieser Konflikte zu erreichen, damit man danach die Ergebnisse untersuchen und miteinander vergleichen kann, um dadurch zu einer Formulierung von Hypothesen von Verhaltensmustern zu kommen.

Seit 1945 hat man dieses Verfahren auf eine Anzahl internationaler Konflikte verwendet, z. B. den Saar-Streit zwischen Deutschland und Frankreich, die Triest-Konflikte zwischen Italien und Jugoslawien und den Zypern-Konflikt u. a.

Die zweite Tendenz in der Konfliktforschung hat einen mehr theoretischen Charakter.

Vom Interesse anderer Gesellschaftswissenschaften ausgehend, „Modelle" der Gesellschaftskonflikte aufzustellen, versucht diese Richtung, „Modelle" und

Theorien als Arbeitsgeräte des Studiums internationaler Politik und internationaler Konflikte zu schaffen.

Während man wohl sagen kann, daß im Augenblick zwischen diesen beiden Auffassungen ein gewisser Gegensatz besteht, muß behauptet werden, daß, wenn Ergebnisse erreicht werden sollen, ein Zusammenspiel der beiden Tendenzen erforderlich sein wird.

Eine Weiterführung der Forschung auf diesem Gebiet wird eine nahe Zusammenarbeit zwischen Forschern mehrerer Wissenschaftszweige erfordern; im übrigen besteht unzweifelhaft unter den Forschern ein großes Interesse für diesen Forschungszweig.

Die Konfliktforschung muß — wenn es möglich sein soll, die angestrebte Einsicht in Hintergründe, Inhalt, Struktur und Entwicklung der Konflikte zu erreichen — aus den Erkenntnissen der Gesellschaftswissenschaften als Ganzes Nutzen ziehen.

Hier wird weitgehend die Rede sein von einer gemeinsamen Arbeit, die von einem bescheidenen Anfange aus je nach der Art des zu erforschenden Konflikts zu etwas sehr Umfassendem wachsen kann.

Will man von diesen Gesichtspunkten aus ein Schema der Arbeitsgebiete eines Konfliktforschungs-Instituts aufstellen, so kommen in erster Linie die drei folgenden in Frage:

1. Das Institut muß eine Dokumentation anlegen und aufbauen, die es in den Stand setzt, die internationale Entwicklung zu verfolgen, so daß man zu jedem Zeitpunkt Analysen der jeweiligen außenpolitischen Lage ausarbeiten kann. Das bedeutet in der Praxis, daß das Institut regelmäßige Übersichten und Analysen ausarbeiten muß, mit besonderem Gewicht auf Änderungen der Entwicklung sowie Beurteilung dieser neuen Entwicklungstendenzen.
2. Im Zusammenhang damit sollte das Institut allmählich Materialsammlungen aufbauen, die die laufenden internationalen Konflikte beleuchten. Dieses Material muß durch ein systematisches Sammeln und Bearbeitung von Informationen auf dem laufenden gehalten werden, so daß das Institut im Zusammenhang mit seiner Forschungstätigkeit imstande ist, wenn gewünscht, aktuelle Darlegungen über diese Fragen an die Behörden in kurzer Frist abzugeben.
3. Das Institut sollte darauf abzielen, an der internationalen Konflikttheorie-Forschung beteiligt zu werden, um dadurch nach und nach zur Entwicklung dieser Seite des Studiums der internationalen Politik beitragen zu können.

Im Zusammenhang mit dem organisatorischen Aufbau eines derartigen Instituts werden sich selbstverständlich einige Schwierigkeiten melden. Die Aufgabe läßt sich auf verschiedene Weise lösen, es scheint aber doch gegeben, daß das Institut im Anschluß an eine Universität errichtet werden muß und daß eine gewisse Zusammenarbeit mit dieser erforderlich wäre.

Treten die nordischen Länder für den Gedanken ein, dann wird es natürlich sein, daß ein nordisches Organ geschaffen wird — ein Rat, bestehend aus z. B. zwei Mitgliedern aus jedem Lande — dessen Aufgabe es sein wird, zu den Richtlinien für den Betrieb und die Arbeit des Instituts Stellung zu nehmen. Ein solcher Rat soll somit die von der Leitung des Instituts gemachten Vorschläge behandeln, kann aber selbstverständlich auch selbst Arbeitsaufgaben in Vorschlag bringen.

Zur Sicherung der erforderlichen Festigkeit der Arbeit wird es sicher notwendig sein, daß das Institut von einem vom Rat ernannten Direktor geleitet wird. Der Direktor muß für die wissenschaftliche Tätigkeit und die Verwaltung des Instituts verantwortlich sein. Er muß in der einleitenden Periode die Arbeitsorganisation des Instituts aufbauen, dem Rat gegenüber die einzustellenden Mitarbeiter vor-

schlagen, den Haushaltsplan ausarbeiten usw. Er trägt die Verantwortung dafür, daß die Aufgaben des Instituts gelöst werden, er soll dafür Sorge tragen, daß Beziehungen zu den Behörden angeknüpft werden, mit denen das Institut zusammenarbeiten soll, und ist diesen Behörden gegenüber verantwortlich für die Tätigkeit des Instituts.

Das Institut — als seinen Sitz denkt man sich eine der nordischen Hauptstädte — sollte ein selbständiges Archiv mit Dokumentsammlungen anlegen und entwickeln und außerdem eine Bibliothek von Literatur, die sich mit Konflikten und damit verknüpften Problemen beschäftigt.

Die Tätigkeit im Institut sollte für die Mitarbeiter vermutlich die einzige Arbeitsaufgabe oder auf jeden Fall die Hauptaufgabe sein. Dies ist eine notwendige Voraussetzung für die Lösung der in Rede stehenden Arbeitsaufgaben, die hohe Ansprüche an die Mitarbeiter stellen werden.

Das Institut sollte eine nahe Zusammenarbeit mit den in den nordischen Ländern bereits vorhandenen Instituten für internationale Forschung suchen, und es muß mit den zuständigen Behörden in Verbindung stehen, darunter den internationalen Kommissionen der UNESCO und den Institutionen, die den technischen Hilfsprogrammen für die Entwicklungsländer vorstehen. Es wird vermutlich möglich sein, eine Form der Zusammenarbeit zu finden, so daß man Überschneidungen und Wiederholungen vermeidet.

Bei der Auswahl der Mitarbeiter sollte es als wünschenswert in Betracht gezogen werden, daß diese nicht nur die erforderliche wissenschaftliche Befähigung besitzen, sondern auch Kenntnis des Arbeitsganges anderer Institute haben, die mit entsprechenden Problemen arbeiten.

Schließlich sollte man wohl auch Rücksicht darauf nehmen, daß die Schaffung einer nordischen Vertretung wünschenswert wäre.

Bei der Behandlung der Frage im Nordischen Rat wurde einige Kritik gegen den Vorschlag vorgebracht, und die vom Rat beschlossene Empfehlung wurde wie folgt abgefaßt: „Der Nordische Rat schlägt den Regierungen vor, zu untersuchen, ob Basis oder Bedarf für ein nordisches Institut für Konfliktforschung besteht."

Damit war für die Unterrichtsministerien der nordischen Länder der Weg frei für eine weitere Bearbeitung der Sache, und in einer Sitzung der nordischen Unterrichtsminister im Juni 1962 in Kopenhagen wurde die Frage erörtert. Die Minister stellten sich im Prinzip positiv zum Gedanken einer nordischen Zusammenarbeit in der Forschung internationaler Politik, insbesondere im Hinblick auf das Studium der zwischenstaatlichen Konflikte. Es wurde beschlossen, einen nordischen Ausschuß zur Untersuchung und Beurteilung der verschiedenen Möglichkeiten der Zusammenarbeit einzusetzen, weil auch andere Formen der Organisation der Zusammenarbeit möglich sind als ein eigentliches gemeinsames Institut.

Für die Arbeit des Ausschusses wird von dänischer Seite im Herbst eine Darstellung der Forschung auf diesen Gebieten in Ländern außerhalb des Nordens ausgearbeitet werden.

Wenn der Ausschuß der Sachverständigen die Untersuchungen beendet hat, wird es sich herausstellen, ob man sich über einen Vorschlag an den Nordischen Rat über eine gemeinsame nordische Forschungszusammenarbeit einigen kann.

Sollte dies nicht möglich sein, dann muß untersucht werden, ob sich zwischen Dänemark und einem oder mehr als einem anderen nordischen Land eine Zusammenarbeit schaffen läßt.

Ich will im übrigen die Sache auf die Spitze treiben: Sollten die Verhandlungen völlig erfolglos bleiben, dann müssen wir meiner Ansicht nach in Dänemark die Sache in Angriff nehmen. Und dann darf es nicht den Gedanken blockieren, daß die Frage der Unterstützung der Regierungen in Form von Memoranden usw.

vielleicht zunächst stärker in den Vordergrund gekommen ist als die rein forschungsmäßige Aufgabe.

Die Hauptsache muß selbstverständlich die Vorbereitung einer Forschung sein, die jungen Wissenschaftlern die Gelegenheit einer Vertiefung und eines Eindringens in die Probleme der internationalen Politik bietet.

Alle können wohl darin mit mir einig sein, daß auf diesem Gebiet ein Bedarf besteht, der sogar sehr groß ist.

Wenn man aber diesen Bedarf mit dem Eifer vergleicht, mit dem man auf allen möglichen anderen Gebieten Forschungsorgane ausbaut, die auf jeden Fall, alles andere unerwähnt, nicht die zentrale Bedeutung für die Menschheit haben wie die Frage, wie die Nationen ihre gegenseitigen Probleme regeln — w e n n es das Hauptproblem der Menschheit ist, kriegerische Konflikte abzuschaffen —: wie wagt man dann, auf die Leistung eines bescheidenen, vielleicht doch aber nicht unbedeutenden Einsatzes zu verzichten, um die größtmögliche Klarheit über die Kräfte zu gewinnen, die die Menschen zu Handlungen treiben, die früher so viel Unglück verursacht haben, und die, wenn sie einen neuen großen Krieg zur Folge haben sollten, für einen großen Teil der Menschheit wohl Vernichtung bedeuten werden.

A r n o B e h r i s c h

Der Führer ging, die Paladine blieben

Es ist still geworden um den Generalbundesanwalt Wolfgang Fränkel, der seinem zweiten Vornamen I m m e r w a h r nicht immer gerecht wurde. Man ist erst einmal, zeitgemäß ausgedrückt, in Deckung gegangen. Der Staub und der Gestank um den „Mann des Rechts", der trotz seiner Vergangenheit als Blutrichter Hitlers prädestiniert war für einen der höchsten Posten in unserem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat, soll sich erst verziehen. Und dann geht alles weiter wie bisher. Aber gerade das gilt es im Interesse unseres Landes zu verhindern. Denn Fränkel ist kein Einzelfall. (Einen der neuesten Beweise dafür bildet der Fall des Würzburger Verwaltungsgerichts-Präsidenten, Prof. Rudolf Schiedermair, gegen den ein Dienstaufsichtsverfahren eingeleitet werden mußte, weil er u. a. im Jahre 1939 bei der Zentralstelle Böhmen-Mähren des Reichsinnenministeriums an der „Endlösung" der Judenfrage mitgewirkt haben, 1940 Leiter der Stelle „Gesetzgebung" im rassenpolitischen Amt der NSDAP-Reichsleitung und 1941 SS-Richter und SS-Sturmbannführer in Norwegen gewesen sein soll.) Alle diese Fälle sind vielmehr Symptom eines ganzen Systems. Welches Systems?

Im Bulletin der Bundesregierung vom 18. Juli 1962 hat Dr. Karl Freiherr von Aretin über „Widerstand und Wiederaufstieg" u. a. geschrieben:

> „Der deutsche Widerstand wurde zur Basis des deutschen Wiederaufstiegs. Diese Behauptung gilt einmal wegen der nicht abzustreitenden Tatsache, daß Deutschland niemals in dieser kurzen Zeit in den Kreis der freien Nationen aufgenommen worden wäre, wenn es nicht auf die Tätigkeit des Widerstandes hätte hinweisen können. Erst dadurch wurde die Kollektivschuld-These der Alliierten widerlegt und damit der Weg für einen Wiederaufstieg Deutschlands frei. Sieht man von dieser Grundvoraussetzung für den deutschen Wiederaufstieg ab, so wird unsere These auch dadurch bestätigt, daß die Anfänge des demokratischen Lebens nach 1945 in fast allen Parteien von Männern des Widerstandes ausgingen."

Das stimmt. Und diese Männer des Widerstandes hatten recht genaue Vorstellungen von dem, was geschehen müßte, um zu verhindern, daß an den Stellen der von den Sockeln gestürzten braunen Götzen nicht die minder gefährlichen Konformisten und Opportunisten, die aller Systeme Mitläufer, die Männer mit den dehnbaren Charaktären, die überall 150%ig dabei sind, die hinter zahllosen Masken stets das gleiche Gesicht der Unmenschlichkeit und der Geschäftemacherei tragen, treten würden. So war es kein Zufall, daß in einem von den Herren Friedensburg, Kaiser, Krone, Lemmer, Lenz, Lukaschek, Vockel und Schreiber unterzeichneten Aufruf vom 26. Juni 1945 zu lesen war:

„Groß ist die Schuld weiter Kreise unseres Volkes, die sich nur allzu bereitwillig zu Handlangern und Steigbügelhaltern für Hitler erniedrigten ... Das furchtbare Ausmaß des Unrechts, das die Hitlerzeit gebracht hat, verpflichtet, die Schuldigen und ihre Helfershelfer unnachsichtig ... zur Rechenschaft zu ziehen."

Das dachte auch Widerstandskämpfer Konrad Adenauer. Am 7. April 1946 sagte er auf einer Großkundgebung der CDU in Bonn:

„Die aktiven Nationalsozialisten und die aktiven Militaristen, die für den Krieg und seine Verlängerung verantwortlich sind ... müssen aus ihren Stellungen entfernt werden. Das Elend, das sie über Deutschland, über die ganze Welt gebracht haben, schreit zum Himmel."

Das deckte sich ganz mit der Ansicht McCloys, der in Stuttgart erklärte:

„Das Hauptziel der US-Besatzungspolitik bleibt die Beseitigung nazistischer Einflüsse auf allen Gebieten des deutschen Lebens. Die Bundes- und Landesorgane haben die verfassungsmäßige Pflicht, entsprechende Schritte zu unternehmen."

Nicht minder deutlich wurde Ernst Reuter auf dem Parteitag der SPD in Berlin 1947:

„Wichtiger als die Demontage einzelner Fabriken ist die Demontage jener kriegerischen überheblichen Gesinnung, die in der Vergangenheit, immer von einer kleinen Minderheit künstlich und zielbewußt geschürt, den Boden für kriegerische Explosionen vorbereitet hat ... Wir wollen dafür sorgen, daß nicht wieder durch die Hintertür dieselben alten innerlich überlebt gewordenen Kreise aus der Versenkung auftauchen, die von der komischen Vorstellung besessen sind, als ob immer nur sie allein imstande wären, unser Land zu vertreten."

Doch der Wille lockte die Taten nicht herbei. Vielleicht deklarierten sich 1945 auch Leute als Widerstandskämpfer, die gar keine gewesen waren. Jedenfalls liest man in dem schon zitierten Aufsatz Dr. Freiherr von Aretins im „Bulletin":

„Es war für Kurt Schumacher eine bittere Enttäuschung, daß die SPD beim Wiederaufbau der Bundesrepublik von der Regierungsverantwortung ausgeschlossen blieb ... Tatsächlich geschah der Wiederaufstieg Deutschlands auch nicht im Zeichen des Widerstandes. Er war bewußt auf Versöhnung der durch die nationalsozialistische Zeit im deutschen Volk aufgerissenen Gegensätze abgestellt und hat erreicht, daß sich heute alle Volksschichten in Deutschland mit der Demokratie versöhnt haben."

Der letzte Satz ist ein fundamentaler Irrtum. Fast alle haben sich mit der leeren Form der Demokratie versöhnt. Aber die meisten dieser Patent- und Konjunktur-Demokraten wissen überhaupt nicht, was Demokratie eigentlich ist. Wo sollten sie es auch erfahren, gelernt und praktiziert haben. Bei ihrem Führer? Bei den Besatzungsoffizieren? Die echten Demokraten wurden ja im Zeichen der „Versöhnung" von Macht und Einfluß tunlichst ferngehalten oder ausmanövriert. „Wie einer ist, so ist sein Gott, darum ward Gott so oft zu Spott", heißt es bei Goethe. Genau nach dieser Tatsache entwickelte sich unsere Mitläufer-, unsere Konformisten-Demokratie. Die nach Karl Barth „bemerkenswerte deutsche Eigenschaft, alle unangenehmen Erinnerungen großzügig zu vergessen", breitete sich aus. Überall installierten sich im Zeichen einer falsch verstandenen „Versöhnung"

Leute „mit ihrem Talent, über ihre eigenen Schändlichkeiten großzügig hinwegzugehen", um es mit Charles W. Thayer zu sagen.

Und einer zog den andern nach. Während einer Rede bei der Eröffnung der Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz" in Frankfurt sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Prof. Franz Böhm:

> „Die Wiedereingliederung solcher Massen von Mitschuldigen in eine gesittete freie Gesellschaft ist kein justizmäßiges, nicht einmal ein sittlich-pädagogisches, sondern ein politisches, fast hätte ich gesagt organisatorisches Problem."

Richtig! Es war und es ist ein politisches Problem.

Die sogenannte Versöhnung in allen Ehren. Vor Jahren schrieb die „Süddeutsche Zeitung" treffend dazu:

> „Nicht die Zahl der wieder salonfähigen Nazis ist bedenklich: bloß die Höflichkeit, mit der sie aufgenommen werden, die Breitspurigkeit, mit der sie sich gebärden, und die Unverfrorenheit, mit der sie die Unbelasteten verdrängen ... Mögen sich Gefängnisse und Gerichtssäle von Obernazis und ihren Profiteuren leeren — wenn sich nur die Ämter und Theater, die Redaktionen und Filmstudios, die Fabriken und Anwaltskanzleien nicht mit ihnen füllen."

Just das geschah!

Die Blutrichter, die Ribbentrop-Diplomaten, die Wehrwirtschaftsführer, die Hitler-Generäle, die NS-Ideologen, die Goebbels-Publizisten, die Euthanasie- und KZ-Ärzte, die braunen Pädagogen und „Wegbereiter der nationalen Erhebung" erschlichen sich als „Demokraten" die Macht. Die Stufen nach oben tragen die Aufschrift: „Das haben wir nicht gewußt!" — „Rührt doch nicht immer in den alten Sachen herum!" — „Hört doch endlich auf, das eigene Nest zu beschmutzen!" — „Moskau hat die Hände im Spiel!" Umsonst hatte Theodor Heuß gesagt:

> „Die so reden, vergessen den ursächlichen Zusammenhang ... Das Vergessen-Wollen ist Feigheit, ist Flucht vor der Wahrheit."

Es war noch mehr.

Die nazistisch-opportunistisch-konformistischen Traditionskumpaneien, die sich überall zusammenfanden, die das ganze öffentliche Leben beherrschen, die sich natürlich gern das Mäntelchen der Demokratie umgehängt haben, füllten das leere Gefäß der Demokratie mit ihrem Geiste. Wo hat man jemals Ochsen vor einen Kinderwagen gespannt? Bei uns ist es geschehen. Und dabei wußte schon Tacitus:

> „Übrigens sind Freiheit und andere blendende Worte nur ein Vorwand. Noch niemand hat je nach Unterjochung anderer und Herrengewalt gestrebt, ohne sich dieser Worte zu bedienen."

An die Konformisten-Demokraten wäre, leicht abgewandelt, eine Frage zu richten, wie sie Emile Zola im Dreyfuß-Prozeß stellte:

> „Ich frage die Herren aufs Wort: Sind Sie getreue Diener der Demokratie? Wenn nicht, dann können Sie nur ihre Henker sein!"

O, sie sind sehr getreue Diener. Blutrichter Fränkel wanzte sich mit dem untrüglichen Gespür für das, was gefragt ist, so an:

> „... rechtzeitig alle politischen Radikalinskis und Umstürzler hinter Schloß und Riegel bringen, falls eines Tages unserer Konjunktur die Luft knapp wird."

Ein anderer nannte Menschen, die von dem in Gesetz und Grundgesetz verankerten Recht auf Kriegsdienstverweigerung Gebrauch machen, „Feiglinge oder Kommunisten, denen man eine Uniform mit Zebrastreifen verpassen" müsse. Herr Wuermeling, Anhänger der vom Standpunkt der Demokratie verdächtigen „Abendländischen Akademie", der noch andere hohe Bundesrepublikaner angehören, greift die „liberale Meute" an. In den ominösen Verbänden „Rettet die Freiheit", „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise", „Volksbund für Frieden und Freiheit", „Studiengesellschaft für Staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit"

u. a. m. üben sich die also Versöhnten in Demokratie, wie sie es verstehen. Alles Mampe Halb und Halb. Und doch:

> „Paragraphenmäßig ist alles in Ordnung, aber ob wir Demokraten geworden sind, bleibt offen, wenn man die Demokratie nicht nur als eine Abstimmmungsmaschine ansieht." (Heuß)

Was im Handbuch des Bundestages alles nicht mehr steht

Nun, wir haben dem „Bulletin" der Bundesregierung entnommen, daß der deutsche Wiederaufbau, der leider kein Neubau war, nicht im Zeichen des Widerstandes erfolgte. Wie hätte das auch sein können, wenn sich die ganz großen Widerstandskämpfer nicht einmal zum Widerstand bekannten, bzw. vergaßen, was sie getan hatten? In vier Handbüchern des deutschen Bundestages kann man immerhin gleichbleibend lesen, daß der Herr Bundeskanzler „1933 aus politischen Gründen aus allen Ämtern entlassen" wurde. Mehr allerdings nicht. Aber bei Krone und Lemmer ist das von vornherein in Vergessenheit geraten, und so ist es zu erklären, daß sie ihren Aufruf vom 26. Juni 1945 selbst nicht ganz so ernst genommen haben.

Widerstand kam vielmehr bald in Verruf. Das sieht man aus den Handbüchern des Bundestages. Es ist ja nicht nur so, daß sich Wolfgang Immerwahr Fränkel seiner Vergangenheit nicht ganz genau erinnern konnte (wozu er ja einigen Grund hatte), bei den großen Widerstandskämpfern ist die Erinnerung an die Vergangenheit von Wahlperiode zu Wahlperiode auch enorm verblaßt. Daß Wehner die im 1. Handbuch bekannte Mitgliedschaft bei der KPD nicht wiederholt, ist leicht zu verstehen. Ernster ist dagegen der Gedächtnisschwund des Kanzlerkandidaten Willy Brandt. 1949 erzählt er von seiner leitenden Funktion in der sozialistischen Jugendbewegung und von seiner Flucht nach Norwegen. Vier Jahre später kann er sich an seine Arbeit als Berichterstatter beim Kriegsverbrecherprozeß schon nicht mehr erinnern, und vom „Presseattaché bei der norwegischen Militärmission in Berlin" ist inzwischen ein „Pressemitarbeiter der norwegischen Vertretung in Berlin" geworden. Ganz zeitgerecht ist dann der Lebenslauf im Handbuch 1961. Da ist der „leitende Funktionär der sozialistischen Jugendbewegung", der „Mitarbeiter am sozialdemokratischen Volksboten", der politische Flüchtling sanft entschlafen. Der junge Brandt hat vielmehr in Oslo historische Studien getrieben und sich von 1933 bis 1945 in Skandinavien politisch und journalistisch betätigt. Auch der Hinweis auf die „Veröffentlichung mehrerer Schriften zu außenpolitischen und aktuell historischen Themen" fiel unter den Tisch. Das stört, versteht sich, die Zusammenarbeit und Gemeinsamkeit in den Schicksalsfragen der Nation mit denen, denen wir das traurige Schicksal der Nation zu verdanken haben.

Was eigentlich los ist in diesem Lande, zeigt allerdings und leider das Studium der vier Handbücher hinsichtlich der Eintragungen Thomas Dehlers. Bei Leuten wie Brandt liegt es auf der Hand, warum sie den Kopf einziehen. Wenn aber ein Mann wie Thomas Dehler, dem man Mangel an politischem Bekennermut nicht vorwerfen kann, das ganze Kapitel seines Widerstandes über Bord gehen läßt und dafür „katholisch" und „Teilnehmer beider Weltkriege" geworden ist, dann zeigt das, wo wir heute stehen. Was war das für ein Thomas Dehler, der sich 1949 vorstellte:

> „Gründungsmitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, von 1933 bis 1942 Angehöriger einer Oppositionsgruppe gegen Hitler, die später mit Dr. Gördeler in Verbindung stand; 1938 Verhaftung und Überweisung in ein Zwangsarbeitslager. 1945 von der Militärregierung als Landrat in Bamberg und 1946 als Generalstaats-

anwalt eingesetzt. Nach Bildung des neuen Kabinetts Ehard im Dezember 1946 zum Generalankläger für Großfälle im Zuge der politischen Säuberung bestellt."

Und 1961 ist das alles aus, als wäre es nie gewesen. Wie traurig und wie symptomatisch! Im Lebenslauf des Franz Josef Strauß wird übrigens schon 1949 verschwiegen, daß er sich von den Amerikanern zum Landrat bestellen ließ und daß er für sie als Spruch-Ausschuß-Vorsitzender die kleinen Nazis in Schongau am Spieß briet. Er tat das als Beauftragter der Amis, nicht als deutscher Spruchkammervorsitzender, was sachlich kein Unterschied war, für Strauß aber reichte, um im Bundestag etwas in Abrede zu stellen, was er dennoch tat.

Die Sache Fränkel ist keine Frage schlechter Entnazifizierung. Sie ist nur ein kleiner Bildausschnitt aus dem großen Porträt der Restauration in der Bundesrepublik. Dem einen fehlte nur das Unrechtsbewußtsein, ein anderer hat nur Befehle ausgeführt... Pensionsberechtigt sind sie alle. Wenn man, wie Hasso von Manteuffel, einen blutjungen und todmüden Soldaten als „Feigling" erschießen läßt, obwohl das Kriegsgericht anders befand, kann man dennoch als Bundestagsabgeordneter fachmännisch am Wiederaufbau der deutschen Wehrmacht mitgewirkt haben. Denn darum ging es doch im Kern. Der neue Feind, und wie könnten wir ohne Feinde leben, stand links. Und das setzte eine ganz bestimmte Politik voraus. Die „Nürnberger Nachrichten" vom 11. 2. 1960 schrieben treffend dazu:

„Mit der Restaurierung der ehemals führenden Schichten mußten aber unvermeidlicherweise alle jene gesellschaftlichen Leitbilder und Wertbegriffe wieder zur Herrschaft gelangen, durch die diese Schichten seit den wilhelminischen Tagen geprägt worden waren. Ebenso zwangsläufig hat die Wiederaufrüstung jene Kräfte aufs neue an die Spitze getragen, denen das Militärische nun einmal mehr ist als ein notwendiges Übel. In der Tat, mit Pazifisten und überzeugten Liberalen hätte sich nicht gut aufrüsten lassen. Hier mußte man schon andere Reservoire anzapfen, und es war ein glücklicher Zufall, daß man, psychologisch, auf die von Hitler ein Jahrzehnt lang angeheizten antibolschewistischen Affekte zurückgreifen konnte."

So kommt es auch, daß prominente Mitglieder des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands bei der Beurteilung von Lehrbüchern zu niederschmetternden Ergebnissen gelangen; von 17 beurteilten Lehrbüchern für die oberen Klassen der Volksschule waren nur fünf mehr oder minder einwandfrei. So kommt es auch, daß das St. Galler Tageblatt nach der Analyse von Reden Heuss' und Lübkes feststellen muß, daß wir nicht mehr mit Heuß einsichtig von Kollektivschande sprechen, sondern daß der neue Präsident schon die Kollektivunschuld postuliert hat, weil Naziherrschaft und Krieg nur noch die „Untaten einer Verschwörerclique" waren. Die nationalsozialistische Mordlust ist ja ohne jede Massenmitwirkung gewesen.

Der Führer ging, seine Paladine blieben. Und darum ist ein Wort von Reichskanzler Wirth, gesprochen nach der Ermordung Walter Rathenaus, heute besonders aktuell:

„Da steht der Feind, wo Mephisto sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt; da steht der Feind, und, darüber ist kein Zweifel, dieser Feind steht r e c h t s."

Nach 1945 wurden die Weichen falsch gestellt, als zwischen Amerika und Rußland nicht nur die Gegensätze aufbrachen, sondern sich die Deutschen am Spiel des Kalten Krieges beteiligten. Wer die Paladine Hitlers wirklich ausschalten will, wer die Demokratie von Opportunismus und Konformismus befreien will, der muß in diesem Lande mit aller Kraft Entspannungspolitik treiben, muß weltweit vermitteln und versöhnen. Wer sich gegen Entspannungs- und Verständigungspolitik stellt, der renazifiziert, der remilitarisiert, der bereitet, bewußt oder unbewußt, die Wiederkehr der Schrecken der Vergangenheit im weitesten Sinne vor.

Kommentare

Prüfstein Kuba

Die neue Zuspitzung der Kuba-Frage kommt nicht überraschend. Es hieße Ursache und Folge verwechseln, wollte man sie auf die jüngsten kubanisch-sowjetischen Vereinbarungen über eine verstärkte sowjetische Militär- und Wirtschaftshilfe an Kuba zurückführen. Vielmehr ist umgekehrt diese Intensivierung der kubanisch-sowjetischen Kontakte eine Folge der anhaltend intransigenten, ja feindseligen Politik der Vereinigten Staaten gegenüber der kleinen Inselrepublik vor ihren Toren. In demselben Maße, als sich der amerikanische Druck auf das neue Kuba verstärkt, wächst für Kuba selbst der Zwang, da Hilfe wirtschaftlicher, politischer und auch militärischer Art zu suchen, wo allein sie ihm, aus welchen Motiven immer, noch angeboten wird. Um der Selbstbehauptung gegen den übermächtigen Nachbarn willen, der sich immer noch nicht zu einer Koexistenz mit Castro bereit findet, muß das sozialrevolutionäre Kuba solche Bindungen eingehen. Von den antikubanischen Kräften in den USA werden sie propagandistisch umgefälscht in eine „militärische Bedrohung der USA durch den internationalen Kommunismus" — und diese soll ein Vorgehen der Vereinigten Staaten gegen den unbequemen Nachbarn rechtfertigen.

Seit einigen Wochen schon steht Präsident Kennedy unter besonders starkem Druck der Kreise in den USA, die für eine weitere Verschärfung der amerikanischen Kuba-Politik, teils für einen radikalen Handels-Boykott, teils für eine militärische Invasion, eintreten. Diese Agitation hat nicht zuletzt eine wahltaktische Seite, muß aber gleichwohl wesentlich ernster genommen werden als ein nur wahltaktisches Manöver. Im Hinblick auf die bevorstehenden Kongreßwahlen am 6. November versuchen die Republikaner, den Präsidenten als „zu weich", als „Appeaser" zu denunzieren, in der Berlin- wie in der Kuba-Frage. Kein Wunder, daß ein notorisch rechtsradikaler Politiker wie Senator Goldwater zu den Scharfmachern gehört. Doch deren Kreis ist weit gezogen. Von der republikanischen Partei schrieb der Washingtoner Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung am 28. September, sie sei im Begriff, „sich zur Kriegspartei zu entwickeln". Aber auch aus dem eigenen, dem demokratischen Lager wird Kennedy zu einer härteren Kuba-Politik aufgefordert, vor allem von dem rechtsdemokratischen Senator Dodd aus Connecticut (der übrigens auch in der Deutschland-Frage wiederholt als Scharfmacher im Sinne des Kalten Krieges aufgetreten ist). Publizistischer Wortführer der Anti-Kuba-Agitation ist u. a. die New York Herald Tribune, zu deren Mitarbeitern als Exponentin des Anti-Kuba-Kurses Marguerite Higgins gehört, die neuerdings auch in der WELT zu Wort kommt.

Es ist diesen Kräften gelungen, durch eine ungeheure anti-kubanische Propa-

ganda einen nicht unbeträchtlichen Teil der amerikanischen Öffentlichkeit in ihrem Sinne zu beeinflussen. Das Ergebnis ihrer Agitation ist eine zur nationalen Hysterie gewordene „Cuba-obsession", eine besorgniserregende „Kuba-Besessenheit". Die liberale norwegische Zeitung „Dagbladet" schrieb dazu am 28. September: „Kuba ist einer der bedeutendsten Einzelfaktoren bei den amerikanischen Wahlen geworden. ‚Ich-bin-besser-als-du'-Haltung wird auch von Politikern eingenommen, die es besser wissen müßten. An der ganzen Sache ist traurig, daß die politische Ausbeutung des Kuba-Problems, auch in bezug auf die Schiffahrtsinteressen, nicht aufhören wird, wenn die Wahlen vorbei sind. Wenn die Hysterie Fuß faßt, wird sie nicht mehr aufzuhalten sein."

Zu denen, die vor einem neuen Kuba-Abenteuer warnen und eine relativ gemäßigte Kuba-Politik befürworten, gehören die angesehenen demokratischen Senatoren Mansfield und Humphrey, wie auch der Publizist Walter Lippmann. Auch Präsident Kennedy hat wiederholt und noch jüngst eine neue Kuba-Invasion abgelehnt, eingedenk der bitteren Erfahrungen im April 1961. Gleichwohl wird er, so oder so, dem starken Druck der erhitzten öffentlichen Meinung Rechnung tragen müssen. Das Beste, was von ihm zu erwarten ist, ist, allem Drängen zum Trotz, ein Verzicht auf allzu aggressive Maßnahmen gegen Kuba. An eine konsequente, auf Koexistenz und Kooperation ausgerichtete neue amerikanische Kuba-Politik ist angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse in den USA vorerst nicht zu denken. Das macht die Lage in der Karibischen See so bedrohlich. Und solange Washington zu einer solchen Änderung seiner Kuba-Politik nicht bereit ist, das heißt zu einer Anerkennung der kubanischen Revolution und Emanzipation, bleibt Kuba auf die Unterstützung der Sowjetunion angewiesen. Ihrer Mitte September noch einmal nachdrücklich erneuerten Garantie allein verdankt es das neue Kuba, daß es nicht längst „befreit", „heimgekehrt" ist in den amerikanischen Machtbereich.

Die antikubanische Agitation in den USA hat nun die neuen Vereinbarungen zwischen Kuba und der Sowjet-Union zum Anlaß genommen, Kuba als „sowjetischen Militärstützpunkt" und damit als direkte oder indirekte militärische Bedrohung der USA zu bezeichnen. Gerüchte über „sowjetische Truppen" auf Kuba wurden lanciert, mit deren Hilfe die Anti-Kuba-Partei Stimmung für ihre Aggressions-Propaganda machen will. Der Präsident selbst gab dazu am 4. September nach einer Konferenz mit den Kongreß-Führern der beiden Parteien eine Erklärung ab: „Nichts deutet auf eine organisierte Streitmacht aus einem Sowjetblockland, nichts auf die Errichtung von Sowjetstützpunkten auf Kuba oder auf eine Verletzung des Vertrages über den amerikanischen Stützpunkt Guantanamo hin. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß offensive Boden-Boden-Raketen an Kuba geliefert wurden. Nichts deutet auf eine ins Gewicht fallende Offensivkapazität Kubas unter sowjetischer Führung hin." (Nach: Neue Zürcher Zeitung vom 6. September.) Damit hat der Präsident selbst Klarheit geschaffen über den defensiven Charakter der sowjetischen Militärhilfe an Kuba.

Ungeachtet dessen bereitet die amerikanische Regierung weitere Maßnahmen gegen das neue Kuba vor. Das Pentagon bestätigte am 13. September, daß Kubaner neuerdings in geschlossenen Einheiten innerhalb der US-Armee ausgebildet werden, und zwar werden sie „auch darauf vorbereitet, gegebenenfalls isoliert zu operieren." (Neue Zürcher Zeitung vom 15. September.) Ferner ist die Rede von Bemühungen um die Bildung einer kubanischen Exilregierung unter amerikanischem Patronat.

Die Anti-Kuba-Kampagne in den USA ist darum besonders heftig geworden,

weil die amerikanischen Hoffnungen auf eine verhältnismäßig kurzfristige mittelbare Lösung des Kuba-Problems zugunsten der USA sich nicht erfüllt haben und die Aussichten auf ihre Erfüllung eher schlechter geworden sind. Es war nicht zuletzt Präsident Kennedy, der nach dem Debakel vom Frühjahr 1961 auf eine solche mittelbare Lösung hoffte, da er weder zu einer neuen Invasion noch zu einer Koexistenz mit dem Kuba Dr. Castros bereit ist.

Einerseits glaubte man in Washington, Kuba durch wirtschaftliche Maßnahmen so schwächen zu können, daß das Regime mehr und mehr an Boden verlieren würde. Und man wähnte, es würde dadurch und durch die unumgänglich gewordene stärkere Anlehnung Dr. Castros an den Ostblock in der westlichen Hemisphäre schnell an Popularität und Attraktivität verlieren, mehr und mehr isoliert werden und gleichsam im eigenen Safte schmoren bis zu einem neuen Umsturz US-freundlicher restaurativer Kräfte. Das war ein Trugschluß. Das sozialrevolutionäre Regime hat sich allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten (ihm von außen bewußt aufgezwungenen, nicht aus dem Charakter des Systems resultierenden) zum Trotz behaupten; nichts läßt darauf schließen, daß es heute von innen ernstlich gefährdet sei. Und zum anderen: die kubanische Revolution hat nichts an werbender Kraft in Lateinamerika verloren. Nach wie vor ist sie Hoffnung und Vorbild für alle diejenigen — und ihre Zahl wird immer größer —, die die Notwendigkeit einer grundlegenden Änderung der katastrophalen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Ländern des Subkontinents erkennen und für die nationale und soziale Empanzipation dieser Länder eintreten.

Mehr als einmal totgesagt, ist der Fidelismus alles andere als tot. Er ist es umso weniger, als auch die amerikanischen Hoffnungen auf die vor Jahresfrist gegründete „Allianz für den Fortschritt" sich bisher als trügerisch erwiesen haben. Der Versuch, durch eine von den USA kontrollierte gesellschaftlich-politische Evolution in Lateinamerika dem kubanischen Beispiel den Wind aus den Segeln zu nehmen, ist bis heute gescheitert. An den entsetzlichen und entwürdigenden Lebensbedingungen der breiten Massen auf dem Subkontinent hat sich nichts geändert, es sei denn zum (noch) schlechteren. Die politischen Verhältnisse in Lateinamerika sind unstabiler denn je. Und in demselben Maße, als die „Allianz für den Fortschritt" sich als untauglich zur Lösung der Emanzipations-Probleme Lateinamerikas erweist, in demselben Maße als sie sich als neuer Versuch amerikanischer Machtbehauptung auf dem Subkontinent darstellt, wächst die Anziehungskraft des kubanischen Beispiels.

Die Versuche Washingtons, die Nachbarstaaten Kubas oder gar ganz Lateinamerika zu geschlossenen Aktionen gegen Castro zu veranlassen, waren bisher ebenfalls wenig erfolgreich. Wie sehr die Regierungen dieser Staaten die sozialrevolutionäre Bewegung auf Kuba fürchten und hassen mögen — mit Rücksicht auf die Popularität des Fidelismus im eigenen Lande müssen sie einen vorsichtigen Kurs gegenüber Kuba steuern, wollen sie nicht schon jetzt ihr eigenes Dasein aufs Spiel setzen. So sind sie wohl zu Verbaldemonstrationen, aber kaum zu wirklichen Aktionen bereit.

Die amerikanische Regierung versucht statt dessen, nunmehr offener als bisher eine geschlossene Anti-Kuba-Front der NATO-Mächte aufzubauen, diese zu wirtschaftlichen und womöglich politischen Maßnahmen gegen das Regime Dr. Castros zu veranlassen. Anders gesagt: die NATO, geschaffen zur „Verteidigung der Freien Welt", soll jetzt dazu dienen, die unbeschränkte wirtschaftlich-politische Vorherrschaft der USA in der westlichen Hemisphäre wiederherzustellen. Mit der Revolution

auf Kuba hat unter großen Opfern und Nöten die nationale und soziale Emanzipation Lateinamerikas von der Herrschaft des amerikanischen Kapitals, d. h. von der amerikanischen Spielart des Kolonialimperialismus, begonnen. Das ist die weltgeschichtliche Bedeutung dieser Revolution. „Bedroht" werden von ihr nicht die USA selbst, sondern deren kapitalistische Wirtschaftsinteressen in Lateinamerika. Die aggressiven Kräfte in den USA machen daraus und aus der Selbstbehauptung des sozialrevolutionären Kuba eine militärische oder subversive Gefährdung der Vereinigten Staaten selbst und einen „Angriff" auf die „Freiheit" Südamerikas (man frage einmal die Millionen Hungernder, was sie von dieser „Freiheit zum Hunger und zur Krankheit" halten!), einen „Angriff" des „internationalen Kommunismus", den „abzuwehren" nun die NATO mobilisiert werden müsse.

England, Kanada und Norwegen haben das Ansinnen der USA bereits abgelehnt, und zwar in sehr entschiedener Form. Die Times schrieben am 25. September: „Der amerikanische Druck, die Handelsschiffe befreundeter Mächte vom Handel mit Kuba fernzuhalten, erscheint einzigartig irregeleitet. Da die britische Regierung das kubanische Regime anerkennt und Großbritannien sich nicht im Krieg mit Kuba befindet, ist es völlig legitim, daß britische Schiffe russisches Öl nach Kuba und kubanischen Zucker aus dem Lande befördern, wie sie es seit einiger Zeit getan haben." Die schon einmal zitierte Osloer Zeitung wurde noch deutlicher: „Es ist ein recht brutaler Versuch, die Situation auszunutzen, um sich von Wettbewerbern auf dem Frachtmarkt zu befreien. Ideologische Argumente werden angeführt, um das Profitmotiv zu verbergen." (Dagbladet vom 28. September.)

Einzig die Bundesregierung hat sogleich den amerikanischen Forderungen entsprochen, ja sie ist offenbar über diese noch hinausgegangen und hat den gesamten Charterverkehr mit Kuba auf deutschen Schiffen unter Kontrolle gestellt. Mit dieser anti-kubanischen Beflissenheit hofft Bonn offensichtlich, neue amerikanische Unterstützung für eine harte Berlin-Politik zu gewinnen. Die Verstrickung der Bundesrepublik in die aggressive Anti-Kuba-Politik der USA ist von wirtschaftlicher, aber von noch weit größerer politisch-moralischer Bedeutung. Denn sie bedeutet gar nichts anderes als eine ganz krasse Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts Kubas, durch eine Regierung, die, während sie Entspannungs- und Friedensverhandlungen ablehnt und permanent aufrüstet, seit langem unaufhörlich lautstark „Selbstbestimmungsrecht" für Deutschland fordert! Anders gesagt: man ruft nach Freiheit und Schutz für Westberlin — und man reiht sich gleichzeitig besonders eifrig in die Reihen derer ein, die die Freiheit Kubas abzuwürgen im Begriffe sind.

Von der Bundesregierung ist als Mindestes eine Nichteinmischung in die amerikanisch-kubanische Auseinandersetzung zu verlangen. Von der deutschen Öffentlichkeit aber muß mehr erwartet werden, nämlich eine menschliche und überzeugende Unterstützung des Selbstbestimmungsanspruches des kubanischen Volkes. Allzu lange schon ist in der Bundesrepublik zur Bedrohung Kubas durch die USA geschwiegen worden. Man hat hierzulande in den vergangenen Jahren nichts von einem unmißverständlichen aktiven Eintreten der Gewerkschaften und der SPD für das neue, das sozialrevolutionäre Kuba gehört. Auch sie haben sich der landesüblichen Denunziation Dr. Castros als „Kommunist" angeschlossen. Heute ist die Bundesrepublik dabei, mitschuldig zu werden an neuen Anschlägen auf die Freiheit Kubas. Es gibt nur noch die Alternative: Solidarität oder Komplizität!

A. v. B.

manch einer in der Bundesrepublik (und manch anderer mag es nur zu gut erkannt haben), daß die Sympathie für das Frankreich de Gaulle's auch Zustimmung zu der de Gaulle'schen Art von „Demokratie" bedeutet. Man unterschätze nicht die Einflüsse der Entdemokratisierung in Frankreich auf die Bundesrepublik, auch auf die Mentalität des Bundesbürgers; diese Einflüsse werden um so stärker, je mehr sich eine atomrüstungshungrige, jeder Verhandlung mit dem „Osten" abgeneigte, im „permanenten Kriegszustand gegen den Kommunismus" (Strauß beim Besuch de Gaulle's vor der Führungsakademie der Bundeswehr) sich befindliche Allianz Frankreich-Teildeutschland von der Politik der angelsächsischen Staaten, Italiens und der Be-Ne-Lux-Länder isoliert.

Es war wiederum der „Rheinische Merkur", in dem Bundespräsident Lübke vor etlichen Tagen anläßlich einer Betrachtung über die „Fehlentwicklungen bei der Anwendung des parlamentarisch-demokratischen Prinzips" schrieb: „Wir wissen, daß die parlamentarische Demokratie im Laufe der abendländischen Geschichte eine lange Entwicklung durchgemacht und verschiedene Regierungsformen hervorgebracht hat. Dabei war es immer von entscheidender Bedeutung, daß weitsichtige Rechtsdenker und tatkräftige Politiker Anpassungen an veränderte Zeitumstände gefunden und durchgesetzt haben."

Diese Äußerung, nach dem Besuch de Gaulle's in der Bundesrepublik und nach dem Bekanntwerden der neuen Verfassungspläne in Frankreich, läßt vermuten, daß auch in der Bundesrepublik eine „Anpassung der Demokratie an veränderte Zeitumstände" fällig sein könnte. Übrigens: beim Galadiner, das Adenauer in Bonn für de Gaulle gab, waren neunundneunzig Personen geladen, Minister, hohe Beamte, Repräsentanten der Wirtschaft. Parlamentarier waren nicht geladen. A. K.

Gewerkschaften im Blickfeld

Als größte demokratische Massenorganisation, mit 6,3 Millionen Mitgliedern, ist der Deutsche Gewerkschaftsbund in den letzten Monaten immer mehr ins Zentrum öffentlicher Auseinandersetzungen gerückt. Auf zwei verschiedenen, nichtsdestoweniger eng verbundenen Ebenen wurde er angegriffen und griff er seinerseits an. Die Lösung der primären gewerkschaftlichen Aufgabe, den Lebensstandard der Arbeitnehmer zu verbessern, erweist sich zusehends als schwieriger. Die Maßhalte-Appelle der Bundesregierung verfolgten vornehmlich den Zweck, weitere Lohn- und Gehaltserhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und andere soziale Verbesserungen zu verhindern. Dr. Paulssen vom Arbeitgeberverband hielt sich natürlich nicht zurück, er hieb in die gleiche Kerbe und forderte die Unternehmer zu scharfem Widerstand auf. Das Gespenst der Inflation wird beschworen, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Zur zusätzlichen Einschüchterung dient die Drohung der Aufhebung der Tarifautonomie und der Einrichtung einer staatlichen Zwangsschlichtung. Ein weit ausgedehnteres Umfassungsmanöver rein politischen Charakters stellt die Vorbereitung des Notstands- und Notdienstgesetzes dar, das der Regierung die Möglichkeit geben soll, in bestimmten (vielleicht auch einer dehnbaren Interpretation unterzogenen) Fällen die verfassungsmäßigen Grundrechte und damit auch die gewerkschaftlichen Freiheiten auszuschalten.

Die Gewerkschaften sind gebrannte Kinder. Schon einmal haben sie zu spüren bekommen, wie vermittels der stufenweisen Aushöhlung der Demokratie die Bahn für die totale Diktatur geebnet wurde. Diese Lehre ist noch nicht vergessen. Und auch feierliche Versicherungen, an denen heutigentags kein Mangel ist, sind nicht dazu

angetan, sie auszulöschen. Denn neben freundlichem Zureden fehlt es nicht an Bekundungen beängstigender Offenheit; so wenn Dr. Paulssen versichert, daß die Arbeitgeber keinen Streik mehr dulden könnten, ohne daß eine Notstandsgesetzgebung vorhanden sei. Was soviel heißt, daß gewerkschaftliche Aktionen überhaupt unmöglich gemacht werden sollen. Die Idylle, die im vergangenen Jahrzehnt die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeiterorganisationen kennzeichnete, ist dabei zu zerstäuben. Im Laufe dieser Zeit mußten die Gewerkschaften das Feld der großen Wirtschaftsreform, der ihnen vorschwebenden „sozialen Demokratie", räumen und sich auf das begrenzte lohnpolitische Gebiet zurückziehen. Während ihnen hier die Konjunktur erlaubte, ohne allzu große Schwierigkeiten Erfolge zu erringen, erlitten sie in Auseinandersetzungen von grundsätzlicher politischer Bedeutung Niederlage auf Niederlage. Aufrüstung und Atombewaffnung vollzogen sich gegen ihren Willen, — ohne daß sie freilich mehr taten, als in Entschließungen platonisch zu protestieren. Die Entwicklung der SPD, die um den Preis der Selbstaufgabe den Anschluß an die Regierungspartei zu finden bemüht ist, spielte ihnen einen anderen Streich. Zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ergibt sich, daß die SPD manche Teile der Gewerkschaften an ihrer Linken findet. Die neue Ideologie der „Volkspartei", die sich vor allem an bürgerliche Kreise wendet, steht im Widerspruch zu Interessen und Selbstverständnis der Arbeitnehmer.

So findet das Ende der lohnpolitischen Idylle die Arbeiterbewegung uneins und denkbar ungewappnet. Will sie am Ziel sozialer Verbesserungen festhalten, dann muß sie aus der berufsmäßigen Enge heraustreten und sich den Fragen allgemeiner gesellschaftlicher Entwicklung stellen. Das heißt, sie vermag dem Einwand der Inflationsgefahr nur zu begegnen, wenn sie die Quelle ungeheurer Inflation, die der krebsartig sich vermehrende Bundeswehr-Etat darstellt, angreift.

Die Möglichkeit sozialer Reformen unter Ausklammerung politischer Fragen wird immer geringer. Das wirtschaftliche Wachstumstempo hat sich verlangsamt, das „Wunder" zeigt seine Grenzen, an die niemand bisher recht glauben wollte. Während die wirtschaftliche Expansion nachläßt, ist der Appetit der Rüstungsinteressen unersättlich. Keine soziale Reform ist möglich, solange davon abgesehen wird. Das verlangt eine neue Aufgabenstellung, die Kündigung liebgewordenen Gewohnheiten. Nichts wird mehr so leicht sein wie im verflossenen Jahrzehnt.

Mehr oder weniger bewußt, mehr oder weniger deutlich kündigt sich Unruhe innerhalb der Gewerkschaften an. Einige Kongresse der letzten Zeit, insbesondere der der IG Metall, die mit fast zwei Millionen Mitgliedern der mächtigste Verband des DGB ist, ließen das erkennen. Im Unterschied zur SPD, aber auch zu manchen Kräften der Gewerkschaftsbewegung verwirft die IG Metall nachdrücklich die Notstandsgesetze, während sie die Sozialisierungs-Forderung weiter erhebt. Das Problematische wird jedoch dadurch ausgedrückt, daß diese Organisation ihre Streikdrohung gegen die Ausnahmegesetze, die ihr Kongreß vor zwei Jahren formulierte, aufgab, um sich vom Gros nicht abzusondern. Die defensive Haltung, die bisher soviele Einbußen brachte, dauert also an. Erst wenn sie überwunden ist, erst wenn die Gewerkschaften sich auf die neuen Probleme einstellen (nicht um sich anzupassen, sondern um sie zu lösen), entsprechen sie ihrer Aufgabe und bewahren sie die verfassungsmäßigen Freiheiten. Ansonsten sind Gewerkschaften und Demokratie gleicherweise aufs schwerste gefährdet.

H. A.

Peter Lust, Montreal

Kanada und Kuba

1.

„Kanada fördert seinen Export nach Kuba nur, um sich einen raschen und leichten Verdienst zu schaffen. Wir werden dies Kanada nie vergessen!" Diese Worte General Wood's, die er anläßlich einer Rede vor der berüchtigten John Birch Society in New Orleans hielt, stellen die Ansicht weiter amerikanischer Kreise dar. Diese irrigen Ideen über Kanadas Kuba-Politik sind aber keineswegs nur auf rechtsradikale Kreise beschränkt. Man findet sie öfters unter ganz normalen Durchschnittsamerikanern. „Ottawa macht in Dollardiplomatie", schrieb jüngst die sehr konservative New York Times. „Kanada hilft Moskau", erklärte das Hearstblatt „New York Journal American". Es vergeht kaum ein Monat, daß nicht ein erboster amerikanischer Senator oder Deputierter in Washington eine Rede gegen den „untreuen kanadischen Bundesgenossen" hielte. Am weitesten ging wohl Senator Wayne Morse von Oregon, der ganz offen vorschlug, die Vereinigten Staaten sollten ihre Geschäftsverbindungen mit Kanada so lange abbrechen, bis der kanadische Handel mit dem Kuba Castros beendet wäre.

Viele Amerikaner schreiben „offene Briefe" an die großen kanadischen Zeitungen, in welchen sie die kanadisch-kubanischen Handelsbeziehungen angreifen. Am schärfsten sind solche „Nasenstüber" (die seitens der kanadischen Zeitungen meist höflich an erster Stelle unter den „eingesandten Briefen" gedruckt werden, wenn sie von Florida oder anderen Staaten südlich der Mason-Dixon-Linie kommen.

Diese amerikanischen Briefe sind aber, mit geringen Ausnahmen, die einzigen anti-kubanischen Briefe, die in den großen Zeitungen Kanadas erscheinen; denn die überwältigende Mehrheit der Kanadier begrüßt diese Handelsbeziehungen; mehr noch: der Kontakt mit Kuba ist hauptsächlich deshalb auf sein gegenwärtiges Maß angewachsen, weil die kanadische öffentliche Meinung Kuba freundlich gesinnt ist. Die pro-amerikanische Regierung Diefenbaker hätte sicher die Handelsbeziehungen mit Kuba gerne stark verringert. Aber eine Flut von Telegrammen und Briefen aus der Wählerschaft hat den Abgeordneten in Ottawa klargemacht, daß ein Abbremsen dieser Beziehungen für die Regierung recht unerfreuliche Folgen gehabt hätte.

Das Hauptmotiv der Handelsbeziehungen ist daher nicht der Wunsch, neue Verdienstquellen zu schaffen (obwohl dies sicher bei manchen individuellen Exporteuren mitgewirkt haben mag). Der Hauptgrund liegt im Willen der Durchschnittskanadier, dem kubanischen Volke auf seinem dornigen Pfade, den es mit seiner antikapitalistischen Revolution eingeschlagen hat, behilflich zu sein.

Die gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen, die zum Zankapfel zwischen Ottawa und Washington wurden, gehen bis an den Beginn der Castro-Bewegung zurück. Schon während des Bürgerkrieges standen die Sympathien der meisten Kanadier auf Seiten der Castro-Bewegung. Die Jugend Montreals und Torontos begann Hilfsaktionen für Castro; manche jungen Leute versuchten nach Ostkuba zu gelangen, um in die revolutionäre Armee einzutreten. Einigen gelang dies.

Zu einer Zeit, da Batista große Mengen amerikanischer Waffen gegen Castro einsetzen konnte, lieferten kanadische Firmen Kriegsmaterial an die revolutionäre Armee. Der bekannteste dieser kanadischen Waffenlieferanten war ein Sohn des Generals McNaughton, der im Zweiten Weltkrieg das kanadische Heer befehligt hatte.

Im Frühsommer des Jahres 1959 besuchte Fidel Castro Washington und New York. Anschließend stattete er auch Montreal eine Visite ab. Es war kein formeller Staatsbesuch: denn Dr. Castro war nicht etwa von der kanadischen Regierung, sondern von der „Chambre Jeune de Commerce", der „Jungen Handelskammer" Montreals, eingeladen worden. Er blieb zehn Tage in Amerika und nur zwei Tage in Kanada. Aber in diesen zwölf Tagen wurde der Grundstein zu den gegenwärtigen amerikanisch-kubanischen und kanadisch-kubanischen Beziehungen gelegt.

Die Ereignisse dieser Reise waren denkbar einfach. In Washington weigerte sich Präsident Eisenhower, den kubanischen Regierungschef zu empfangen — zu einer Zeit, als die diplomatischen Beziehungen zwischen Havanna und Washington wohl etwas angespannt, aber formell noch in bester Ordnung waren — ein noch nie dagewesene Affront. Vizepräsident Nixon empfing Dr. Castro zu einer kurzen Besprechung. Der Hauptzweck dieser Unterredung war Nixons offensichtlicher Versuch, Dr. Castro zu einer bindenden Erklärung zu veranlassen, daß amerikanische Betriebe in Kuba keinesfalls verstaatlicht würden.

> „Fünfundzwanzig Minuten lang sprach Señor Nixon über die Heiligkeit des amerikanischen Besitzes in Kuba", erklärte Dr. Castro bitter in einem Interview zwei Wochen später; „aber keine zwanzig Sekunden lang sprach er von den ungeheueren Opfern an Gut und Leben, die unser Volk hat bringen müssen, um die Diktatur Batistas zu stürzen; und über eine mögliche Hilfsaktion für unser ausgeblutetes Land sprach er gar nicht."

Castros Aufenthalt in Montreal, obgleich sehr kurz, gestaltete sich wesentlich herzlicher und erfolgreicher. Von kanadischen Regierungspersonen sah er nur den Bürgermeister von Montreal und einige Stadträte. Dagegen machte er die Bekanntschaft eines der wichtigsten Industriellen Kanadas, Mr. S. Bronfman, des Präsidenten der Seagrams Distillery, der sich erbot, zehntausend moderne Einfamilienhäuser in Kuba zu bauen, unter erträglichen Finanzkonditionen. Auch führte er zahlreiche Besprechungen mit anderen Wirtschaftsführern Kanadas, und diese Gespräche entwickelten sich zu den gegenwärtigen Geschäftsverbindungen.

In den Jahren 1959 und 1960 wurden die amerikanischen Betriebe in Kuba nationalisiert — nicht expropriiert, wie oft fälschlich im Ausland angenommen wird. Denn die kubanische Regierung bot den Besitzern auf 25 Jahre abzahlbare zu 4 % verzinsliche Staatsobligationen an, in der Höhe der ursprünglichen Kapitalsanlage. Die amerikanische Regierung aber lehnte dies, wie auch alle folgenden Angebote, ab und leitete stattdessen ein volles Handelsembargo gegen Kuba ein.

Im Jahre 1960 exportierte Kanada Waren im Werte von 13 038 000 Dollar nach Kuba. Im Jahre 1961 verdoppelte sich dieser Export auf 31 104 000 Dollar; für das Jahr 1962 liegen noch keine Ziffern vor, jedoch scheint es, als ob die Endziffern etwa auf derselben Höhe bleiben würden.

Welche Waren exportiert Kanada nach Kuba? Die Antwort hat bisher die meisten Frager überrascht. Denn mehr als 90 % dieses Exportverkehrs besteht aus landwirtschaftlichen Produkten, vor allem aus Zuchtvieh. Dies wird verständlich, wenn wir bedenken, daß Kuba vor der Revolution nur ein Haupternteprodukt besaß: Zucker. Die kubanische Wirtschaft war absichtlich in einem semi-kolonialen Zustande gehalten worden. Das Land war nicht nur nicht selbsterhaltend, sondern durch sein Ein-Ernte-System derart vom Ausland abhängig, daß die nationale Souveränität tatsächlich nur auf dem Papier stand und kaum einen wirtschaftlichen oder politischen Wert hatte.

Daher bestand die wichtigste Aufgabe der neuen Regierung darin, dem Lande eine neue landwirtschaftliche Basis zu geben. Mit dem „Ley 3", dem Gesetz Nr. 3,

hatte die revolutionäre Regierung schon zu einer Zeit, als sie noch während des Bürgerkrieges als Opposition in den Bergen der Sierra Maestra kämpfte, die Verteilung der großen landwirtschaftlichen Betriebe, der Latifundien, an die kleinen landarmen oder landlosen Bauern beschlossen. (Es mag von Interesse sein, daß die riesige Zuckerplantage der Familie Fidel Castros eine der ersten Besitzungen war, die aufgeteilt wurden, — eines der sich im Laufe der Weltgeschichte öfters wiederholenden Beispiele, daß ein großer Revolutionär aus der Gruppe hervorging, die enteignet wurde.) Aber mit der Landverteilung allein war der Wirtschaft nicht gedient. Um Kuba eine gesunde landwirtschaftliche Grundlage zu geben, mußte den Bauern Zuchtvieh zur Verfügung gestellt werden: es war eben dieses Zuchtvieh, welches aus Kanada bezogen wurde und den Löwenanteil am kanadisch-kubanischen Handel darstellte.

Die Vereinigten Staaten hatten vor der Revolution beinahe alle großen Gebrauchsgüter, einschließlich Ersatzteile, nach Kuba geliefert. Durch das Embargo wurde vieles in Kuba zur Mangelware. Es gab wenig Ersatzteile für Autos und Lastwagen, und falls ein kubanisches Auto einen schweren Reifenschaden erlitt, mußte es oft stillgelegt werden. Es ist von Interesse, daß trotz dieser Tatsache der Handel zwischen Kanada und Kuba beinahe rein landwirtschaftlich geblieben ist. Von Zeit zu Zeit wurden Stimmen in den Vereinigten Staaten laut, daß Kanada amerikanische Waren nach Kanada kommen lasse, um sie unter Umgehung des Embargos nach Kuba weiterzusenden. Diese Stimmen hatten unrecht: denn eine genaue Prüfung der Handelsziffern ergab klar, daß von allen aus Kanada exportierten Waren 97,44% rein kanadischer Herkunft waren.

Im Laufe der letzten Jahre hat sich in Kanada eine Reihe von pro-kubanischen Hilfsvereinigungen gebildet. Die bekannteste Gruppe ist das „Fair Play for Cuba Committee", welches Gruppenreisen nach Kuba organisiert. Diese Organisationen sind spontane Gründungen, von pro-kubanischen Kanadiern ins Leben gerufen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern haben sie nicht stark beeinflußt, dafür aber die Entwicklung kultureller Beziehungen stark gefördert. Als Dr. Amerigo Cruz, der kubanische Botschafter in Ottawa, feststellte, daß an den Lehranstalten und Universitäten Kubas Mangel an Lehr- und Textbüchern bestehe, war es das „Fair Play for Cuba Committee", das unter der Parole „Books for Cuba" eine Büchersammlung durchführte, die diesen Mangel bald beseitigte.

2.

Jede Beschreibung der vielfältigen kanadisch-kubanischen Beziehungen wäre unvollkommen, würden wir nicht auch der kubanischen Emigranten gedenken; denn für manchen Kubaner wurde der zeitweilige Aufenthalt in Kanada zur lebnswichtigen Zwischenstation.

Jeder Leser, der je eine amerikanische Zeitung las, weiß, oder glaubt zu wissen, daß viele Kubaner aus Kuba geflüchtet sind und in den Vereinigten Staaten eine neue Heimat gefunden haben. Wenige Leser aber haben erfahren, daß eine bedeutende Anzahl der in den Staaten lebenden Kubaner gerne wieder in ihre Heimat zurückkehren möchte, aber von Amerika keine Ausreisebewilligung nach Kuba erhält. Es sind diese Rückkehrwilligen, die meistens, soweit sie schon amerikanische Bürgerpapiere besitzen, als Touristen nach Kanada reisen und sich solange in Kanada aufhalten, bis ein kubanisches Schiff oder Flugzeug sie in Direktflug oder Direktfahrt in ihre alte Heimat zurückbefördern kann.

Dieses „Flüchtlingsproblem" (sehr viele der betroffenen Kubaner sind gar keine politischen Flüchtlinge im eigentlichen Sinne) wurde zu einem Hauptthema der amerikanischen Publizistik. Es vergehen wenige Abende, an welchen der Fernsehschirm nicht sorgsam ausgesuchte Aufnahmen von weinenden kubanischen

Kindern oder vergrämten älteren Damen in den Straßen Miamis zeigt. Kubanische Flüchtlinge standen im Mittelpunkt des erfolglosen amerikanischen Invasionsversuches vom Frühjahr 1961. Das Flüchtlingsproblem wurde zu dem Punkt, auf den sich die großen Propagandakanonen Washingtons seit vielen Monaten konzentriert haben. Es ist daher wichtig, die Hintergründe dieses Problems zu prüfen.

Zweifellos leben viele Kubaner in Miami. Seit 1959 sind etwa 130 000 in Miami gelandet — und dort hängen geblieben. Der Grund., warum diese Kubaner nicht aus Miami weg wollen, ist — laut Washington — ihr brennender Wunsch, mit der Waffe in der Hand ihr Heimatland zurückzuerobern, und da Miami nur 90 Meilen von Havanna entfernt ist, weigern sich diese Kubaner angeblich, nach entfernteren Teilen der Vereinigten Staaten weiterzuwandern.

Was ist hier die Wahrheit? Es leben tatsächlich etwa 130 000 Kubaner in Miami; aber es wäre falsch, sie alle ausnahmslos als politische Flüchtlinge einzuschätzen. Denn die Castro-Regierung hat noch nie einen auswanderungslustigen Kubaner von der Auswanderung abgehalten. Im Gegenteil: Dr. Castro hat mehrmals versichert, daß Kuba keine Bürger wolle, die nicht gerne und mit ganzem Herzen dort leben wollten. Ein Kubaner, der auswandern will, braucht nur zum Flughafen zu gehen und sich ein Flugbillett nach Miami zu kaufen.

Die kubanische Einwanderung nach Miami ist seit 1959 in drei Hauptwellen erfolgt. Zuerst kamen die ehemaligen Machthaber, mit viel Gepäck und in den meisten Fällen mit riesigen Geldsummen; mit ihnen kamen ihre Gehilfen, Militärs, die in der Battista-Armee gegen die Castro-Revolution gekämpft hatten, Industrielle und Kaufleute, die mit dem Batista-Regime kollaboriert und sich dabei ihre Taschen gefüllt hatten. Einwanderer dieser ersten Welle, die rein ziffernmäßig verhältnismäßig gering war, sind insofern mit Recht als politische Flüchtlinge zu bezeichnen, als ihre Ausreise aus Kuba durch die Ereignisse bedingt und ungewollt war.

Die zweite Welle, im allgemeinen während der letzten Hälfte des Jahres 1959, bestand hauptsächlich aus unpolitischen Kaufleuten und anderen Gewerbetreibenden, die mit den Sozialreformen der neuen Regierung nicht einverstanden waren und die für ihre wirtschaftliche Existenz fürchteten. Auch diese Einwanderer konnte man als Flüchtlinge bezeichnen.

Die meisten Einwanderer aber kamen mit der dritten Welle, von Ende 1959 bis Ende 1961: der Welle der wirtschaftlichen Opportunisten. Die Lebenshaltung Kubas war immer tief unter dem hohen amerikanischen Standard gelegen, vor Batista, unter Batista, wie auch unter Castro. Deshalb hatten viele Kubaner während der letzten fünfzig Jahre versucht, nach Amerika, dem „Land der unbegrenzten Möglichkeiten", einzuwandern. Amerika aber hatte die Einwanderung von Kubanern zuerst abgebremst und seit 1933 dann nahezu völlig unterbunden.

Im Spätsommer des Jahres 1959 änderte Washington plötzlich seine Einwanderungspolitik gegenüber Kuba. Die Einwanderung von Kubanern wurde erleichtert. Es durften nunmehr alle Kubaner, „die mit dem kommunistischen Regime Dr. Castros nicht übereinstimmten", nach Amerika einwandern. Diese Einwanderungserleichterung, von Motiven der politischen Propaganda diktiert, war eine Gelegenheit für alle diejenigen Kubaner, die schon immer gern nach Amerika einwandern wollten, es aber unter den alten Gesetzen nicht konnten, ihre Einreise nunmehr zu verwirklichen. Da die Regierung Dr. Castros dieser Auswanderung keine großen Hindernisse in den Weg legte, wanderten beinahe 100 000 Kubaner nach Amerika aus. Im allgemeinen waren diese Kubaner mehr oder weniger kaum an Politik interessiert; trotzdem, sobald sie in Miami ankamen, äußersten sie sich in scharfen Worten gegen die Regierung Castros — verständlicherweise. Denn jede andere Äußerung hätte zu ihrer Rückdeportation geführt.

Als diese Kubaner nunmehr versuchten, von Miami in andere, weiter entfernte Teile der Vereinigten Staaten zu reisen, griff Washington ein: Auszugserlaubnis aus Miami wurde in den seltensten Fällen erteilt. (Ausländer sind in Amerika bis zum Erhalt ihres Bürgerbriefes, fünf Jahre nach Einwanderung, nicht voll freizügig.) Der Grund für diese Handlungsweise wurde bald bekannt: Washington wollte die Hauptmenge der Kubaner in Miami konzentrieren, um in ihr einen Kern für eine künftige amerikanische Invasion Kubas zu schaffen. Selbst Frauen und Kinder mußten in Miami bleiben. Die Anwesenheit einer großen Menge von antirevolutionären Kubanern, deren von hysterischen Schreien erfüllte Versammlungen und Umzüge wie ein Menetekel nach Havanna gefunkt werden konnten, in einer Stadt, deren Televisionskanäle in Havanna ohne Hochantenne empfangen werden können, war ein Schauspiel, auf welches Washington nicht verzichten wollte.

Es ist verständlich, daß manche dieser „Flüchtlinge" gern wieder nach Kuba gereist wären. Dies aber war schwer möglich. Zwar gab es kein direktes Rückwanderungsverbot; aber es bestand ein Gesetz, laut welchem jeder Ausländer, der die Vereinigten Staaten verlassen wollte, vom Finanzamt eine Unbedenklichkeitsbescheinigung („Sailing Permit") benötigte. Dieses Permit wurde kubanischen Rückwanderern äußerst selten gegeben. Flugkarten von Miami nach Havanna waren außerdem kaum erhältlich, da nur wenige Flugzeuge flogen und die meisten dieser seltenen Flüge von amerikanischem Regierungspersonal besetzt waren; auch wurde Kubanern, die ihren Wunsch nach Rückreise zu erkennen gegeben hatten, jede nur irgendwie mögliche gesetzliche und technische Schwierigkeit in den Weg gelegt.

Außer kubanischen Flüchtlingen, die mit ihrer Behandlung in Amerika unzufrieden waren, gab es aber noch eine zweite Gruppe, die sich mit Rückwanderungsgedanken beschäftigte: amerikanische Bürger kubanischer Abstammung, die mit Dr. Castros Ideen übereinstimmen. Hier handelte es sich um Kubaner, welche oft schon vor Jahrzehnten nach Amerika gekommen waren, in manchen Fällen sogar um in Amerika geborene Kinder ehemaliger Einwanderer, die, von der Revolution begeistert, wieder in die alte Heimat zurückkehren wollten. Auch diese Gruppe von Rückwanderungslustigen wurde in jeder irgendwie möglichen Weise gehindert, ihre Absichten in die Tat umzusetzen.

So entwickelte sich bald ein neuer Reiseverkehr in verkehrter Richtung: kurze Feiertagsabstecher nach Kanada. Denn die kanadische Grenze kann jeder Bürger oder rechtsgültig zugelassene Bewohner Amerikas im kleinen Grenzverkehr ohne Visum überschreiten, und bis zu einem Monat ohne weitere Aufenthaltsgenehmigung dort verweilen. Aber selten blieben diese „Touristen" einen vollen Monat in Kanada. Denn „Cubaña-Airlines"-Flugzeuge flogen nonstop von Kanada nach Havanna und konnten einen Großteil der Rückwanderer mitnehmen. Für Kubaner, denen genügend Geldmittel fehlten, zahlte der kubanische Staat die Reise. Auch schalteten sich kubanische Schiffe, die die Häfen Ostkanadas anliefen, in diesen Reiseverkehr ein.

Das „Fluchttor Kanada" war von einzelnen Rückwanderern durch Zufall entdeckt worden. Aus Einzelfällen wuchs bald eine richtiggehende Organisation: Rückwanderer buchten 6-Zimmer-Wohnungen in Montreal und Toronto, wo man nach Ankunft billiger als in Hotels leben konnte. In einigen Fällen, in denen Linienflüge nach Havanna ausverkauft waren, mieteten sich Rückwanderergruppen Privatflugzeuge. Interessanterweise hat die amerikanische Regierung, der diese „Bresche" bald bekannt wurde, von jeder Offizialhandlung gegen diesen semilegalen „Grenzverkehr" Abstand genommen. Offensichtlich war Washington nicht bereit, Protestschritte zu unternehmen, die der Welt vom Ausmaß der

Rückwanderungsbewegung hätten Kenntnis geben können. Die Vereinigten Staaten zogen den Verlust dieser Rückwanderer der „bad publicy" vor, die die Enthüllung für Amerika bedeutet hätte.

Wie wird sich das wirtschaftliche und menschliche Verhältnis zwischen Kanada und Kuba in den nächsten Jahren gestalten? Die Antwort auf diese Frage wäre der Schlüssel zu einer der wichtigsten unmittelbaren Entwicklungen des amerikanischen Kontinents: der wirtschaftlichen Emanzipation der kleineren amerikanischen Länder von der Vormundschaft der Vereinigten Staaten. Kanada, das geographisch größte Land des Doppelkontinents, ist auch das potentiell reichste, wenn auch seine Bodenschätze noch nicht voll erschlossen sind. Wird die Bindung zwischen Ottawa und Havanna enger, so wird diese Tatsache die Vereinigten Staaten möglicherweise zwingen, gleichfalls einen etwas milderen Kurs gegen Kuba einzuschlagen und in vielleicht absehbarer Zeit die diplomatischen Beziehungen mit der Inselrepublik wieder aufzunehmen, — eine Entwicklung, die für die Entspannung und Befriedung des Doppelkontinents die größte Bedeutung haben würde. Und darin liegt letzten Endes die weltpolitische Wichtigkeit der kanadisch-kubanischen Beziehungen.

Hans Wirtz

Zum Zweiten Vatikanischen Konzil

Sorge und Hoffnung

„Begegnen wir der Zeit, wie sie uns sucht."

I.

Am 25. Januar 1958 — dem Tag „Pauli Bekehrung" — hatte Papst Johannes XXIII. ein „Ökumenisches Konzil" angekündigt.

Silberstreifen am dunklen Himmel der Kirche und der Welt.

Es wird am 11. Oktober 1962 im Vatikan zusammentreten. Wie lange es dauern wird, liegt noch nicht fest. Seine erste Plenarsitzung wird wahrscheinlich vor Weihnachten abgeschlossen. Ihr werden zu Beginn des nächsten Jahres voraussichtlich eine oder mehrere Sessionen folgen.

Die Tagungen werden im Petersdom stattfinden. In seinem Seitenschiff rechts von der „Confessio" — dem Hochaltar — wird ein Saal gebaut. Er soll so groß werden, daß er die 2000 kirchlichen Würdenträger und die Gäste und Delegationen bequem fassen kann.

Verhandlungssprache ist Latein. 42 junge Geistliche aus 14 Nationen, die in Rom studieren, dienen als Konzils-Stenographen.

II.

Die Katholische Kirche hat zwei Träger ihres (außerordentlichen) Lehramtes: Papst und Konzil.

Das Ökumenische (Allgemeine) Konzil ist die Versammlung der Bischöfe und anderer höchster Würdenträger des ganzen Erdkreises aus dem Weltpriester-

und Ordensstand. Unter dem Vorsitz des Papstes. Es müssen nicht alle Bischöfe der ganzen Welt anwesend sein. Notwendig ist nur, daß die Erschienenen in moralischer Weise die Gesamtheit der Kirche darstellen.

Dieses Allgemeine Konzil — der mit dem Papst vereinigte Gesamtepiskopat — ist in seinen autoritativen Entscheidungen über Glaubens- und Sittenfragen genau so unfehlbar wie der Papst für sich allein. Es ist in seiner kirchlichen Zuständigkeit unbeschränkt und verfügt über die höchste Regierungsgewalt in der Gesamtkirche.

Dem missionarischen Auftrag des Herrn entsprechend, sollten die beiden höchsten Amtsgewalten der Kirche einträchtig zusammenarbeiten. Sie haben das nur allzu oft und allzu lange nicht getan. Die elenden kirchlichen Zustände (vor allem) im Spätmittelalter — insbesondere die Zeit der Gegenpäpste (Schisma von 1378—1415) — schwächten die Autorität des Papsttums. Und verstärkten damit die Bedeutung und die Stellung der Konzilien. Sie fühlten sich zum Schiedsrichter über den Papst und sein Kirchenregiment berufen. Die großen Reformkonzilien von Pisa (1409) und Konstanz (1414—18) waren mit diesen Kompetenzstreitigkeiten schwer belastet. Desgleichen das Konzil von Basel (1431—49), auf dem Martin V. zum Papst gewählt und damit die Zeit der Gegenpäpste beendet wurde.

Endgültig beigelegt wurde der Gegensatz zwischen Papst und Konzil erst auf dem ersten Vatikankonzil von 1870: das Konzil steht seither nicht mehr über dem Papst. Er allein hat das Recht, es einzuberufen. Ohne ihn kann es nicht gültig zusammentreten, noch bindende Beschlüsse fassen. Alle Konzilsentscheidungen erhalten erst Rechtskraft durch päpstliche Bestätigung und Veröffentlichung. Der Papst allein (oder sein Legat) hat die Leitung der Versammlung, bestimmt ihre Ordnung und den Beratungsstoff. Er kann das Konzil verlegen, vertagen und schließen. Durch seinen Tod wird es bis zur Wiedereinberufung durch seinen Nachfolger unterbrochen.

Da das Konzil nicht über dem Papst steht, kann es ihn weder richten noch absetzen. Es ist auch nicht Berufungsinstanz gegen päpstliche Beschlüsse oder Entscheidungen.

Der Papst steht über dem Konzil. Er kann deshalb dessen Disziplinardekrete aufheben oder ändern. (Das wäre auch durch ein neues Konzil möglich.) Dagegen sind Glaubensentscheidungen eines vom Papst bestätigten Allgemeinen Konzils unabänderlich.

Beschließendes Stimmrecht haben: Kardinäle, amtierende Bischöfe, Vertreter von Abteien und Prälaturen, die nicht dem Diözesanbischof unterstehen; der Abtprimas, die Abtpräsides von Ordensverbänden und die Generale der direkt dem Papst unterstellten Klerikerorden. Titularbischöfe — sie haben keine eigene Diözese — können, wenn sie geladen werden, mit beschließender Stimme teilnehmen. Laien können zugelassen werden. Sie haben aber nur beratende Stimme.

Die Arbeitsweise des Konzils gliedert sich in: Kommissionen, Generalkongregationen, in denen beraten und abgestimmt wird, und in öffentliche Sitzungen mit endgültiger Beschlußfassung. Die einfache Mehrheit der gültigen Stimmen entscheidet. Doch könnte der Papst auch dem Votum der Minderheit beitreten. Dadurch würde aus der Minderheit die „Mehrheit": ihre Entscheidung wäre für alle verbindlich.

III.

Das jetzt beginnende Konzil ist das 21. in der Geschichte der Katholischen Kirche. Die erste Kirchenversammlung war das Apostelkonzil im Jahre 50.

Hier ging es um die hochbedeutsame Frage: ob Heiden, die sich taufen lassen wollten, vorher das Gesetz des Moses annehmen, also Juden werden müßten.

Darüber war es vor allem in Antiochia zu hitzigen Auseinandersetzungen gekommen. Paulus und sein Schüler Barnabas konnten sich dort mit ihrer Auffassung zugunsten der Heiden nicht durchsetzen. Auch auf dem Konzil platzten die Meinungen heftig aufeinander. Den Ausschlag gab schließlich Petrus: er verlangte als einzige Voraussetzung und Bedingung für die Taufe den Glauben an Christus und die Bereitschaft, nach diesem Glauben zu leben.

Damit war der erste große dogmatische Streit — ob jüdische Sekte oder Weltkirche — im Sinne der Apostel Petrus und Paulus entschieden: es gibt nur einen Glauben, eine Taufe, eine Erlösung für alle Menschen. Das gilt für Jerusalem, Antiochia, für Kleinasien und die ganze Welt.

Dieser Beschluß des ersten Konzils wurde der Christengemeinde in Antiochia mündlich und schriftlich zugestellt. In dieser ersten geschriebenen Urkunde der Kirche steht ein Satz, der auch heute noch zu gelten hat und auf den sich im Namen der „Freiheit der Kinder Gottes" alle Getauften berufen dürfen:

> „Es hat dem Heiligen Geist und uns gefallen, euch weiter keine Last mehr aufzuerlegen als diese Notwendigkeit: keine Teilnahme an Götzenopfern, die Enthaltsamkeit von Blut und Erstickтem, sowie von der Unzucht." (Das letztere war selbstverständlich. Die Enthaltsamkeit vom Fleisch der Götzenopfer usw. entsprach den mosaischen Vorschriften für Heiden, die Juden werden wollten.)

Im Zusammenhang mit diesem ersten Konzilsbrief schrieb Bischof Johannes Sailer († 1832 in Regensburg):

> „Es ist die erste Pflicht des höchsten Kirchenvorstehers (Papst), zu wachen und zu beten: daß die Bürde Christi nicht etwa durch Auferlegung neuer Lasten ein schweres Joch werde."

Diese bischöfliche Mahnung sollte ein wichtiges Leitmotiv sein für die innerkirchliche Reformarbeit des neuen Konzils.

IV.

Auf dem Ersten Vatikanischen Konzil (1870) wurde das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes definiert.

Die römische Kirchendiplomatie hatte — via Frankreich — dem Konzilsbeschluß propagandistisch gründlich vorgearbeitet. Dadurch aber auch in aller Öffentlichkeit einen Wirbelsturm von Widerstand hervorgerufen. Die deutschen Bischöfe mischten sich begütigend ein. Vierzehn von ihnen wandten sich gleichzeitig mit der dringenden Bitte an Papst Pius IX.: die Definierung des befürchteten Dogmas mit Rücksicht auf die große Unruhe innerhalb der deutschen Katholiken und Protestanten nicht zuzulassen. Damit war der Nerv des ganzen Streites getroffen: es ging nicht um das Dogma an sich, sondern um die derzeitige Zweckmäßigkeit seiner Verkündigung. Immerhin war unter den 800 Konzilsvätern beinahe ein Drittel dagegen.

Die Schlußabstimmung über die gesamten Papstartikel war am 18. Juli 1870. Mit „placet" (ja) stimmten 533; mit „non placet" (nein) zwei . . . Die Opposition hatte sich nicht an der Abstimmung beteiligt.

Der Papst setzte noch an demselben Tag die neue Konstitution in Kraft.

Am 19. Juli brach der deutsch-französische Krieg aus. Dadurch war eine Fortsetzung des Konzils nicht mehr möglich. Die meisten Fragen blieben unbeantwortet und einem späteren Konzil überlassen.

Darunter auch eine rechtsverbindliche und im Gewissen verpflichtende Konzilsentscheidung über den Krieg!

Zahlreiche Bischöfe hatten den Antrag gestellt:

> Das Konzil möge sämtliche Kriege der modernen Nationen und Staaten als moralwidrig verurteilen und jeden Katholiken, der an einem solchen Kriege teilnimmt, mit dem Ausschluß aus der Kirche bestrafen.

Das Konzil möge dogmatisch feststellen, o b es überhaupt und gegebenenfalls w a n n es erlaubt ist, einen Menschen zu töten.

Sollte eine solche Ausnahme vom Tötungsverbot der gerechte Krieg sein, so möge das Konzil genau die Bedingungen und Voraussetzungen eines gerechten Krieges festlegen.

Als Begründung dieses Antrages war folgende Kundgebung vorgesehen:

„Die heutige Weltlage ist absolut untragbar wegen der ungeheuren stehenden Heere, die durch Auslosung rekrutiert werden. Die Völker, die mit Steuern überlastet sind, seufzen unter dieser Bürde. Der Geist der Gottlosigkeit, die zunehmende Mißachtung der Gesetze im internationalen Bereich öffnen noch leichter den Weg zu illegalen und ungerechten Kriegen. Noch mehr: schreckliche Menschenschlächtereien wüten allenthalben und ohne Unterlaß. Die Folge davon ist: es sind weniger Mittel vorhanden, die man den Armen zuteilen kann; Handel und Verkehr hören zu funktionieren auf; das Gewissen der Menschen wird entweder vollkommen gefälscht oder verdorben oder in schandbarer Weise verletzt. Schließlich gehen viele Seelen infolge dieser Lage verloren." (Konzilsakte, Coll. Lac. vol. VII. col. 861)

So sahen diese Konzilsväter die Lage in Kirche und Welt im Jahre 1870 . . .

V.

Seit dem Ersten Vatikanischen Konzil sind beinahe 100 Jahre vergangen. Oder sind es nicht schon viele hundert Jahre? Denn inzwischen ist eine ganze Welt untergegangen. Eine neue unterwegs — und in Gefahr, von uns mutwillig zerstört zu werden.

Der globale Hintergrund, vor dem das Zweite Vatikankonzil in Szene geht, ist: (neue) W e l t o r d n u n g o d e r W e l t u n t e r g a n g.

Noch keine der 20 vorausgegangenen Kirchenversammlungen wurde von einem solchen Damoklesschwert bedroht.

Ein anderes hängt über den i n n e r k i r c h l i c h e n V o r g ä n g e n unserer zergehenden Zeit: „R e l i g i o d e p o p u l a t a — e n t v ö l k e r t e K i r c h e".

Sie ist weniger gekennzeichnet durch eine äußere Massenabfallsbewegung als durch den unsichtbaren G l a u b e n s s c h w u n d inmitten der kirchlichen Gemeinden. Die katholischen Kirchenräume sind noch meistens menschenvoll. Aber nicht von G l a u b e n d e n. Von (zufällig) Getauften. Sie haben noch „Religion": weil man sich daran gewöhnt hat, weil sich das so gehört; aus Lebensangst, aus kluger Berechnung. Der Glaube ist bei allzu vielen schon längst zu steriler Tradition geworden: hat nicht mehr die lebensbestimmende und lebensordnende Kraft. „Samenkorn, das unter die Dornen gefallen und von ihnen erstickt worden ist"!

Die Krise des kirchlichen Christentums ist offenkundig vor aller Welt. Sie kann nicht mehr durch klerikale Macht- und Prachtenfaltung verdeckt werden.

Dabei darf nicht verkannt werden: daß diese Krise in keiner Weise die göttliche Substanz des Christenglaubens betrifft.

Es geht — innerkirchlich — um zeitbedingte und deshalb stets von neuem r e f o r m b e d ü r f t i g e Haltungen und Praktiken der Pilgerkirche: den römischen Zentralismus, das übersteigerte autoritäre Denken und Tun der Verantwortlichen, petrefakte Formen des hierarchischen Prinzips, Überwucherung der Seelsorgspraxis mit sekundären Werten auf Kosten des Biblisch-Wesentlichen . . .

Und es geht — von innen wie von außen gesehen — um den beharrlich geleugneten und desto eifriger praktizierten p o l i t i s c h e n K a t h o l i z i s m u s in den Beziehungen zum säkularisierten modernen Staat, den Parteien, der pluralistischen Gesellschaft . . .

Es geht nicht zuletzt um den Kampf der Kirche gegen das im W e l t k o m m u -

nismus organisierte Gottlosentum mit den Macht- und Gewaltmitteln der Welt — anstatt mit den evangelischen Kräften des Kreuzes und des Heiligen Geistes. Das bedeutet heutzutage: gegen jeden Krieg und für den Frieden mit dem Osten wie mit dem Westen.

VI.

Alle wachen Geister in Kirche und Welt hoffen: daß das neue Konzil Anfang vom Weg aus der Krise werde. Hoffen auf ein Reformkonzil.

Das Wort Reform hat in den Ohren der Verantwortlichen keinen guten Klang. Es weckt ärgerliche Erinnerungen, die schon mehr als 400 Jahre alt sind . . . Oder aber auch (ganz allgemein) den Verdacht laikaler „Anmaßung" gegenüber klerikaler Autorität. Wenn man statt „Anmaßung" Selbstbesinnung gelten läßt, dürfte der „Verdacht" sogar nicht ganz unbegründet sein. Das ist „des Pudels Kern" — gewiß nicht für die heutige Seelsorgsmisere im ganzen, wohl aber für wesentliche Teile: die zweigeteilte Kirche der Lehrenden und der Hörenden.

Über diese Kluft führt bis heute keine Brücke. Trotz der in der „Katholischen Aktion" feierlich proklamierten „Anteilnahme der Laien am hierarchischen Apostolat der Kirche".

Die katholische Kirche ist keine Demokratie, in der horizontal alles gleichwertig nebeneinander steht. Sie ist vertikal von oben nach unten in Befehlen und Gehorchen gestuft. Dieses Befehlen darf kein orientalisches Potentatentum werden. Und das Gehorchen kein willenloses Sklaventum. Die hierarchische Ordnung der Kirche ist nach dem Willen ihres göttlichen Gründers kein Machtinstrument für die Mächtigen und keine Zwangsjacke für die Ohnmächtigen. Sie ist von Gott gewollt, um alle Glieder am Leibe des Herrn — den Papst in Rom wie den letzten unbekannten Gläubigen in irgendeinem verlassenen Winkel der Welt — zur sittlich-religiösen Volljährigkeit, der letzten Reife seiner christlichen Persönlichkeit zuzuführen.

So ist die hierarchische Ordnung von den jungen Christen in der Ur-Kirche verstanden und gelebt worden. Der Unterschied zwischen Klerikern und Laien war kein unüberbrückbarer Gegensatz. Schärfen und Spannungen zwischen ihnen kamen kaum auf oder wurden durch das lebendige Bewußtsein gnadenhafter Heilsgemeinschaft leicht überwunden. Die Priester waren ganz einfach „Presbyteroi" (Ältere): Brüder unter Brüdern.

Eine Kluft zwischen ihnen tat sich erst merklich auf, als das Institutionelle in der Kirche gegenüber dem Pneumatischen und der Agape — der geistigen Einheit und der Liebe — immer stärker in den Vordergrund geriet.

Daraus entwickelte sich ein häretischer Anti-Laikalismus, der sich im Hochmittelalter zu der bösen Sektiererei verstieg: „Ecclesia nihil dicitur nisi clerici", daß die Kleriker die Kirche seien. Damit wurde eine innerkirchliche Separation in Gang gesetzt, die als „Rache der Verschmähten" den innerkirchlichen Anti-Klerikalismus zur Welt brachte.

Dieses gegenseitige „Anti" belastet heute das innerkirliche Leben viel schwerer, als oft nach außen sichtbar wird. Standesdünkel, autoritäres Denken und Handeln, Mißtrauen auf der einen Seite haben die andere in eine seelisch-religiöse Lage gebracht, die Pius XII. milde mit „Müdigkeit der Laien" bezeichnete. Das Bewußtsein einer Heilsgemeinschaft zwischen Geistlichen und Laien ist verloren gegangen.

Von geistigen Auseinandersetzungen innerhalb der Kirche kann kaum noch die Rede sein. Auch nicht in Fragen, die (dogmatisch ungebunden) politisch oder so . . . aber heiße Eisen sind. Selbständiges Denken ist suspekt. Gelobt, belohnt wird

alles devote, linientreue Denken. Das Ausmaß von „Freiheit der Kinder Gottes" in der Kirche und überhaupt bestimmt der klerikale Apparat. Und der ist mächtiger und auch rücksichtsloser als je.

> „Es gibt in der Kirche eigentlich kein Recht mehr von unten her." (Pater Congar O. P.)

Die Zeit, da ein Märtyrerbischof Cyprian sich noch zu sagen traute:

> „Die Bischöfe sollen (die Gläubigen) ebenso lehren, wie (von ihnen) lernen"

— liegt schon mehr als tausend Jahre zurück. Ein anderes Bischofswort ist noch nicht ganz so alt, aber deshalb nicht weniger längst vergessen:

> „Wo Freiheit des Geistes ist, da ist auch Freimütigkeit, die den Großen wie den Kleinen die Wahrheit sagt." (Bischof J. M. Sailer)

Den mündigen Laien von heute geht es bei diesem „Wahrheit-sagen" nicht um „negative Kritik": sie verlangen das Recht zu beratender Teilnahme am Hirten- und Regierungsamt der Bischöfe.

So ähnlich, wie es in den ersten christlichen Jahrhunderten gewesen ist: Bischof Cyprian von Karthago schrieb um 250 an seine Gläubigen:

> „Ich will nichts ohne euern Rat und ohne Zustimmung des Volkes allein auf meine persönliche Meinung tun."

Er gab der Gemeinde das Recht und die Pflicht, unwürdige Vorsteher abzusetzen.

In die gleiche Richtung geht die Forderung des römischen Jesuiten P. Riccardo Lombardi nach einem „Weltsenat der katholischen Laien" als beratende Körperschaft der obersten kirchlichen Leitung. Und als laikales Gegengewicht gegen die klerikale römische Kurie mit ihren 12 Kongregationen (Ministerien), den drei Gerichtshöfen und sechs Kanzleibehörden. Demgegenüber fallen seine anderen Reformvorschläge vielleicht mehr in die Augen, aber weniger ins Gewicht: Modernisierung der steril-rückständigen kirchlichen Bürokratie; an Stelle des verstaubten byzantinischen Hofzeremoniells neue zeitgemäße Stilformen, auch in der Klerikerkleidung; durchgreifende Reform der Liturgie; Verjüngung des Bischofsamtes nach der personalen Seite; höhere Bildung des Welt- und Ordensklerus; zeitgemäße Aktivität der Kirche in den politischen und sozialen Fragen . . .

Lauter sachgerechte und gar nicht so radikale Forderungen seines Konzilbuches. Sie sind von den Betroffenen höchst ungnädig aufgenommen worden. Das Buch ist aus der Öffentlichkeit verschwunden. Lombardi mußte nach Canossa gehen. Nicht gerade ermutigende Vorzeichen für die Reformfreudigkeit des kommenden Konzils . . .

Wie ja auch auf die (anfänglichen) Blütenträume einer neuen Una-Sancta-Hoffnung schon längst der kalte Rauhreif alter konfessioneller Vorurteile, Mißverständnisse, Gegengefühls-Komplexe gefallen ist. Hüben wie drüben. Die Vatikanversammlung wird kein Unions-Konzil werden. Die Zeit scheint dafür noch nicht reif zu sein. Die Zeit und die Menschen in den Kirchen. Es kann keine Wiedervereinigung im Glauben geben ohne gründliche Reformen innerhalb des römischen Katholizismus. Der Besitz der Wahrheit genügt noch nicht zur Sicherung des Heils: die Wahrheit muß auch gelebt werden.

VII.

Das ist der Sinn aller Reformforderungen an das Konzil. Wobei es nicht (allein) um das lebendig-praktische Zeugnis für die Wahrheit durch den einzelnen Katholiken geht, sondern der Kirche im ganzen.

Denn auch in ihr — in ihrer geschichtlich-konkreten Pilgergestalt — ist das Böse

wirksam. Zur ganzen Wahrheit über die Kirche gehört ihre übermenschliche Größe und Schöne, gehören ihre unvergänglichen Verdienste um das Leib- und Seelenheil der Menschen. Gehört aber auch das tragende Übermaß menschlicher Irrungen, Grausamkeiten und Verbrechen. Daß sie daran nicht zugrunde gegangen ist, zeugt für das Göttliche ihres Ursprungs und ihrer Bestimmung.

Das wird von ihren klerikalen Apologeten und auch von andern schon zugegeben. Aber doch in der Regel nur soweit, als es der Geschichte — der Vergangenheit — angehört. Für die Gegenwart: „Gewiß gibt es auch heute noch schlechte Christen, und es sind auch heute Kleriker noch keine Engel. Aber die Kirche von heute insgesamt ...? Die ist schon ganz in Ordnung. Wenn man nur mehr auf sie hören wollte ..." sagen sie.

Die Pilgerkirche der Gegenwart: keinerlei Anfälligkeit mehr für Versuchungen und so ...? Das wäre tröstlich. Aber sehen wir sie nicht auch heute noch mit den Machthabern der Welt paktieren? Den sakralen Bereich des Religiösen mit dem profanen des Weltlichen vermischen? Sucht sie nicht immer noch im Reich Gottes mit weltlichen Mitteln zu wirken: Geld, politischen Verbindungen, Prestige, Ehrungen, Konkordaten ...? Diese ganze sogenannte „Kirchenpolitik"?

Sie gibt dabei gewiß nichts von dem ihr anvertrauten Wahrheits- und Glaubensgut auf. Aber in kritischen Lagen hält sie oft mehr von den weltlichen Methoden der Schlangenschläue als von der Wirkung der Taubeneinfalt oder der „Torheit des Kreuzes".

Die Stunde drängt, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche neu zu ordnen. Allerdings nicht nach Art von Papst Bonifaz VIII. und seiner berüchtigten Bulle „Unam Sanctam" (1302):

> „Zwei Schwerter sind also in der Gewalt der Kirche, das geistliche und das weltliche. Das eine ist für die Kirche zu führen, das andere von der Kirche. Das eine Schwert muß daher dem andern — die zeitliche Autorität der geistlichen — unterworfen werden."

Diese Zeiten sind vorbei. Noch nicht vorbei aber ist das schwere kirchliche Ärgernis einer klerikal-politischen Versippung mit gewissen autoratären Regierungssystemen von heute ...

Die Vorstellung der Kirche vom idealen Verhältnis zwischen ihr und dem Staat ist die Partnerschaft nach dem gegenseitigen Unterstützungsprinzip: der Staat nimmt ihr Glaubensgut in Schutz; hält ihre Gegner in Zucht oder beseitigt sie; wacht mit seinen Gesetzen über die öffentliche Moral; finanziert ihre Konfessionsschule; fördert wohlwollend ihre kirchliche Jugendpflege und Caritas; räumt dem Klerus bestimmte Sonderrechte ein (Befreiung vom Militärdienst); zieht die Kirchensteuer ein und zeigt sich ihr geldlich auch sonst nicht knauserig. Tut er das alles nach ihren Wünschen und Weisungen, so ist er der „christliche Staat", von dem sie sich an Wohlwollen und Wohltun nicht übertrumpfen läßt. Sie deutet und begründet großzügig seine weltlichen Autoritätsansprüche mit biblischen Unbedingtheiten und ist ihm auch sonst willfährig. Von Konkordaten bis zum „bellum justum", dem „gerechten Krieg".

Das kann ihr institutionell ganz gut bekommen. Ob auch immer dem Heil der ihr anvertrauten Seelen? Es gibt da gewisse Erfahrungen, von Konstantin bis in unsere Tage ...

Kirche und Staat gehören zwei verschiedenen Seinsweisen an. Sind im Neuen Testament zwei unvergleichbare Größen. Der Staat hat die Aufgabe: die Schöpfungsordnung in der Welt zu schützen und zu betätigen. Die (Pilger-)Kirche ist der heilsgeschichtliche Prozeß auf das Endreich der Gottesschöpfung hin. In ihr ist das Reich Gottes unterwegs. Sie hat deshalb keine weltimmanente Aufgabe oder Sendung: es ist ihr weder die Sorge für Ordnung und

Wohlstand der Welt anvertraut, noch für eine profane Kultur. „Mein Reich ist nicht von dieser Welt".

In der profanen Welt zu wirken: dort für Ordnung, Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden zu sorgen, ist den christlichen Laien aufgetragen. Ihnen ist dafür das Charisma — die besondere Berufsgnade — gegeben. Die Kirche hat die Laien zur Erfüllung dieser Aufgabe willens und fähig zu machen und zu erhalten. Mehr nicht. Sie hat darin keinen — wenn auch nur moralischen — Führungsanspruch.

So werden die Laien zum geistigen Bindeglied zwischen Kirche und Welt (Staat). Aber nicht so: daß die Kirche auf dem Umweg über diese Laien (verbotene) Macht und Herrschaft über die Welt — den Staat, die Gesellschaft, die Wirtschaft, die Kultur — üben dürfte. Sie hat hier nur das Recht und den Vorzug, zu dienen.

Wo Staat und Kirche sich an ihre eigentümlichen Disziplinen halten, die ihnen gesteckten Grenzen nicht überschreiten, ist in ihnen Ordnung und Frieden. Das andere ist selbstzerstörerisch.

Diese gottgewollte Scheidung zwischen Kreuz und Schwert ist heute vielfach nicht mehr da. Oder empfindlich gestört. Die Interessen und Aufgaben von Kirche und Staat sind meistens vermischt und vermengt: profane Welt, die sich Rechte und Befugnisse über das Reich Gottes anmaßt; Kirche, die den Staat in ihren Dienst zu nehmen sucht.

Hier liegen vielverkannte, tiefere Ursachen für die Verworrenheit und das Unheil unserer Tage.

An diesen Tatsachen darf das Konzil nicht vorbeigehen. Reifes Korn muß geschnitten werden. Was nicht zusammengehört, ist zu trennen. Staat und Kirche gehören nicht zusammen.

> „Verlangt das Übel einen Schnitt, so singt der weise Arzt nicht Zauberlieder." (Sophokles)

Der weise Arzt — das neue Konzil ist hier unsere Hoffnung und Bitte.

VIII.

Das wäre dann auch das Ende des politischen Katholizismus; dieses großen Ärgernisses vor Gott und den Menschen.

Seine anstößigste Form ist das Mißverhältnis zwischen Kirche und politischer Partei. Hier sind unverkennbar politische und klerikale Kräfte am Werk zur praktischen Gleichsetzung der Interessen von Kirche und einer bestimmten politischen Partei. Eine innerkirchliche Häresie.

Sie ist von Papst Leo XIII. unzweideutig verurteilt worden:

> „Es kann nicht scharf genug getrennt werden zwischen Parteipolitik und Reich Gottes. Weil wir sonst unbewußt — statt nur dem Interesse und der Sache Gottes — einer bestimmten Partei- und Kulturpolitik dienen. Parteien sind in ihrer Bedeutung zeitbedingt und vergänglich. Deshalb darf die Kirche sich nicht auf Gedeih und Verderb an sie binden." (Enzyklika „Sapientiae christianae")

In der politischen Praxis der Kirche ist — bei uns und anderswo — von dieser päpstlichen Anordnung nicht gerade viel zu finden. Das Wort von der „Parteikirche" geht um ...

Das Konzil wird ihm — so darf man wohl erwarten — alle Berechtigung entziehen, indem es allgemeinverbindlich beschließt:

die Gläubigen nicht auf eine bestimmte Partei zu verpflichten;

sie nicht — unter Berufung auf den Glauben oder die kirchliche Autorität — auf bestimmte politische Entscheidungen festzulegen;

daß allen Geistlichen jede parteipolitische Tätigkeit untersagt werde;

daß es keiner politischen Partei erlaubt ist, sich das aus dem unpolitischen

Bereich des Sakralen stammende Beiwort „christlich" als Parteibezeichnung anzumaßen.

Das Konzil könnte als wegweisende Begründung sich das Wort von Reinhold Schneider aneignen:

> „Die politische Macht wird die Kirche niemals schützen, ohne sie zu mißbrauchen. Die Kirche wird den Staat nie anerkennen, ohne die Botschaft abzuschwächen. Der Staatsmann, auch der gläubige, wird nie den Herrn in ihr ansprechen, sondern die Macht."

IX.

Ein klarer Konzilsbeschluß über das Verhältnis der Kirche zu Staat und Parteipolitik ist die Voraussetzung für seine Stellungnahme zum „Krieg in unseren Tagen".

Es kann und darf hier keine andere Vatikanentscheidung fallen als die feierliche und unbedingte Verfluchung des Krieges. Jedes Krieges.

Sie ist längst überfällig. Schon seit mehr als 1600 Jahren ...

In den ersten christlichen Jahrhunderten war es für die Getauften unvorstellbar, sich gegenseitig im Kriege — und überhaupt — umzubringen. Es wäre vollendeter Abfall von dem (5.) Gottesgebot und dem Liebesgebot des Gekreuzigten gewesen. Das eine wie das andere — so war es noch in den jungen Christen lebendig — umfaßt alle Menschen. Ohne Ausnahme. Selbt den Feind. Auch den Kirchenfeind. Auch den Volksfeind ...

Mit dem Liebesgebot, dem unbedingten und ausnahmslosen, war etwas ganz Neues und Unerhörtes in die Welt gekommen. Größte unblutig-friedliche Revolution. Origenes, einer von den bedeutendsten, schöpferischen Theologen der jungen Kirche, folgerte daraus:

> „Wir brauchen nicht länger mehr die Waffen gegen irgend ein Volk, da wir zu Söhnen des Friedens gemacht wurden durch Jesus, der unser Anführer ist."

Der Kirchenschriftsteller Laktantius († um 300):

> „Wenn Gott das Töten verbietet, darf bei diesem Gottesverbot keine Ausnahme gemacht werden von der Regel: daß es nämlich immer böse ist, einen Menschen zu töten, der doch nach dem Willen Gottes ein sakrosanktes Geschöpf sein soll."

Zwei Zeugnisse von vielen, die zeigen: daß die ersten Christen noch bereit waren — wenigstens in dieser wichtigsten Beziehung — nach dem Auftrag des Herrn zu leben. Die Kirche selber lebte noch danach. Sie wußte sich als das „neue Volk" und das „dritte Geschlecht". Sie schreckte vor jedem Blutvergießen zurück.

Bis dann der Vorhang niederging. Und dahinter die Szene wechselte: das Christentum durch Kaiser Konstantin zur Staatskirche (313) erniedrigt wurde. Er gab ihr alle Freiheit, gab ihr Macht und Reichtum. Legte sie damit an die goldene Kette der Staatsraison.

Die Gottesnarrheit des Kreuzes wurde hoffähig ... Stieg aus den Todeskellern der Katakomben auf die strahlende Zinne des Kapitols. Das brachte hohen (äußeren) Schwung in die Kirche. Legte den Grund für das zum Reich zusammengeschlossene Abendland der Christenheit.

Aber es trieb auch die Kirche in den unheiligen Strudel der Händel dieser Welt. Und damit in den Sündenfall der Verleugnung des Herrenwortes: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt." Sie erlag der konstantinischen Versuchung: weltförmig zu werden und damit das Gesetz der Bergpredigt — die Liebe — als Lebensform des einzelnen und der Insgesamtheit (nicht theoretisch, aber praktisch) aufzugeben.

> „Die Bergpredigt wurde jetzt ein Werk der Übergebühr für besonders Fromme ... Es verwischen sich die Grenzen zwischen Kirche und profaner Welt. Die Kirche wird zum Tummelplatz der Welt und der dämonischen Mächte." (Hernegger)

Das war die tragische Wende gegenüber der Absolutheit des Tötungsverbotes. Und damit auch gegenüber dem Krieg.

Die Kirche mobilisierte einen menschlich-weltlichen Selbstbehauptungswillen, der sie von der Torheit des Kreuzes zur Zuversicht des Schwertes trieb. Sie hat im Laufe der Jahrhunderte Abertausende ihrer „Feinde" töten, morden, foltern lassen. Und glaubte in ihrer Verwirrung, damit ein gottwohlgefälliges Werk zu tun.

Wer sich vom — noch ungetauften — Kaiser beschützen, beschenken, hofieren ließ, mußte auch sein Kriegslied singen: das Töten im Kriege war jetzt nicht mehr wider Gottes Gebot und das Gesetz des Friedensfürsten. Es wurde kirchlich sanktioniert!

Ganz geheuer war es der Kirche freilich dabei nicht. Und so erfanden ihre Theologen das moralische Rettungsseil vom Unterschied zwischen einer Morderei im Angriffs- oder Verteidigungskrieg. Der eine sollte grundsätzlich unerlaubt, der andere erlaubt sein. Damit glaubte man sich theologisch klug aus der moralischen Schlinge gezogen zu haben.

Daraus wurde die scholastische Kriegslehre vom „bellum justum" und „bellum injustum", dem erlaubten und unerlaubten, oder, noch deutlicher, dem „gerechten" und dem „ungerechten" Krieg konstruiert.

Die franziskanischen Spiritualen haben behauptet: der Mailänder Pakt zwischen Konstantin und dem römischen Bischof sei „unter den Wehrufen der Engel" geschlossen worden. Dieses Wehwort könnte auch für die klassische Kriegslehre der Kirche gelten. Denn unter ihrer moraltheologischen Deckung sind die mörderischsten Angriffs- und Eroberungskriege als „Verteidigung" christlich drapiert und kirchlich beglaubigt worden. Bis in unsere Tage ...

Nach Pater Stratmann O. P. müssen mindestens zehn Bedingungen insgesamt erfüllt werden, wenn ein „Verteidigungskrieg" moraltheologisch „gerecht" sein soll. Er bezweifelt, ob das je der Fall gewesen ist.

Auf die Massenmorderei, die man heute noch „Krieg" nennt, trifft keine von den zehn Voraussetzungen zu. Deshalb ist der „Krieg in unseren Tagen" eindeutig vor Gott und den Menschen nichts anderes als allerschwerstes Verbrechen und Todsünde.

Trotzdem klammert sich die katholische Kriegstheologie immer noch an ihren „gerechten Verteidigungskrieg". Wobei sie — Hohn oder Unverstand? — die Entscheidung über „gerecht" oder „ungerecht" den staatlichen Kriegsmachern zuspricht. Der „beschränkte Untertanenverstand" hat ihnen zu parieren. Das aufgescheuchte Gewissen zu schweigen. Erzbischof Gröber, Freiburg:

> „Die katholischen Theologen haben immer den gerechten vom ungerechten Krieg unterschieden und es niemals in den Urteilsbereich des einzelnen mit all seinen Kurzsichtigkeiten und Gefühlsstimmungen gelegt, im Kriegsfalle die Erlaubtheit oder das Unerlaubtsein zu erörtern, sondern die letzte Entscheidung der rechtmäßigen Autorität überlassen." („Kirche u. Vaterland" S. 103, Herder.)

Das hat sich der Freiburger Erzbischof ausgedacht in einer Zeit, als Hitler seinen „gerechten Verteidigungskrieg" machte.

Inzwischen ist aus dem „Krieg zur Verteidigung der heiligsten Güter" die drohende Satanei der Massenvernichtung geworden. „Alles militärische Denken ist in seiner Tiefe erschüttert" (B. H. Lidell Hart). 12 000 Naturwissenschaftler aus 44 Ländern — darunter 36 Nobelpreisträger — haben die Regierungen beschworen, die Vorbereitungen zum Selbstmordkrieg nicht weiter zu betreiben. Die UNO hat diesen Krieg als Verbrechen an der Menschheit gebrandmarkt. Die Verantwortlichen in der Kirche halten ungerührt am „gerechten Verteidigungskrieg" fest — auch wenn die ganze Welt dabei zerstört und Abermillionen Unschuldiger gemordet werden.

Wissen sie nicht, was sie damit uns gläubigen Laien zumuten? Wir selber wissen es:

Eine einzige 20—30-Megatonnen-Wasserstoffbombe kann eine Millionenstadt vollkommen zerstören und mit einem Schlag 10 Millionen Menschen umbringen. — 40—50 Kobaltbomben können den Erdball radioaktiv verseuchen, dadurch auf Jahrzehnte unbewohnbar machen. — Mit einer kleinen Menge chemischer Giftstoffe und biologischer „Kampf"mittel kann ein ganzer Kontinent für Menschen, Getier und Pflanzen zum Friedhof werden. — Durch eine einzige Neutronenbombe kann man die ganze Bevölkerung einer Großstadt verbrennen, ohne daß auch nur ein Haus zerstört wird. — Die noch in der Entwicklung sich befindende Lichtkanone „Laser" mit ihrer Lichtgeschwindigkeit von 300 000 km in der Sekunde wird vielleicht schon morgen aus jeder beliebigen Höhe jeden beliebigen Ort auf unserer Erde im Nu in Nichts verwandeln ...

„Gerechter V e r t e i d i g u n g s krieg" — sagen die katholischen Moraltheologen.

Das Vatikankonzil wird von Gott und aller Welt — nicht zuletzt von wachen kirchentreuen Katholiken — vor die Frage gestellt: ob es diesen Wahnsinn katholischer Kriegstheologen (P. Grundlach S. J.) als definierte — und deshalb im Gewissen verpflichtende — L e h r e d e r K i r c h e bestätigen oder verdammen will.

„Kluge" kirchendiplomatische Zweideutigkeiten (wie bisher), verbunden und „begründet" mit kriegstheologischen Zweckspekulationen werden nicht mehr akzeptiert werden.

Eine vom Untergang frivol bedrohte Herrgottswelt und eine Menschheit ratlos und in Todesängsten halten den Atem an: was wird die Kirche, die noch in letzter Zeit (mit Recht) den Anspruch erhoben hat, „Mater et magistra — Mutter und Lehrmeisterin" der Christenheit zu sein, auf ihrem Konzil beschließen? Die große Wende vom konstantinischen Sündenfall der Weltförmigkeit zur biblischen Nachfolge des verhöhnten, verfolgten, gekreuzigten Herrn? Zu einem menschlichen Christus, der sich des hungernden Volkes erbarmt, der einer armen Witwe den verstorbenen Sohn auferweckt, der über die Frauen und Kinder weint, die bei der (verheißenen) Zerstörung Jerusalems umgebracht werden ...?

Mit dieser gottgewollten Wende wäre der Weg frei für die paulinische Unabhängigkeit gegenüber allen staatlich-parteipolitischen Potentaten in der ganzen Welt. Damit auch für das feierliche und unwiderrufliche „Anathema sit" — Verfluchung — jener Massenmorderei Unschuldiger, die man beschönigenderweise noch immer „Krieg" nennt.

Wenn aber diese Wende ausbleibt, der „gerechte Verteidigungskrieg" auch heute noch und heute wieder kirchlich approbiert wird? Dann muß daran erinnert werden: daß die Kirche durch das klägliche Versagen der Christenheit in der s o z i a l e n F r a g e den größten Teil der Arbeiterschaft verloren hat. Nach einem päpstlichen Wort „der Skandal des Jahrhunderts". Daß durch dieses verbrecherische Versagen die „christlichen" Kolonialmächte des Abendlandes Asien und Afrika verloren haben. Und damit die Kirche ihre (vermeintliche) staatliche Stütze für ihre Missionsarbeit. Größte Gefahr: daß sie durch eine unmenschliche und widerchristliche Antwort auf die F r i e d e n s f r a g e einen zweiten Jahrhundert-Skandal erleben wird.

Da wird der Teufel sich ins Fäustchen lachen. Und noch ein anderer ...

X.

Was damit gemeint ist, hat neulich der Atom-Astrophysiker und Philosoph Prof. Dr. von Weizsäcker in einer apokalyptisch-beängstigenden Schau ungefähr

so angedeutet: In einem Krieg mit atomaren Massenvernichtungsmitteln wird wohl nicht die gesamte Menschheit ausgerottet werden. Ein paar Menschenhaufen werden übrig bleiben. Sie werden sich zu sammeln suchen. Wird ihnen wohl auch gelingen. Sammeln werden sich diese verzweifelten Menschentrümmer nicht unter dem Zeichen des Christuskreuzes: unter der Fahne des chinesischen Kommunismus.

Bei diesem Wort eines fachmännisch-klaren Denkers und überzeugten Christen sollten alle Konzilväter die Ohren spitzen. Denn bisher sind alle kirchlichen Auslassungen zugunsten des Krieges — offen oder unausgesprochen — mit der Notwendigkeit begründet worden, die westliche Welt gegen den Kommunismus zu verteidigen.

Sie muß verteidigt werden. Es fragt sich nur, wie. Mit „Krieg"? Im Verlauf des Ersten Weltkrieges ist die kommunistische Ideologie (russische) Staatsmacht geworden. Durch den Zweiten — angeblich zur Verteidigung gegen den Kommunismus verübten — ist er bis Thüringen, Berlin und anderswo gekommen. Was uns nach dem dritten blühen wird: sagt von Weizsäcker.

Das Konzil aber wird auch an der Tatsache nicht vorbeikommen: daß der Kommunismus im tiefsten ein religiöses Weltproblem ist: eine atheistische Gegenkirche und Gegenreligion. Verteidigung gegen ihn oder seine Überwindung ist deshalb nur durch geistige, religiöse, kirchliche Kräfte möglich, die stärker sind als er.

Das Konzil ist bestimmt des festen Glaubens, daß es über diese „stärkeren Bataillone" verfüge. Und es hat recht. Denn Kirche und Christentum haben die göttliche Verheißung: unüberwindlich zu sein im Kreuz und in der Kraft des Heiligen Geistes. Es muß an diese Kraft geglaubt, und sie muß mobilisiert werden.

Das geschieht, wenn der evangelische Auftrag des Herrn an seine Jünger und Nachfolger erfüllt wird: Liebe leben und Frieden wirken. Liebe als Wohlwollen und Wohltun gegen Freund und Feind; und als soziale Gerechtigkeit im öffentlichen Leben. Frieden als absolute Absage an allen Haß, alle Lüge und Verleumdung; und als unversöhnlicher Kampf gegen jeden Krieg und jede Art von Kriegsvorbereitung.

Wer hier der Glaubensstärkere — der Christlichere — ist, wird die Welt gewinnen.

Wer der Menschheit Brot und Frieden bringt, wird die Zukunft haben.

Verteidigung des Christentums mit Kreuzzug und Krieg ist praktischer Abfall vom Glauben. Daraus kann nur Katastrophe werden. Das Heil liegt im Kreuz.

Wenn das Vatikankonzil diese theoretisch nie von der Kirche geleugnete, aber praktisch nicht immer praktizierte Grundwahrheit des Christenglaubens zum geistig-religiösen Fundament seiner Beschlüsse insgesamt — also auch in bezug auf Krieg und Kommunismus — macht, wird die Prophezeiung Johannes' XXIII. zutreffen.

> „Der Beginn des Konzils wird wie ein neuer Ostermorgen sein. Ganz umstrahlt vom heiligen Antlitz und von den süßen Worten des Herrn: Friede sei mit euch! Es wird wie ein neues Pfingsten sein, durch das die apostolischen und missionarischen Energien der Kirche im vollen Umfang ihres Auftrags und ihres jugendlichen Eifers wieder erstarken."

Dr. Achim von Borries

William L. Shirer und seine Kritiker

Zwei umfangreiche Werke zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert haben in den letzten Monaten Beachtung, Zustimmung wie Widerspruch weit hinaus über den Kreis der Fachhistoriker gefunden. Fritz Fischers, des Hamburger Historikers, „Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des Kaiserlichen Deutschland 1914/18", ist im Juni-Heft dieser Zeitschrift (Seite 471—475) bereits besprochen worden. Noch größeres Aufsehen hat William L. Shirers nun auch in deutscher Sprache vorliegendes voluminöses Werk „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches" (Kiepenheuer & Witsch, Köln und Berlin 1961) erregt.

Die deutschen Reaktionen auf diese beiden Bücher sind aufschlußreich. In beiden Fällen sagt die durchweg ausgesprochen eifervoll-polemische Kritik mehr aus über die Kritiker als über den Gegenstand ihres abschätzig-feindseligen Urteils. Und es läßt sich in dieser Diskussion um Fischer wie um Shirer Wesentliches ablesen über die ideologisch-politische Situation in der Bundesrepublik. Wir beschränken uns hier auf eine Behandlung des „Falles Shirer", nachdem der Autor selbst im letzten Heft kurz zu den gegen sein Buch und gegen ihn selbst gerichteten Angriffen Stellung genommen hat. (Vgl. Heft 9/62, S. 707 f.)

Eine Auseinandersetzung mit Shirers Buch und seinen Kritikern ist um so notwendiger, als sich in den letzten Wochen die politisch-geschichtliche Diskussion über das von Shirer behandelte Thema ausgeweitet hat. Neuerdings sind in diese Diskussion zwei neue Werke anderer angelsächsischer Autoren einbezogen, die eigenwillige Darstellung der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges aus der Feder des bekannten britischen Historikers Prof. A. J. P. Taylor und die Arbeit des Amerikaners Prof. D. Hoggan über dasselbe Thema („Der erzwungene Krieg"). Die beiden letztgenannten Werke werden vor allem von ausgesprochenen Rechtskreisen als Waffen in dem, wie es heißt, „Kampf um die wissenschaftliche Widerlegung der zweiten Kriegsschuldlüge" benutzt[1]). Mit betonter Befriedigung weist man in diesen Kreisen darauf hin, daß ausgerechnet ein Engländer und ein Amerikaner jetzt endlich das nationalsozialistische Deutschland vom Makel der Alleinschuld am Zweiten Weltkriege befreit hätten. Doch nicht nur das. Man beschränkt sich heute nicht mehr darauf, das Dritte Reich von der Hauptverantwortung für den Zweiten Weltkrieg zu entlasten, sondern man geht bereits zum Angriff über und macht, gestützt auf Taylor und Hoggan, Polen, Großbritannien und nicht zuletzt den amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt für die Entfesselung des Krieges verantwortlich.

Diejenigen, die sich auf Taylor und Hoggan berufen, sprechen bereits triumphierend vom „Ende einer Epoche", der Nachkriegsepoche nämlich, in der im Ausland wie in Deutschland selbst eine unbedingte Verurteilung des Nationalsozialismus selbstverständlich war. Die beiden genannten Autoren werden als Verbündete im Kampf um eine teils offene, teils versteckte Rehabilitierung des Dritten Reiches in Anspruch genommen. Sprachrohr dieser Kreise ist vor allem die Deutsche Soldatenzeitung. Bemerkenswerterweise sind die Bücher Taylors und Hoggans aber auch von anderen, als durchweg demokratisch und seriös geltenden Zeitungen auffällig wohlwollend besprochen worden.

---

[1]) Wir kommen in einer späteren Nummer auf dieses Problem zurück.

WILLIAM L. SHIRER UND SEINE KRITIKER

Am 21./22. Juli 1962 nahm, auf Wunsch der Redaktion, in der in Heidelberg erscheinenden Rhein-Neckar-Zeitung der Schriftsteller Frank Thiess ausführlich zu Hoggan Stellung. Seine überaus positive und politisch vielsagende Würdigung des Buches löste eine vielstimmige lebhafte Diskussion in den Spalten des Heidelberger Blattes aus. Am 28./29. Juli veröffentlichte die Rhein-Neckar-Zeitung eine ebenfalls umfangreiche kritische Stellungnahme des Heidelberger Historikers Prof. Dr. Werner Conze zu Hoggan-Thiess. Außerdem erschienen in mehreren Nummern der Zeitung Leserbriefe zur Kriegsschuld-Frage. Es ist nicht verwunderlich, daß in dieser Diskussion auch das Werk Shirers mehrfach erwähnt wurde, meist im negativen Sinne. Thiess spielt den Hitler entlastenden Amerikaner Hoggan gegen den Deutschland gegenüber kritischen Shirer aus und erklärt sozusagen dessen Buch für das letzte Exemplar der ‚nun endgültig überwundenen' oder doch zu überwindenden ‚deutschfeindlichen' Literatur der Jahre nach 1945: „William Shirers ‚Aufstieg und Fall des Dritten Reiches' zählt wissenschaftlich überhaupt nicht. Es hat zwar in Amerika und Deutschland mit Pauken und Trompeten den Markt erobert, wühlt aber noch in dem alten giftigen und inzwischen erledigten Propagandamaterial herum." Die Deutsche Soldatenzeitung nannte Shirer am 17. August in einem Artikel, der ebenfalls Hoggan und Shirer konfrontierte, „einen Schmierskribenten und Propagandisten".

Aber nicht allein für die von der Soldatenzeitung und Thiess vertretenen Rechtskreise ist William L. Shirer heute einer der bestgehaßten Männer. Der Historiker Karl Otmar Freiherr von Aretin hat in der August-Nummer des „Merkur" (Nr. 174, Seite 776 ff.) einen aufschlußreichen zusammenfassenden Bericht über die bisherige Shirer-Diskussion in der Bundesrepublik veröffentlicht. („Das Dritte Reich in angelsächsischer Sicht. Das Echo.") In dieser verdienstvollen Zwischenbilanz des Disputes werden u. a. die Titelüberschriften zahlreicher deutscher Rezensionen des Buches zitiert, die bereits die Tendenz der Besprechungen erkennen lassen: „William Shirer hat nichts dazugelernt" (Düsseldorfer Nachrichten vom 9. 12. 61); „Ein Bucherfolg gegen Deutschland und die Deutschen" (Stuttgarter Zeitung vom 17. 11. 61); „William Shirers tendenziöser Bestseller" (Main-Post vom 10. 1. 62). In „Christ und Welt" vom 1. 12. 61 wurde das Buch im Titel als „Ein historischer Leichtgewichtler" bezeichnet. Und schließlich sei, als ein Urteil der Zunft, zitiert, was Prof. Conze in seiner Hoggan-Thiess-Kritik (etwa um diese abzusichern?) über Shirers Buch schrieb. Der Heidelberger Historiker behauptete, angesichts des umfangreichen von Shirer berücksichtigten Materials sei zwar „nicht alles falsch" (!) an diesem Buch, aber dies Material sei „leichtfertig oberflächlich ausgebreitet und in ein absurdes Zerrbild der deutschen Geschichte im ganzen eingewoben." Man wird in diesem abschätzigen Urteil mehr als nur einen Ausdruck des in Deutschland noch immer weit verbreiteten Hochmutes der Zunft gegenüber nicht-akademischen Publizisten sehen müssen. Die Kritik Prof. Conzes ist charakteristisch für die Heftigkeit, ja Feindseligkeit fast aller deutschen Reaktionen auf das Werk Shirers. Einzelne nachweisbare Irrtümer des Verfassers werden angeführt, um das Werk als Ganzes und die Gesinnung des Autors zu denunzieren.

Ganz besonders fragwürdig sind die Besprechungen des Buches durch Paul Sethe in der ZEIT (13. 10. 61) und Walter Görlitz in der WELT (3. 11. 61). Erwähnt sei hier zunächst noch die sehr kritische Rezension des deutsch-amerikanischen Historikers Prof. Klaus Epstein in der „Review of Politics", jetzt auch in deutscher Sprache in den „Vierteljahresheften für Zeitgeschichte", Heft 1/62; auf sie berufen sich nicht wenige der deutschen Rezensenten.

Die Frage drängt sich auf, ob und in welchem Maße das Buch William L. Shirers eine solche Polemik verdient und worauf die besondere Heftigkeit der Kritik

an dem Werke des amerikanischen Publizisten zurückzuführen ist. Vorweggenommen sei hier schon dies: das Buch selbst ist viel weniger sensationell, viel weniger polemisch, es ist wesentlich seriöser und sozusagen viel „normaler", als man auf Grund der bitteren deutschen Polemik zunächst glauben möchte. Es beruht auf mehrjähriger intensiver Arbeit, auf einem gründlichen Quellenstudium des umfassend gebildeten Autors, es ist eine imponierende, respektheischende Leistung, weit entfernt vom Sensations-Journalismus und von deutschfeindlicher Propaganda. Jeder unvoreingenommene Leser des 1174 Seiten starken Bandes wird das bestätigen können, ganz unabhängig zunächst von der Richtigkeit der Urteile des Verfassers im einzelnen. Das Buch bringt keine „Enthüllungen", es ist kein Pamphlet, es erhebt andererseits aber auch gar nicht den Anspruch einer originären geschichtswissenschaftlichen Arbeit. Shirer stützt sich durchweg auf von anderer Seite erschlossenes und ausgewertetes Material, er weist sich indes als ein hervorragender Kenner dieses beinahe schon unübersehbar gewordenen Materials aus. Seine Leistung besteht darin, auf solcher Grundlage einen überaus detailreichen Überblick über „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches" gegeben zu haben. Einen Überblick, wie er so umfassend und gründlich von keinem anderen deutschen oder ausländischen Autor, sei er nun Historiker oder „nur" Publizist, bisher vorgelegt worden ist. Um gleich noch ein weiteres zur Charakterisierung des umstrittenen Werkes zu sagen: Es ist nicht in erster Linie eine Analyse der gesellschaftlichen, politischen und ideologischen S t r u k t u r des Dritten Reiches (s. u.), sondern ein höchst lesbarer, keineswegs primitiv geschriebener Bericht über dessen G e s c h i c h t e , gewissermaßen ein episches, kein analytisch-kritisches Werk.

„Aufstieg und Fall des Dritten Reiches" war und ist in den USA ein außerordentlicher Erfolg. Inzwischen liegt bereits eine ungekürzte Taschenbuchausgabe dieses „Bestsellers" vor. Die deutsche Kritik hat zumeist abschätzig von diesem Erfolg des Werkes gesprochen und will offenbar die Vorstellung nähren, er sei schon ein Beweis für die Unseriosität, die Minderwertigkeit des Buches. Ebenso häufig wird herablassend bemerkt, der Verfasser sei eben nur ein Journalist, kein ernstzunehmender Historiker. All dies soll dazu dienen, der Abwertung des Buches Nachdruck zu verleihen. Das Unbehagen über den großen Erfolg des Shirer'schen Werkes in den USA ist vor allem darauf zurückzuführen, daß dieser Bucherfolg zusammenfiel mit dem Beginn einer merklichen Abkühlung des seit 1950 im Zeichen des Kalten Krieges, der gemeinsamen Frontstellung gegen den Kommunismus so intimen amerikanisch-deutschen Verhältnisses. Von deutscher Seite ist denn auch wiederholt die Annahme oder doch Befürchtung geäußert worden, gerade von diesem Buch müsse, „im ungünstigen Augenblick", eine für das Ansehen der Bundesrepublik gefährliche Beeinflussung des amerikanischen Publikums ausgehen. (Vgl. dazu Sabina Lietzmann in der FAZ vom 21. 12. 61). So ist Shirers Werk noch in einem besonderen Sinne zum Politikum geworden.

Die meisten deutschen Kritiker werfen William Shirer Deutschlandfeindlichkeit, Unkenntnis der deutschen Verhältnisse im Dritten Reich, ja Ahnungslosigkeit hinsichtlich der deutschen Geschichte vor (Görlitz). Gerade in diesem Falle fällt es schwer, einen solchen Vorwurf zu begründen. Denn vieljährige unmittelbare Erfahrungen des Autors an Ort und Stelle qualifizieren ihn zu einer solchen Arbeit ganz besonders. Shirer war seit Mitte der 20er Jahre und bis 1941 Korrespondent amerikanischer Nachrichtenagenturen und Zeitungen in Europa, vor allem in Berlin. Großes Aufsehen erregte in den USA sein „Berlin Diary", das interessante Einblicke in die politischen Vorgänge vor und hinter den Kulissen der deutschen Entwicklung in diesen Jahren gibt. Damit allein schon ist die Behauptung widerlegt, Shirer sei nichts als ein oberflächlicher Pamphletist, gar

ein bösartiger, böswilliger Ignorant, ohne Kompetenz zu einem Werk über das nationalsozialistische Deutschland.

Auch von einer grundsätzlichen Deutschlandfeindlichkeit, die Shirer angedichtet wird, kann nicht die Rede sein. Daß der Amerikaner Shirer gerade als Zeuge der Ereignisse in Deutschland seit 1933 nicht mit besonderen Sympathien für Deutschland und die Deutschen an sein Werk gegangen ist, dürfte kaum überraschen. Doch ist solche spürbare Reserviertheit von einem pauschalen Vorurteil gegen die Deutschen und das Deutsche weit entfernt. Gerade weil dieser Amerikaner wie wenige seiner Landsleute empfänglich ist für das Große der deutschen humanistischen Tradition, des deutschen Geistes, und gerade weil ihn das Deutschland Mitte der 20er Jahre fasziniert hatte, erschütterte ihn all das, was er seit der Machtergreifung Hitlers in diesem Lande erleben mußte, ganz besonders. Es sei hier zitiert, was er über seine persönlichen Eindrücke aus den Jahren 1925 bis 1929 schreibt, in denen er Deutschland zuerst kennenlernte. Er spricht von der „unglaublichen Leere der Coolidge-Ära" in USA und schildert, wie befreiend für einen jungen Amerikaner Paris und London in diesen Jahren waren:

> „Doch gegenüber Berlin und München verblaßten sie etwas. Deutschland befand sich in einer wundervollen Gärung. Das Leben erschien mir freier, moderner, erregender als irgendwo anders. Nirgendwo sonst schien das künstlerische und geistige Leben so lebendig zu sein. In der zeitgenössischen Literatur, Malerei, Architektur, Musik und Schauspielkunst gab es neue Strömungen und große Begabungen. Und überall lag die Betonung auf der Jugend. Man saß mit jungen Menschen nächtelang in den Cafés, in den Kneipen, in den Sommerlagern, auf einem Rheindampfer oder in einem rauchigen Künstler-Atelier und diskutierte über das Leben. Es war eine gesunde, unbekümmerte, lebenshungrige, von Freiheitsdrang erfüllte Schar. Der alte, autoritäre preußische Geist schien tot und begraben. Die meisten Deutschen, denen man begegnete — Politiker, Schriftsteller, Verleger, Künstler, Professoren, Studenten, Geschäftsleute, Arbeiterführer —, waren auffallend demokratisch, liberal, ja pazifistisch gesinnt." (Seite 115 ff.)

Und noch ein Beispiel dafür, daß Shirer wesentlich differenzierter urteilt, als man auf Grund der Kritiken anzunehmen geneigt ist. Er vergleicht auf Seite 547 die Haltung des deutschen Volkes bei Kriegsausbruch 1939 mit der Haltung 1914: Damals naiver Enthusiasmus, diesmal die Menschen nüchtern, apathisch, keineswegs kriegslustig. Schon im „Berlin Diary" schreibt Shirer, die Haltung des deutschen Volkes bei Kriegsausbruch 1939 sei „die schlagendste Demonstration gegen den Krieg, die ich je gesehen habe." (Zitiert bei Geoffrey Barraclough, Tatsachen der deutschen Geschichte, dt. Berlin 1947, Seite 198.) Ein eingeschworener „Deutschen-Feind" würde dergleichen wohl kaum geschrieben haben.

Die deutsche Kritik an dem Buch Shirers richtet sich ganz besonders gegen die beiden in das erste Buch (Adolf Hitlers Aufstieg), Abschnitt 4 eingearbeiteten geschichtlichen Exkurse: „Die historischen Wurzeln des Dritten Reiches" (Seite 88 bis 95) und „Die geistigen Wurzeln des Dritten Reiches" (S. 95 bis 102). Auch ein im ganzen durchaus wohlwollender, der landläufigen Shirer-Kritik gegenüber kritischer Rezensent wie Dr. von Aretin sieht in diesen Passagen eine der entschiedenen Schwächen des Buches. Zwar weist er Klaus Epsteins These zurück, wegen der angeblich völlig falschen Darstellung der Vorgeschichte des Dritten Reiches sei das Buch insgesamt falsch und unbrauchbar. Aber von Aretin erklärt dann selbst: „Würde man Shirers verfehlten Exkurs der deutschen Geschichte weglassen, würde das Buch nur gewinnen . . . Die anfechtbare Ausgangsposition hat es gewissen Kreisen erleichtert, das ärgerliche Buch beiseite zu schieben. Wie wenig ehrlich das gemeint ist, enthüllt der Vergleich mit dem Echo auf Taylor."

Besonders heftig haben sich zu diesen Passagen des Werkes die beiden konservativen Publizisten Paul Sethe und Walter Görlitz (s. o.) geäußert. Sethe behauptet, in Shirers Brust wohnten zwei Seelen, die des Geschichtsschreibers und die „eines Nürnberger Anklägers. Shirer möchte nicht nur die Nazis verdammt sehen: mit ihnen will er auch die vorhitlerische Geschichte der Deutschen verfemen, so will er das Volk erschüttern und beschämen. Es soll von seiner fluchwürdigen Geschichte innerlich Abschied nehmen, damit es geläutert werde." Und Görlitz erklärt rundweg: „So dürftig die Darstellung ist, so klar wird die These Shirers: Hitlers Spur reicht tief in die deutsche Geschichte zurück. Damit verbaut er sich freilich jene Möglichkeit, einzusehen, wie sehr Hitlers Aufstieg einer Revolte gegen alle deutschen Traditionen gleichkam." (!) Und er fragt schnöde und polemisch: „Kann man wirklich die Geschichte der so vieldeutig schillernden nationalsozialistischen Bewegung schreiben, ohne die deutsche Geschichte zu kennen?"

Wie sieht nun das vermeintliche „Zerrbild" (Conze) der deutschen Geschichte bei Shirer aus?

Wiederum ist zu sagen: die so heftig angefochtenen Thesen Shirers sind viel weniger kraß und primitiv, als man glauben muß, hält man sich nur an die Shirer-Kritik. Sie sind freilich auch alles andere als originell und können gewiß keine weit umfassendere Untersuchung der hier angedeuteten komplexen geschichtlichen Zusammenhänge ersetzen. Aber es spricht auch nichts für die Annahme, der Autor prätendiere, mit diesem skizzenartigen Abriß der deutschen Geschichte etwas Vollständiges und Abschließendes gegeben zu haben. Was es gibt, ist eine kurzgefaßte „historische Pathologie" der Deutschen.

Shirer bemüht sich — durchaus nicht polemisch! — die für den verhängnisvollen Weg der deutschen Nation im 20. Jahrhundert vorentscheidenden geschichtlichen Tendenzen deutlich zu machen. Deutschland blieb im Gegensatz zu England und Frankreich eine kontinuierliche Entwicklung zum modernen bürgerlich-kapitalistischen Nationalstaat versagt. Die Reformation, zumal dank der Wirksamkeit Luthers, führte auf politisch-gesellschaftlichem Gebiet zu einem partikularistisch-provinziellen Absolutismus. Der Dreißigjährige Krieg schlug der deutschen Nation furchtbare Wunden, von denen sie sich erst nach Jahrzehnten wieder zu erholen vermochte. Verglichen mit der Entwicklung in Westeuropa blieb Deutschland bis ins 19. Jahrhundert hinein gesellschaftlich und politisch rückständig. Der Aufstieg Preußens zur vorherrschenden Macht in Deutschland führte zwar zur Einigung des Landes, aber zu einer Einigung nicht unter liberalen und demokratischen, sondern unter feudalistisch-militaristischen Vorzeichen. Deutschland war seit 1871 ein autokratisch regiertes Groß-Preußen. Das im neuen Reich arrivierte Großbürgertum verzichtete bald auf den Kampf für liberale, geschweige demokratische Ideen, es liierte sich mit den Junkern und Militärs. So gab es eine ungebrochene autoritäre Tradition in Deutschland, an die, unter neuen Umständen, der Nationalsozialismus anknüpfen konnte.

Geistesgeschichtlich kam es im 19. Jahrhundert zum Bruch mit dem (aufklärerischen, liberalen) Westen. Gewiß ist Shirers Hegel-Interpretation unzureichend, aber wer wollte bestreiten, daß von Treitschke und Gobineau, von Wagner und Nietzsche, von Chamberlain vor allem, verhängnisvolle Einflüsse ausgegangen sind, die dem Nationalsozialismus den Boden bereitet haben? Auch hier wäre vieles zu präzisieren, zu ergänzen — aber das ändert nichts an der Rechtmäßigkeit des Shirerschen Ansatzes. (Übrigens sagt der Verfasser selbst in Anmerkung 35 zum 4. Kapitel des ersten Buches: „Der beschränkte Rahmen eines Buches von der Art des vorliegenden verbietet ein Eingehen auf den starken Einfluß, den andere deutsche Intellektuelle mit ihren in Deutschland populären Schriften

auf das Dritte Reich gehabt haben, wie Schlegel, J. Görres, Novalis, Arndt, Lagarde, List, Droysen, Ranke, Mommsen, Konstantin Frantz, Stöcker, Bernhardi, Klaus Wagner, Langbehn, Lange und Spengler." S. 1052.)

Ist ohnehin die Abwertung des ganzen Werkes der eingeschobenen historischen Passagen wegen unsinnig (und der Hinweis auf die letzteren offensichtlich nur ein Vorwand für die Verdammung des aus anderen, später zu erörternden Gründen unbequemen Buches), so auch deren Pauschal-Denunziation durchaus unberechtigt. Gefordert werden muß lediglich eine noch weit gründlichere und umfassendere Erhellung dieser historischen Zusammenhänge — eine Forderung, die weit weniger an Mr. Shirer, denn an die deutschen Historiker und Philosophen, Soziologen und Sozialpsychologen zu richten ist. Unstatthaft aber erscheint heute, angesichts der furchtbaren Ereignisse von 1933 bis 1945, ein Ausweichen vor einer schonungslosen nationalen Selbsterforschung. Gerade eine solche aber wird offenbar von den meisten der Shirer-Kritiker nicht gewünscht. Längst wieder zur nationalgeschichtlichen Apologetik dieser oder jener Observanz neigend (die allerdings heutigentags in der Bundesrepublik populärer ist als eine konsequente kritische Erforschung der deutschen Geschichte!), verteufeln sie den amerikanischen Publizisten, der es fünfzehn Jahre nach Kriegsende gewagt hat, gewisse Beziehungen zwischen der früheren deutschen Geschichte und dem Nationalsozialismus aufzuzeigen, an diese Zusammenhänge auch nur zu erinnern.

Das Buch William Shirers, mit allen seinen Unzulänglichkeiten, kann in der Bundesrepublik von 1962 gerade darum heilsam wirken, weil es ein Gegengewicht darstellt zu jener ständig anschwellenden historischen Literatur, die offen oder versteckt apologetisch ist. Es läßt sich hierzulande seit einiger Zeit die immer stärker werdende Tendenz erkennen, den Nationalsozialismus selbst zwar unbedingt zu verurteilen, ihn politisch und moralisch strikt abzulehnen, gleichzeitig aber das Dritte Reich geschichtlich zu i s o l i e r e n, und das heißt zu m y s t i f i z i e r e n. Anders gesagt: indem man Hitler und sein System preisgibt (wozu weiß Gott nicht viel gehört, wenn man einmal von den neuesten Rehabilitierungsversuchen etwa der Soldatenzeitung absieht), versucht man alles Frühere mehr oder minder pauschal zu rechtfertigen, zumindest zu verharmlosen. Wer es, wie Shirer, unternimmt, die g a n z e deutsche Geschichte kritisch zu betrachten, den Voraussetzungen und Keimen des Nationalsozialismus ohne falsche Rücksichtnahme auf traditionelle Vorstellungen nachzugehen, beschwört sogleich massiven Einspruch herauf und wird schnell „unpatriotischen Verhaltens" oder der „Deutschfeindlichkeit" bezichtigt. Das war unmittelbar nach 1945, in den Jahren tiefgreifender nationaler Selbstbesinnung, noch anders. Inzwischen ist mit der gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Restauration in der Bundesrepublik die Rehabilitierung und Re-Tabuierung der vor-nationalsozialistischen deutschen Geschichte weit fortgeschritten.

Ein Beispiel, ein erschreckendes Beispiel dafür, daß wirkliche Aufklärung heute auch von hohen und höchsten Stellen nicht mehr gerne gesehen, geschweige gefördert wird, sei hier erwähnt. Am 29. Oktober 1960 hatte der hessische Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer auf einer Arbeitstagung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz in Mainz ein Referat über „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns" gehalten. (Jetzt auch abgedruckt in: darmstädter blätter, 8/62, S. 30—60). Der Landesjugendring bot später dem Kultusminister von Rheinland-Pfalz eine Gratisverteilung des Referates in den Schulen des Landes an. Doch der Minister lehnte ab, mit der fadenscheinigen Begründung, das Referat gebe ein „einseitiges, verzerrtes" Bild der deutschen Geschichte . . . Fritz Bauers „Sündenfall": er hatte u. a. an die jahrhundertealten autoritären Traditionen in Deutschland erinnert und dabei auch die beiden christlichen Kirchen er-

wähnt. Und er hatte ebenfalls darauf hingewiesen, daß es sowenig eine Kollektiv-Unschuld-These wie eine Kollektiv-Schuld-These geben könne; ein großer Teil des deutschen Volkes sei voll mitverantwortlich für das, was im Dritten Reich geschehen ist: „Erschreckend bleibt, wieviele mitmachten oder wissend die Augen zudrückten und schwiegen." (S. 53) Dergleichen hört man heute in der Bundesrepublik nicht gerne.

Man wird in Shirers Buch vergeblich nach den problematischen Lieblingsbegriffen deutscher Pseudo-Geschichtsmetaphysiker suchen: nach „Tragik" und „Schicksal". Allzuoft dienen diese Begriffe zur Vernebelung geschichtlicher Tatbestände, zur Entlastung von historischer Verantwortung, als daß sie noch unverdächtig wären. An irrationalistischer Geschichtsbetrachtung ist in der Bundesrepublik so wenig wie eh und je in Deutschland Mangel. Wirkliche Aufklärung aber bleibt selten. Um so wohltuender ist ein so nüchtern-sachliches, detailliertes Werk wie „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches". Das gilt vor allem für Shirers Darstellung der unmittelbaren Vorgeschichte der Machtergreifung Hitlers. Hier werden Verantwortlichkeiten beim Namen genannt, die man heute im allgemeinen schon wieder verschleiert.

Shirer hebt die für die deutsche Republik verhängnisvollen Versäumnisse vor allem der SPD 1918/19 hervor, als es darum ging, die Herrschaft der autoritären, antidemokratischen Mächte in Deutschland ein für allemal zu zerschlagen. Die demokratische Linke zeigte damals selbstmörderische Nachsicht diesen Kräften gegenüber, die bald wieder stark genug waren, eine Beseitigung der Republik anzustreben. Im letzten entscheidenden Augenblick, Anfang der dreißiger Jahre, waren die Sozialdemokraten dann nicht mehr fähig, dem alten und neuen Feinde wirksam entgegenzutreten:

> „Stärke und Eifer der Sozialdemokraten hatten sich in vierzehnjähriger Teilnahme an der politischen Macht in der Republik, bei dem ganzen, zur Aufrechterhaltung von Koalitionsregierungen notwendigen Kompromisseschließen derart erschöpft, daß ihre Partei kaum noch mehr war als eine in opportunistischer Weise Druck ausübende Organisation, die den Zweck hatte, Konzessionen für die Gewerkschaften auszuhandeln, auf denen ihre Stärke in erster Linie beruhte ... Die Tragödie der Partei läßt sich nicht allein durch mangelndes Glück erklären. Sie hatte im November 1918 die Chance gehabt, die Macht in Deutschland zu übernehmen und einen Staat zu gründen, wie sie ihn immer propagiert hatte: auf sozialdemokratischer Grundlage. Doch es hatte ihr an Entschlossenheit gefehlt. Jetzt, bei Anbruch des vierten Jahrzehnts, war sie eine müde, defaitische Partei, beherrscht von alten, wohlmeinenden, aber größtenteils mittelmäßigen Leuten. Zwar blieben die Sozialdemokraten der Republik bis zum letzten Tage treu, doch waren sie am Ende zu verwirrt, zu zaghaft, um große Risiken auf sich zu nehmen, die allein die Republik hätte erhalten können. Das hatte sich an dem Tag gezeigt, an dem Papen mit einer Handvoll Soldaten die konstitutionelle Regierung in Preußen absetzte und die Sozialdemokraten nicht handelten." (S. 182.)

Bedenkenswerte Sätze — nicht zuletzt auch im Hinblick auf den selbstzerstörerischen planmäßigen Konformismus der SPD-Führung in der Bundesrepublik seit Mitte 1960!

Nicht minder deutlich ist, was Shirer über das Komplott der reaktionären Konservativen und ihre Fehlspekulation mit Hitler sagt:

> „Was die weitgehend durch die Deutschnationalen vertretene deutsche Rechte wollte, was das Ende der Republik und die Wiederkehr eines kaiserlichen Deutschland, das alle ihre alten Privilegien wiederherstellen würde. Dabei hatte die Republik die Rechte, als Gruppe wie auch als Einzelpersonen, mit äußerster Großzügig-

keit und, denkt man an ihre demokratischen Ziele, mit außergewöhnlicher Toleranz behandelt. Die Republik hatte zugelassen, daß die Armee ein Staat im Staate blieb, daß die Unternehmer große Gewinne machten, daß die Junker mit Hilfe von Regierungsdarlehen, die nie zurückgezahlt und selten zur Bodenverbesserung benutzt wurden, ihre unrentablen Güter behielten. Dennoch trug diese Großzügigkeit der Republik weder Dankbarkeit noch Loyalität von seiten dieser Leute ein. Mit einer Engstirnigkeit, einer Voreingenommenheit, einer Blindheit, die dem Verfasser dieses Buches, blickt er auf jene Zeit zurück, unfaßlich erscheint, schlugen sie solange auf die Grundlagen der Republik ein, bis sie sie, im Bunde mit Hitler, zu Fall gebracht hatten.

In dem österreichischen Vagabunden von ehedem glaubten die Konservativen einen Mann gefunden zu haben, der ihnen helfen würde, ihre Ziele zu erreichen, und dabei ihr Gefangener bliebe. Die Zerstörung der Republik war nur der erste Schritt. Als nächstes wünschten sie eine autoritäre Regierung in Deutschland, die im Innern mit dem demokratischen ‚Unsinn' und den Gewerkschaften Schluß machte und in der Außenpolitik das Verdikt von 1918 aus der Welt schaffte, die Fesseln des Versailler Vertrages abschüttelte, wieder eine große Armee aufbaute und dem Lande dank seiner Militärmacht einen Platz an der Sonne sicherte. Das waren auch Hitlers Ziele. Und obwohl er mitbrachte, was den Konservativen gefehlt hatte, nämlich eine Massengefolgschaft, war doch die Rechte überzeugt, daß sie ihn in der Hand behalten würde ...

Das Hohenzollernreich war aus den Waffensiegen Preußens hervorgegangen, die deutsche Republik aus der Niederlage nach dem großen Krieg. Aber das Dritte Reich verdankte sein Entstehen weder dem Kriegsglück noch äußerem Einwirken. Es wurde in Friedenszeiten ins Leben gerufen, und von Deutschen selbst, eine Frucht sowohl ihrer Schwächen wie ihrer Stärke. Die Nazityrannei legten sich Deutsche selber auf. Viele von ihnen, vielleicht die meisten, waren sich dessen nicht bewußt in jener Mittagsstunde des 30. Januar 1933, als Präsident Hindenburg, vollkommen in Übereinstimmung mit der Verfassung, Adolf Hitler das Kanzleramt anvertraute." (S. 183.)

Das ist ein hartes, aber auch durchaus sachliches geschichtliches Urteil. Wenn Paul Sethe (s. o.) Shirer ein Vorurteil, eine starke „Abneigung gegen die deutsche Führungsschicht" vorwirft, so hat er Unrecht: höchstens hat der amerikanische Publizist auf Grund seiner eigenen Erfahrungen in Deutschland und seiner geschichtlichen Studien ein für jene deutsche Führungsschicht gewiß nicht schmeichelhaftes Nach-Urteil über sie. Aber ist dieses Urteil nicht allzu berechtigt? Verdient es ausgerechnet diese Führungsschicht, ihrer ungeheuren geschichtlichen Mitverantwortung enthoben zu werden?

Zur „deutschen Führungsschicht" gehörte (— und gehört ...) nicht zuletzt auch die Großindustrie. Shirer scheut sich nicht, auch ihren entscheidenden Anteil am Aufstieg, an der Machtergreifung und an der Machtausdehnung des Nationalsozialismus beim Namen zu nennen. Doch auch hier fällt er keineswegs, wie ihm von deutschen Kritikern nachgesagt wird, summarische Verdammungsurteile, sondern er differenziert durchaus (S. 61, S. 137 f., S. 186 f., S. 253 ff., S. 864 f.). Er betont, daß eine Anzahl von Unternehmern sich abseits hielten, als andere die NSDAP bereits wirksam unterstützten. (Vgl. zu dieser geschichtlichen Problematik jetzt auch vor allem die ausgezeichneten Studien von George F. W. Hallgarten: Hitler, Reichswehr und Industrie, Neudruck Frankfurt 1962. Siehe die Besprechung in Heft 8/62 dieser „Blätter", S. 626 ff.)

Man wird an dieser Stelle allerdings auf eine kritische Bemerkung nicht verzichten können. Shirer spricht nur von der deutschen Industrie und ihrer Mitverantwortung für den Triumph Hitlers. Unerwähnt bleibt die indirekte Unterstützung, die dem Führer der radikal antisozialistischen und antikommunistischen NSDAP von maßgebenden ausländischen Wirtschaftsinteressen zuteil geworden

ist. Wir zitieren dazu aus dem hervorragenden Abriß der deutschen Geschichte von Prof. Geoffrey Barraclough einige Sätze. Der angesehene britische Historiker, einer der besten Kenner der deutschen Geschichte in England, schreibt:

> „Die wirkliche Stärke des Hitlerismus lag in der Unterstützung durch die privilegierten Klassen der Industriekönige, der Junker und der Armee, zusammen mit dem stillschweigenden Einverständnis paralleler Interessen in England und Frankreich. Zu keiner Zeit seit dem Ausbruch der Krise von 1929 bis 1933 hatte Hitler auch nur die geringste Hoffnung, zur Macht zu gelangen, auch nicht durch verfassungswidrige Mittel, außer mit der Rückendeckung durch die kapitalistischen und reaktionären Interessen. Vor dem Auftreten des Hitlerterrors erlangte der Hitlerismus nie die Unterstützung von mehr als einem Drittel des deutschen Volkes, und in den letzten 6 Monaten des Jahres 1932 verlor er sogar 2 Millionen Stimmen. Als Hitler am 30. Januar 1933 Reichskanzler wurde, geschah dies nicht durch Unterstützung des deutschen Volkes, war vielmehr weit eher das Resultat einer Verschwörung gegen dieses; seine Machtergreifung war das Werk Hindenburgs als Vertreter der Armee, Papens als Vertreter der Aristokraten, Hugenbergs, des Zeitungskönigs, und Thyssens, hinter dem die Ruhrindustrie stand. Es war diese unheilige Allianz, die das deutsche Volk in den Ruin und Deutschland in den Krieg trieb." (Tatsachen der deutschen Geschichte, S. 192 f.)

Die Unternehmer hatten Hitlers pseudo-sozialistische Tiraden schnell durchschaut und versprachen sich von ihm eine Niederwerfung der Gewerkschaften sowie riesige Profite durch eine neue deutsche Aufrüstung. Waren sie dann von dem System auch nicht restlos begeistert, weil es ihre Bewegungsfreiheit hier und da etwas einschränkte, so kamen sie doch nach 1933 voll auf ihre Kosten, vor allem dank der Kriegsvorbereitungen Hitlers:

> „Trotz all dieser Plagen machte der Unternehmer dennoch gute Geschäfte. Die Schwerindustrie, Hauptnutznießer der Aufrüstung, verzeichnete 1938 eine Gewinnerhöhung von 6½ Prozent gegenüber nur zwei Prozent im Konjunkturjahr 1926. Sogar das die Dividendenhöhe auf sechs Prozent beschränkende Gesetz wirkte sich für die Firmen selbst nicht ungünstig aus. Im Gegenteil! Theoretisch mußten zwar nach dem Gesetz von den diesen Satz überschreitenden Beträgen Regierungsanleihen gezeichnet werden — von Beschlagnahme war nicht die Rede. In Wirklichkeit jedoch investierten die meisten Firmen die nicht ausgeschütteten Gewinne, deren Gesamthöhe von 175 Millionen Mark im Jahre 1932 auf fünf Milliarden Mark im Jahre 1938 anstieg, im eigenen Betrieb. Im selben Jahr 1938 betrug das Gesamt der Spareinlagen nicht mehr als zwei Milliarden Mark, d. h. weniger als die Hälfte der unausgeschütteten Gewinne, während sich die in Form von Dividenden ausgezahlten Gewinne auf nur insgesamt 1,2 Millarden Mark beliefen. Von diesen Annehmlichkeiten abgesehen, begrüßte der Unternehmer auch die Art und Weise, in der unter Hitler die Arbeiterschaft auf ihren Platz verwiesen wurde. Es gab keine unvernünftigen Lohnforderungen mehr. Ja, die Löhne waren sogar ein bißchen abgesunken, obwohl die Lebenshaltungskosten um 25 Prozent gestiegen waren. Und vor allem gab es keine kostspieligen Streiks mehr. Solche ungebührlichen Kundgebungen waren im Dritten Reich verboten." (S. 254 f.)

Und ferner:

> „Obwohl 1938, im Jahre der Hauptkonjunktur, fünf Millionen Menschen mehr im Arbeitsprozeß standen als im Krisenjahr 1932, sank doch in diesem Zeitraum der Anteil der deutschen Arbeiter am Nationaleinkommen von 56,9 % auf 53,6 % ab. In der gleichen Zeit stieg der Anteil der Einkünfte aus Kapital- und Betriebsvermögen am Nationaleinkommen von 17,4 % auf 26,6 %. Zwar erhöhten sich wegen der viel größeren Beschäftigtenzahl die gesamten Lohn- und Gehaltseinkünfte von

> 25 Milliarden auf 42 Milliarden, also um 66%. Aber das Gesamteinkommen aus Kapital- und Betriebsvermögen stieg viel steiler an, nämlich um 146%. Alle Propagandisten im Dritten Reich, angefangen bei Hitler, pflegten in ihren Reden gegen Bürger und Kapitalisten zu wettern und sich mit der Arbeiterschaft solidarisch zu erklären. Aber eine nüchterne Untersuchung der amtlichen Statistiken — eine Mühe, die sich wohl wenige Deutsche gemacht haben — enthüllt, daß die vielgeschmähten Kapitalisten, und nicht die Arbeiter, von der Politik Hitlers am meisten profitierten." (S. 256.)

Sie profitierten schließlich auch — worauf Shirer ebenfalls hinweist — immens von der „Neuordnung Europas" durch das NS-System, d. h. von der Ausplünderung der eroberten Gebiete im Osten und Westen, im Norden und Südosten Europas.

Und sie haben sogar den Zusammenbruch des Regimes überlebt, um von einem neuen abermals zu profitieren . . .

Es sei uns hier ein kurzer Exkurs gestattet. Soweit in der Bundesrepublik der Zusammenhang von Spätkapitalismus und Nationalsozialismus überhaupt analysiert und diskutiert wird, beschränkt man sich durchweg auf eine Darstellung des Anteils der Schwerindustrie und der Hochfinanz an Aufstieg und Machtergreifung Hitlers. Das ist verdienstlich und, etwa im Fall Hallgarten, nicht selten höchst fruchtbar. Doch wird damit nur ein Teil des Gesamtproblems berührt.

Zunächst handelt es sich hier nur um die s u b j e k t i v e Seite des Problems. Unerläßlich zum Verständnis des historischen Zusammenhangs sind aber vor allem auch umfassende Untersuchungen der Struktur der spätbürgerlichen Gesellschaft, aus deren innerer und äußerer Auflösung der Faschismus hervorgegangen ist. Diese o b j e k t i v e Seite des Problems kann nur in enger Zusammenarbeit von Soziologie, Sozialpsychologie und Nationalökonomie erhellt werden. — Nicht minder wichtig wären gründliche Darstellungen des ökonomischen Systems unter der Herrschaft der Nationalsozialisten. Die Struktur-Analysen des Dritten Reiches bleiben durchweg noch immer im Bereich des rein Politischen und Ideologischen, sie vernachlässigen dagegen die gesellschaftlichen und ökonomischen Erscheinungen. Nicht nur gibt es hier bis heute keine nennenswerten deutschen Nachkriegsarbeiten über diese Probleme, es sind nicht einmal so grundlegende Werke wie Franz Neumanns „Behemoth" (Oxford 1942) oder Charles Bettelheim „L'Economie allemande sous le nazisme. Un aspect de la decadence du capitalisme" (Paris 1946) ins Deutsche übersetzt und in Deutschland als Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen rezipiert worden. Solange diese sehr komplexen Zusammenhänge nicht weit gründlicher als bisher — dazu gehört freilich der Mut, bundesrepublikanische Tabus zu mißachten — erforscht werden, wird ein wirklich konkreter g e s c h i c h t l i c h e r B e g r i f f des Nationalsozialismus nicht zu gewinnen sein. (Hingewiesen sei bei dieser Gelegenheit auch auf das in Deutschland ebenfalls noch immer weitgehend unbekannte Werk von Erich Fromm „Die Furcht vor der Freiheit", eine der wichtigsten Untersuchungen der kollektivpsychologischen Voraussetzungen und Erscheinungsformen des Faschismus.)

Einen solchen wird man nun allerdings auch bei Shirer vergeblich suchen. So wird denn das t i e f e r e kritische Verständnis dieser historischen Erscheinung durch sein Werk nicht gefördert. (Das liegt auch daran, daß er den Nationalsozialismus allzusehr rein nationalgeschichtlich und allzuwenig auch gesellschaftsgeschichtlich begreift!). Dieses bietet gewissermaßen nur das historische Rohmaterial — darauf beruht sein nicht unbeträchtlicher Wert (siehe die Zitate), das macht auch seine (vom Autor fraglos zugegebene) Begrenzung aus.

Über die einzelnen Details und „Details der Details" kann nur der Fachhistoriker urteilen, wir enthalten uns hier jeder diesbezüglichen Kritik. Aber so mancher deutsche Historiker mag durch das enorme Wissen, den ungeheuren Fleiß Shirers, die lebendige und gleichwohl seriöse Darstellung der Tatsachen beschämt werden. Und was uns bisher an „fachmännischen" Urteilen aus der Zunft bekannt geworden ist, wird dem Range dieses Werkes nicht nur nicht gerecht, es läßt auch eine tief beklagenswerte Unbereitschaft zu geschichtlicher Selbstbesinnung erkennen, stattdessen eine Bösartigkeit dem so kenntnisreichen wie kritischen Ausländer gegenüber, die keine guten Folgen haben kann. (Um so mehr ehrt es Golo Mann, daß er in seinem keineswegs unkritischen Vorwort zur deutschen Ausgabe trotz nicht geringer Bedenken gegen bestimmte Tendenzen des Verfassers zu dessen Werk sich unmißverständlich bekannt hat).

William L. Shirers große Darstellung von „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches" schmeichelt der nationalen Eigenliebe der Deutschen nicht. Darum ist sie unbequem. Gerade darum aber auch höchst nützlich. Sie hilft den Deutschen, ihre eigene furchtbare Vergangenheit zunächst einmal wirklich kennenzulernen, ohne Rücksichtnahme auf das Interesse bestimmter gesellschaftlicher Gruppen an einer Verdunkelung der entscheidenden geschichtlichen Zusammenhänge. Solche nationale Selbsterkenntnis aber ist eine entscheidende Voraussetzung für eine innere Gesundung der Nation, für ein tiefer als rein machtpolitisch begründetes neues nationales Selbstverständnis. William Shirer hat seinem bedeutenden Werk neben anderen Motti auch das Wort des spanisch-amerikanischen Kulturphilosophen G. Santayana vorangestellt:

„Die sich des Vergangengen nicht erinnern, sind dazu verurteilt,
es noch einmal zu erleben."

Anton Zischka

Verdummt die Menschheit?

Das bedrohliche Anwachsen der „Unzuständigen"

Die Zahl derer, die nicht lesen und schreiben können, wurde von den Statistikern der Vereinten Nationen 1950 auf etwa dreizehnhundert Millionen geschätzt: Die Analphabeten machten also fast die Hälfte der Menschheit aus.

1960 rechneten die UN mit 700 Millionen über Fünfzehnjährigen, die weder Gedrucktes entziffern noch ihren Namen schreiben konnten, was weniger als einem Viertel der Weltbevölkerung entsprach: Ein gewaltiger Fortschritt also. Verschwinden der Analphabeten in China nun ebenso wie bereits früher in der Sowjetunion. Steigen des Bildungsniveaus und Lerneifers überall.

Aber wirklich „überall"? Wissens-Hunger auch in den „hochentwickelten" Ländern?

In den USA wurden 1942—45 mehr als zwei Millionen dienstpflichtige Bürger (bei Ende 1944 insgesamt 8,5 Millionen Wehrmachtsangehörige) von den Musterungs-Kommissionen wegen „mental disability" — „geistigen Unvermögens" — für untauglich erklärt, fielen so über hundert Divisionen aus. Abhilfe „um jeden Preis" wurde beschlossen. Aber im Februar 1962 stellte der Kongreßausschuß für

Erziehungsfragen fest, daß rund zehn Millionen Amerikaner zwischen 18 und 65 Jahren überhaupt nicht oder nicht ausreichend lesen und schreiben konnten. Daß in Arkansas z. B. 260 000 von insgesamt 1,78 Millionen Einwohnern Analphabeten sind, ein Sechstel der Bevölkerung. Und vor allem: Rechnet man jetzt mit 10 Millionen Analphabeten (3 Millionen Neger und 7 Millionen Weiße), so waren es 1930 in den USA amtlich nur 4,28 Millionen gewesen ... Die Ursache ist:

Das amerikanische Schulwesen hält mit der Bevölkerungszunahme nicht Schritt

Es wird hier nicht vom Staat, sondern von den Gemeinden oder Privaten finanziert, und die 19 Milliarden $ pro Jahr, die sie aufbringen, genügen nicht mehr: 131 000 Schulräume und 48 000 Lehrer fehlten 1962 in den USA. Klassen von 50 sind hier nun nicht mehr selten, und so sind die Faulen am Faulsein praktisch nicht zu hindern. Und zudem: Lesen und Schreiben werden ja immer „unnützer". Man telephoniert, hat Radio und Fernsehen, es genügt, wenn man Schecks unterschreiben kann. Wie der Autofahrer das Zu-Fuß-Gehen verlernt, so verlernt der „moderne" Amerikaner (und nicht nur er), was ihm die Schule beibrachte.

Und das ist erschreckend wenig: Als z. B. im Frühjahr 1951 der stellvertretende Leiter des Schulwesens von Los Angeles, Maurice C. Blair, eine Befragung von 30 000 Schülern von Primar- und Mittelschulen durchführen ließ, zeigte sich, daß von den Ältesten (16—18jährigen), die 11 Schuljahre hinter sich hatten, 14% keine Antwort auf die Frage „Was sind 50% von 36?" geben konnten. 8% wußten nicht, wieviel Fuß ein Yard hat (obwohl in den USA und in England so allgemein in Yards und Fuß gemessen wird wie bei uns in Metern und Zentimetern). In der achten Klasse gab es 13%, die den Atlantik auf einer Weltkarte nicht fanden, und 16%, die ihre Heimatstadt auf einer Karte der USA nicht zu zeigen wußten. Jeder Zwanzigste wußte nicht, welcher Buchstabe vor M kommt ...

Dabei gelten Kaliforniens Schulen als die modernsten der Staaten, die Schulbehörden hier als überaus fortschrittlich. Die von Houston in Texas dagegen, dessen Bevölkerung von 44 600 im Jahre 1900 auf 938 000 sechzig Jahre später wuchs, steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß

Auslandskunde überflüssig

und Ideen, wie sie zur Gründung der Vereinten Nationen führten, eine Gefahr sind: Jede Erwähnung der UN im Unterricht bleibt verboten. Als der damalige Leiter des Schulwesens, William Moreland, dagegen protestierte, mußte er im April 1957 zurücktreten, und wenig später wurde eine noch heute gültige Unterrichtsordnung für die Achtklassenschulen erlassen, die an Länderkunde und Geschichte einzig und allein vorsieht: Dritte Klasse: Geographie und Geschichte von Houston und des Golfküstengebietes der USA. Vierte Klasse: Geschichte und Geographie von Texas statt des bisherigen Unterrichts in „Welt-Geographie". Fünfte Klasse: Geschichte und Geographie der Vereinigten Staaten. Sechste Klasse: „Welt-Geographie" — die aber nur aus der Behandlung von Nord-, Süd- und Mittelamerika besteht. Untere siebente Klasse: Neueste Geschichte und Geographie von Texas statt bisher Geographie Europas und Asiens. Höhere siebente Klasse: Neueste Geographie und Geschichte von Texas.

W. W. Kemmerer, Ex-Rektor der Universität Houston, nannte das „Texas mit einem Baumwoll-Vorhang umgeben, der den Kindern jeden Blick auf die reale Welt verwehrt". Aber Superintendent G. C. Scarborough meinte: „Dringend nötige Rückkehr zum Fundamentalen." Und dabei blieb es.

Daß eine solche Schulleiter-Mentalität sich verheerend auswirken muß, ist klar, aber wie groß die Unwissenheit der Wähler in dem „den Westen führenden Land" ist, wird exakt erst seit relativ sehr kurzem festgestellt. Über

die Geschichtskenntnisse der amerikanischen Hochschul-Jugend

z. B. informierte als erste Zeitung der USA die „New York Times" ihre Leser erstmals im Juni 1943: Sie hatte ein Jahr zuvor die erstaunliche Tatsache ans Licht gebracht, daß 82% aller Colleges und Universitäten der USA amerikanische Geschichte nicht als Pflichtfach kannten und man auch ohne sie seine Abschlußprüfung machen konnte. Daraufhin wurde durch Befragen von 7000 Universitäts-Studenten festgestellt, was sie eigentlich von Amerika wußten. Und da zeigte sich, daß nur 6% die Namen der 13 Kolonien kannten, aus denen die USA entstanden. Nur 22% konnten die Frage nach zwei wichtigsten Taten Lincolns beantworten, 16% die nach der Bedeutung Jeffersons. Alexander Hamilton war drei Vierteln der Befragten kein Begriff, und mehr als die Hälfte hatte nie von Walt Whitman gehört. Immerhin wußten sechs Zehntel, wer John D. Rockefeller war ...

„Das muß sich ändern!" hatte 1943 die „New York Times" geschrieben. Aber das änderte sich keineswegs, und ebenso wenig nahmen die Geographie-Kenntnisse zu. Im Frühjahr 1951 testete die „New York Times" die amerikanische Hochschul-Studentenschaft auf dieses essentielle Wissen: Von 4750 über Einundzwanzigjährigen (die also alle Wähler waren) wußten weniger als die Hälfte auch nur annähernd die Bevölkerungszahl ihres eigenen Landes anzugeben. Die Ziffern schwankten zwischen einer Million und 20 Milliarden, 300 Studenten schätzten sie auf „über 500 Millionen". Die Angaben über die Erdbevölkerung waren geradezu phantastisch deprimierend. Obwohl die USA nun die „Führung der Freien Nationen" beanspruchen, wußte die heranwachsende Schicht der „Gebildeten" nicht im entferntesten, wie viele Menschen es eigentlich gibt, schwankten hier die Angaben zwischen 100 Millionen und 200 Milliarden. 98% der Befragten wußten auch nicht annähernd die Bevölkerungszahl ihres Nachbarlandes Kanada. Und nur 17 unter den 4750 befragten Studenten nannten richtig die fünf größten Städte der USA. Die Hälfte wußte nicht, was Längen- und Breitengrade sind. Nur sieben konnten die Nachbarstaaten Jugoslawiens richtig nennen, im übrigen wurden Belgien, Ägypten, Portugal und die Mandschurei als Nachbarn Jugoslawiens genannt. Den Namen der Philippinen richtig zu schreiben, war für die meisten eine so unlösbare Aufgabe wie Fluß-Deltas zu definieren oder die Zeitunterschiede auf der Welt zu beschreiben ...

Im Februar 1953 hatte dann eine Frauenzeitschrift das „Wähler-Wissen" erforscht und unter anderem gefragt, was Benelux bedeute. 18% ihrer Leser hatten „keine Idee". 75% meinten:

„Benelux? Eine Staubsauger-Marke!"

Nur jeder vierzehnte Befragte war auf der Höhe. Und damals protestierte auch eine Dame aus Washington in einem persönlichen Brief an den Generalsekretär der UN gegen jede Hilfe an Indien: „... wo doch jedermann weiß, daß Tadsch Mahal der reichste Mann der Welt ist ..."

Dumme gab es immer, kann man sagen. Aber heute wählen diese Dummen bekanntlich, und so ist die allgemeine Unwissenheit weit gefährlicher als das Analphabetentum. Da können unsere Millionen wohl lesen, aber immer seltener selbständig denken. Da werden ihnen in Form von Zeitungspapier alljährlich riesige Wälder zum Opfer gebracht und dienen ihnen Tausende von Radio- und Fernseh-Sendern. In den amerikanischen Zeitungen finden sich ungleich mehr Auslands-Nachrichten als in den europäischen. Aber das Publikum überfliegt nur die Titel, konzentriert sich auf Verbrechen, Sport und Sex. Es will nichts vom Ausland wissen, Weltpolitik und Weltwirtschaft sind den Millionen „zu kompli-

ziert", und so fordern sie die Propagandisten geradezu heraus, sie zu betrügen und skrupellos Irrlichter zu entzünden. Die Millionen glauben zu wissen, was „gut" und was „böse" ist, und so genügt es, „westlich" für gut und „östlich" für böse zu setzen, um sie zu gewinnen, am Erkennen aller Langfrist-Entwicklungen und der Welt, wie sie ist, zu hindern.

Zu diesen Millionen aber gehört keineswegs nur die sogenannte „Masse". Da baute z. B. in den USA ein Herr Maxwell Henry Gluck die „Darling Stores Corporation" auf, die in 27 Bundesstaaten 140 Kettenläden für Damenkleidung besitzt. Er brachte es damit zu einem Rennstall und gewann mit seinem „Prince John" 1955 einen Rekordpreis von 158 000 $. Mr. Gluck war auch ein überzeugter Republikaner und hatte der Partei 1956 einen Wahlbeitrag von 26 500 $ gespendet und 1952 „etwa 10 000". Inzwischen siebenundfünfzig geworden, füllte das Geschäft Herrn Gluck nicht mehr aus, und so beschloß er, „seinem Land zu dienen", schrieb an vier befreundete Senatoren und wurde von Präsident Eisenhower im Sommer 1957 zum US-Botschafter in Ceylon ernannt.

Botschafter müssen vom Senat bestätigt werden, und so stellte in geschlossener Sitzung der Senator von Arkansas, William Fulbright, Max Gluck einige Fragen. Z. B., ob er den Namen des Premierministers von Ceylon kenne. Der neue Botschafter kannte Ministerpräsident Bandaranaike nicht. Aber den Indiens? Mr. Gluck kannte ihn. Aber er konnte „Jawaharlal Nehru" nicht aussprechen. Wußte der neue Botschafter, daß Ceylon zu den fünf UN-Mitgliedern gehörte, die den Bericht über die Sowjet-Intervention in Ungarn verfaßten? Er wußte es nicht. Und so fort, 70 Minuten lang. Aber Mr. Glucks Ernennung wurde bestätigt.

Daraufhin informierte Senator Fulbright den Washingtoner „Post & Times Herald" über die Geheimsitzung, und es gab einen Skandal. Aber die Demokraten ernennen „Außenseiter", die hohe Wahlbeiträge leisten, heute ganz ebenso zu Botschaftern, wie die Republikaner das taten. Denn was schadet das schon? Tun die wirkliche Arbeit nicht sowieso die Botschafts-Beamten, die Berufs-Experten?

Im Mai 1954 genehmigte das amerikanische Repräsentantenhaus 150 000 $ — damals 630 000 DM — Steuergelder für einen parlamentarischen „Experten"-Ausschuß, der am 27. Juli als „Baltisches Komitee" konstituiert und später in

„Ausschuß zur Untersuchung kommunistischer Aggression"

umgetauft wurde. Unter Vorsitz des Republikaners Charles J. Kersten aus Wisconsin hatten die „Rußland-Experten", die ihn bildeten — etwas verspätet — die sowjetische Haltung gegenüber den Satelliten-Staaten zu erforschen. Sie reisten dazu nach London, wo u. a. Ex-König Michael von Rumänien und die polnischen Exil-Generäle Anders und Bor-Komorowski einvernommen wurden, und tagten auch zwei Wochen öffentlich im Großen Saal des amerikanischen Generalkonsulates in München. Hier sagte u. a. der nach dem Westen geflohene NKWD-Oberstleutnant Grigori Stepanowitsch Burlitzki über die Zwangsumsiedlung von 500 000 Tschetschenen und Inguschen unter Stalin aus. Und wurde dabei von dem Abgeordneten und „Rußland-Spezialisten" Fred E. Busbey aus Chicago gefragt: „Wo haben diese Völker gelebt?"

Burlitzki: „Ich sagte schon, daß Grosnij ihre Hauptstadt war, eine Stadt mit 226 000 Einwohnern ..."

Busbey: „Wo liegt Grosnij?"

Burlitzki: „Am Fuß des Kaukasus."

Busbey: „Und der Kaukasus?"

Burlitzki: „Der Kaukasus liegt südöstlich von Moskau."

Vorsitzender Kersten: „Wieviele Kilometer südöstlich von Moskau?"
Burlitzki: „Das sollten Sie besser in einem Atlas nachsehen."
Und mit ähnlichen Gesprächen könnte man ein Buch füllen.

Allgemeine Unbildung also im „führenden Land des Westens". Aber zu Überheblichkeit haben w i r keinen Grund, denn im „wirtschaftlich führenden Land Europas", im „Wirtschaftswunder"-Land Westdeutschland steht es kaum besser: Das Institut für Demoskopie stellte da z. B. im April 1950 fest, daß neun Zehntel der Befragten „Soziale Marktwirtschaft" nicht zu definieren vermochten. Presse, Rundfunk und alle Mittel der Wahl-Propaganda beschäftigten sich mit diesem Begriff, aber eine erneute Befragung im November 1952 ergab das gleiche Resultat. Als damals die neugewonnene deutsche „Souveränität" bejubelt wurde, fragte das Institut für Demoskopie einen maßgerechten Bevölkerungsquerschnitt im Herbst 1952: „Wissen Sie, was nationale Souveränität bedeutet?" 53% der Befragten gaben ehrlich „Nein!" zur Antwort. 47% wußten es angeblich, definierten aber nationale Souveränität z. B. folgendermaßen: „Wenn dem Staat alles gehört." „Ein Ausdruck der Nazis," „Wenn ich ein Deutscher bin, habe ich deutsche Souveränität." „Bündnis mit dem Westen." Und noch Haarsträubenderes.

Im Frühjahr 1953 befragte das gleiche Institut 2000 Erwachsene der Bundesrepublik und Westberlins über den Begriff „Monarchie". Fast ein Viertel war ahnungslos, verband mit dem Wort so völlig falsche Vorstellungen wie „das Gift in den Zigaretten", „eine Art Mönchs-Herrschaft" oder „ein Land in Übersee". Nach fast zwei Jahren Korea-Krieg wußte weniger als ein Drittel der deutschen Bevölkerung, wo Korea liegt; 33% sagten: „Kann ich nicht zeigen." 38% machten ihr Kreuzchen auf der Frage-Weltkarte in Nord- und Südafrika, südlich Australien, im Mittelmeer und an allen erdenklichen falschen Stellen Asiens.

Zu den Ländern, in denen „Volksbildung" ganz groß geschrieben wird, gehören die Niederlande. Aber hier von dem Jesuitenpater Dr. Nic. Perquin im Herbst 1954 durchgeführte Untersuchungen ergaben z. B., daß die meisten 18- bis 25jährigen nicht einmal wußten, wie ihr eigenes Land regiert wird. Manche meinten, Prinz Bernhard, der Prinzgemahl, sei der Regent. Andere hatten noch nie von den Staten Generaal, Hollands Parlament, gehört, wußten nicht, was ein Minister ist. Aufgabe eines Gemeinderates, meinten einige, sei, das Geburts- und Todesregister zu führen, und Bürgermeister könne man durch Erbschaft werden. Die Königin dagegen kannten alle. Die regte die Phantasie an, alles andere war „unpersönlich gewordene Spezialisten-Aufgabe . . ."

„Das kann so nicht bleiben!" meinte damals auch die holländische Presse. Aber im Mai 1958 sprach ich z. B. mit Hauptmann J. W. Buitendijk, Chef des Werbebüros der Reichs-Polizei der Niederlande in der Koninkskade im Haag. Dieses Elite-Korps soll 6000 Mann umfassen, hat nur 5000. Kandidaten zwischen 21 und 28 Jahren werden kostenlos in der Polizeischule Arnhem ausgebildet, während des Zwölfmonatskurses vom Staat erhalten und bekommen dann ein Anfangsgehalt von monatlich 400 DM. Aber es gibt immer weniger brauchbare Kandidaten. Körperlich-sportlich sind zwar alle in Ordnung, auch Unbescholtene gibt es genug, und die allgemeine Intelligenz genügt. Aber die verlangte „Allgemeinbildung" besitzen sieben Zehntel der sich Meldenden n i c h t, obwohl sehr wenig verlangt wird. „Was ist der Kreml, und wo liegt er?" wird z. B. gefragt. „Weiß ich nicht", lautet mehr als die Hälfte aller Antworten. Drei schrieben: „In Brüssel." Nennen Sie einen berühmten Forschungsreisenden: „Herr Dulles." Wo liegt Indonesien? „In Südamerika." Welche Weltmächte sind am Nahen Osten interessiert und warum? E i n er antwortet hier richtig: „Die USA und die Sowjetunion." Aber der fügt hinzu: „Denn so können sie sich bequemer erreichen." Den weltberühm-

ten holländischen Dirigenten Mengelberg kannte k e i n e r der hier Geprüften. Lokalberühmte Fußballer a l l e.

Da gibt es kein Land, das stolzer auf seine Kultur wäre als Frankreich. Aber als hier 1952 das amtliche Statistische Nationalinstitut eine Enquête über die „Union Francaise" durchführte, konnten 53% aller befragten Franzosen nicht sagen, was dieser Zusammenschluß zwischen Mutterland und Überseegebieten ist. Nicht wenige meinten, es handle sich um einen Frauenverein. 19% der Befragten konnten nicht ein einziges Übersee-Territorium oder auch nur e i n e frühere Kolonie Frankreichs nennen, und nur 8% wußten, daß es eine „Assemblé de l'Union Francaise" gibt.

Diese Aufzählung wird ermüdend. Denn überall ist es das gleiche, in England zum Teil noch weit ärger als auf dem Kontinent. Admiral Sir Geoffrey Layton zufolge konnten z. B. von den 18—19jährigen Marinerekruten des Jahres 1947 in Portsmouth nur 23% das Vaterunser aufsagen. Die Geistlichkeit empörte sich, und die Kirchen organisierten „radikale Abhilfe". Aber im Januar 1960 veröffentlichte der Reverend J. A. Wainwright vom St. Pauls-College in Cheltenham Zahlen über die Lehramts-Kandidaten seiner Schule: Von 134 kannten 23 den Geburtsort Jesu Christi nicht. 35 wußten nichts über Pfingsten und 12 nichts über die Bedeutung des Karfreitags. Und solche Stichproben beweisen: Seit den Fünfzigerjahren gab es nicht etwa eine Besserung, sondern

d i e a l l g e m e i n e U n w i s s e n h e i t n i m m t ü b e r a l l z u.

Die Sonntagsausgaben vieler amerikanischer Zeitungen haben nun 130 Seiten Umfang, wiegen ein halbes Kilo und mehr. Längst ist auch der Papiermangel in Europa überwunden, und in Westdeutschland gibt es nur mehr 2% der Bevölkerung, die weder Zeitung lesen noch Rundfunk hören. Aber als im März 1961 die DM aufgewertet wurde, kam es in mehreren ländlichen Gegenden zu Panik-Käufen, und besonders im Regierungsbezirk Detmold suchten ältere Leute Hundertmarkscheine in Hartgeld umzuwechseln, waren am Kursänderungs-Sonntag weit und breit alle Zigaretten- und Schokolade-Automaten ausverkauft. Denn irgendjemand hatte erklärt, in Zukunft seien 100 Mark nur mehr 4 Mark wert — statt 4 Dollar. Und wie ein Lauffeuer verbreitete sich diese idiotische „Nachricht".

Und das beweist, daß es auch den Massen eines hochentwickelten Landes nicht immer gelingt, zwischen Tatsachen und Täuschung zu unterscheiden und daß es eine „Mars-Panik" nicht nur in den USA oder in Ekuador geben könnte: Am Sonntag, dem 30. Oktober 1938, hatte die Columbia Broadcasting Corporation Wetter-Berichte gesendet. Dann wurde angekündigt: „Sie hören jetzt die Rundfunkbearbeitung des berühmten Buches The War of the Worlds." Tanzmusik ertönte. Plötzlich brach sie ab, und mit allen Anzeichen des Entsetzens wurde bekanntgegeben, Weltraum-Fahrzeuge seien im Mercer County in New Jersey niedergegangen, und mit Todesstrahlen arbeitende Mars-Bewohner hätten einen Angriff auf die USA begonnen. Eine Meldung jagte die andere. Heulen von Sirenen und Knattern von Maschinengewehren drang aus den Lautsprechern. Der Kommandeur der Nationalgarde gab Verhaltungsregeln für den zu erwartenden furchtbaren Bombenangriff. Und der Innenminister war zu hören, der zur Flucht aus den Städten aufforderte, vor Giftgas warnte . . . In New York und New Jersey, aber auch in Los Angeles und Chicago kam es daraufhin zu schweren Panik-Szenen. In den Mietshäusern drängten die Menschen rücksichtslos zum Ausgang, vor den wenigen Luftschutzräumen kam es zu regelrechten Schlachten, während Frauen auf den Straßen knieten und um Errettung zu Gott beteten. Die Ausfallstraßen waren binnen kurzem völlig verstopft. Die Polizei erwies sich als machtlos. Und all das war

durch eine von Orson Welles stammende dramatisierte Version von H. G. Wells' aus dem Jahre 1898 stammenden „Krieg der Welten" ausgelöst worden, ein allzu realistisches Hörspiel der CBC, dessen Ankündigung die meisten Leute nicht mitbekommen hatten . . .

Die in wildem Spiel entfesselten Geister hatten sich als stärker erwiesen als die Menschen, die sie erdachten. Aus dem wollüstigen Grauen war echte Furcht, aus der Illusion der Panik war eine echte Panik geworden, weil die Massen Scheinbild und Wirklichkeit nicht mehr voneinander zu trennen vermögen. Weil sie tagein-tagaus von Illusionen leben, von der kommerziellen wie von der politischen Werbung derart „manipuliert" werden, daß sie für ihre eigene Meinung halten, was ihnen suggeriert wird. Der Rundfunk-Panik von 1938 folgte allgemeine Empörung, und es gab selbst einige Mutige, die fragten:

> „Wurde diese Panik nicht systematisch durch unsere Rüstungs-Propaganda vorbereitet? Wird dem Volk nicht eingehämmert, die USA müßten gegen jeden Angriff gewappnet sein, und nicht nur die fernen Mars-Bewohner, sondern die nahen Nazis planten, die Welt zu erobern und die USA zu überfallen?"

Die „Mars-Panik" spielte sich, wie gesagt, 1938 auf Grund dessen ab, was Wells 1898 schrieb. Aber das hinderte nicht, daß es sie elf Jahre später, am 13. Februar 1949, in Quito, der Hauptstadt Ekuadors, erneut gab und nun 15 Todesopfer forderte: Wieder wurde H. G. Wells' „Krieg der Welten" gesendet. Alles spielte sich genau wie in New York ab. Tanzmusik und dann „Eine dringende Meldung!" Die Kirchenglocken Quitos läuteten Alarm. Der Bürgermeister sprach angeblich und ein Minister. Zur Flucht in die Berge der Frauen und Kinder und zum „Kampf bis zum Letzten der Männer" wurde aufgerufen. Und wieder gab es eine Panik. Aber diesmal auch

Rache der Betrogenen:

Die Menge zog zum Zeitungsgebäude des „El Comercio", in dem sich die Radiostation befand, brannte es nieder, zerstörte Rotationsmaschinen wie Sender. Es kam zu Kämpfen mit der Polizei. Und dabei und durch Niedertrampeln von in Panik Geratenen verloren, wie gesagt, fünfzehn Menschen ihr Leben, wurden über 200 schwer verletzt in die Krankenhäuser eingeliefert . . .

Wie erst aber muß die „Rache der Betrogenen" aussehen, wenn die systematische Verharmlosung des Nuklear-Krieges ihre Früchte trägt? Während die Wirkung der Mordinstrumente rapide weiterwächst, werden die „inspirierten" Verlustschätzungen immer geringer. Abstumpfung gegenüber dem Kriegsgrauen führte zu Hiroshima. Abstumpfung gegenüber den Warnungen der heute Wissenden aber kann auch zu einem dritten Weltkrieg führen. Denn sind wir 1945 nicht längst „entwachsen", haben wir die Bombennächte von Hamburg oder Dresden nicht ebenso vergessen, wie die Ekuadorianer die tagelang die Weltpresse beschäftigte „Mars-Panik" von 1938 vergaßen? Wir erleben einen

Wettlauf zwischen Aufklärung und Katastrophe,

wie es ihn dramatischer niemals gab. Schon 1947 warnte der Entdecker des Wasserstoff-Isotopes Deuterium, der Nobelpreisträger Harald C. Urey, nach einem Besuch in Washington in seinem Aufruf „Ich fürchte mich":

> „Wir müssen den Kampf aufnehmen gegen jene, die glauben, was für andere Zeitalter galt, gelte auch für das Atomzeitalter . . . gegen jenen gefahrbringenden Prozentsatz von Politikern . . . die den Unterschied noch immer nicht begreifen . . . und von der Möglichkeit reden, Atombomben in einem Krieg anzuwenden . . ."

Veraltete Denk-Modelle aber ersetzen nach wie vor das eigene Denken. Und die Massen werden an diesem eigenen Denken nicht nur systematisch gehindert, immer wieder „abgelenkt", sondern mehr und mehr wollen sie auch nichts

mehr begreifen. Millionen und Abermillionen wissen heute nichts. Sie lernen aber auch nichts, weil sie keinerlei Interesse an den wirklich wichtigen Dingen haben. Daß sie dieses Interesse verloren, hat vielerlei Gründe. Aber nicht zuletzt den, daß die Massen sich hilflos fühlen, daß sie — zumindest unterbewußt — spüren, daß doch nicht sie, sondern a n o n y m e Mächte die lebenswichtigen Entscheidungen treffen. Schon die katastrophale Unwissenheit unserer Wähler ist schlimm genug. Aber noch ärger ihr Abseitsstehen, ihr „Was geht mich das schon an?" Die Welt-Seuche des „Playing it cool", die von Amerika aus ihren Weg zu uns nahm.

(Ein zweiter Aufsatz folgt: „Playing it cool. Das Problem der „Un-interessierten".)

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Nochmals: Die Berliner Mauer

Ein Ereignis hat in den letzten Monaten die Gemüter breiter Massen erhitzt: Die Erschießung von Peter Fechter an der Berliner Mauer. Die Erhitzung erreichte bisweilen bei einigen Gemütern den Siedepunkt. In einem Zustand zwischen Hysterie und Delirium ist auch das verhängnisvolle Wort Krieg gefallen.

In dieser haltlosen Geistesverfassung forderten verantwortungslose Zeitungsschreiber in der Bundesrepublik die Erstürmung der Mauer, um den „Verbrechern von drüben" das Handwerk zu legen. Daß ein solches Vorgehen zu einem thermonuklearen Krieg und somit zur Vernichtung des ganzen Menschengeschlechtes führen könnte, schien den Scharfmachern ganz gleichgültig zu sein. Zumindest hatten sie sich anscheinend keine Gedanken darüber gemacht.

*

Wie sehen nun die nüchternen Tatsachen aus, die diese Reaktion, diese Erhitzung der Gemüter zur Folge hatten?

Am 17. August dieses Jahres wurde der achtzehnjährige Ostberliner Bauarbeiter Peter Fechter beim Versuch, nach Westberlin zu flüchten, durch Ostberliner Volkspolizisten tödlich verwundet. Trotz verzweifelter Hilferufe ließ man ihn jedoch fast zwei Stunden lang am Stacheldraht der Sperrmauer hängen. Als er schließlich von der Volkspolizei geholt und in ein Krankenhaus in Ostberlin eingeliefert wurde, ist er bald infolge des zu großen Blutverlustes gestorben.

Diese Untat sucht an Grausamkeit und Bestialität ihresgleichen. Daran zu deuteln, hieße, an den Grundfesten der elementarsten Moral und Menschlichkeit zu rütteln.

Die Erschießung des jungen Peter Fechter am Anfang seines Lebens war ein gemeiner Mord. Die Bilder des am Stacheldraht hängenden jungen Leibes waren erschütternd. Das war zu schlimm!

*

Was aber fast noch schlimmer als der Mord selbst ist, ist das, was man aus ihm gemacht hat.

Die Ostberliner Behörden erklärten zynisch, die Volkspolizei hätte nicht dem Verwundeten helfen können, weil sie daran durch Scharfschützen der Westberliner Polizei verhindert worden wäre. Diese Erklärung vermag niemanden zu überzeugen. Denn wenn es auch stimmte, daß sie unter Beschuß von Westberliner Polizei gestanden hätten, verfügt jede Polizei — auch die Volkspolizei — über genügend Panzerwagen und andere Schutzmittel, um ohne Gefahr fürs eigene Leben einem Verwundeten zu Hilfe zu kommen, wenn ihr dran gelegen ist.

Es ist auch bezeichnend, daß die ganze Presse der DDR kaum Notiz von diesem Vorfall nahm, und, sofern sie es tat, war es

nur, um ihn als eine Provokation der „westdeutschen Faschisten und Militaristen" hinzustellen.

Diese Erklärung der Ostberliner Behörden ist zu plump, oberflächlich und offensichtlich erheuchelt — sie kommt daher nicht an.

*

Aber fast ebenso plump, oberflächlich und offensichtlich erheuchelt war das Wehklagen der westlichen Presse. Zumindest war es nicht echt, es kam nicht aus dem Herzen heraus, war nicht ehrlich empfunden. Was echt war, war die Empörung, die Wut. Sie entstammte aber weniger aus dem Mitgefühl für den ermordeten unbekannten jungen Ostberliner Bauarbeiter, als aus dem Gefühl der eigenen Ohnmacht, Rache zu nehmen und gleiches mit gleichem zu vergelten.

Es ist zwar wahr, daß es Zeitungen in der Bundesrepublik und im Westen überhaupt gibt, die eine Ausnahme machten, diese Ausnahmen bestätigen aber die Regel.

Der Mord an Peter Fechter war ein „gefundenes Fressen" für die westliche Hetzpropaganda. Entscheidend für sie war, wie gesagt, nicht so sehr der tragische Tod des jungen Menschen, dessen einziges „Verbrechen" darin bestand, von dem einen Teil seiner Vaterstadt in den anderen hinüberwechseln zu wollen, sondern daß dieser Tod ihr unerschöpfliche Möglichkeiten für Hetzpropaganda verschaffte.

Und von dieser Möglichkeit wurde, weiß Gott, ausgiebig Gebrauch gemacht. Die ganze politische Atmosphäre stinkt noch heute förmlich von Hetzpropaganda — von beiderseitiger Hetzpropaganda.

Die Erhitzung der Gemüter durch die Hetzpropaganda besonders bei der leicht entzündbaren Jugend hätte daher unschwer zu einer weltweiten Katastrophe führen können. Die Steinwürfe auf die russischen Militärautobusse, die ständigen Provokationen von Zivilisten und Militärs und vor allem der wiederholte Versuch, die „Mauer" zu erstürmen, boten Anlaß für Zusammenstöße zwischen Ost und West genug. Die Zauberlehrlinge konnten schließlich nur mit knapper Not die Geister einfangen, die sie heraufbeschworen hatten.

*

Kurz vor der Ermordung Peter Fechters fand eine andere Bluttat statt, die wiederum von der Westpresse fast völlig totgeschwiegen wurde. Am 14. August dieses Jahres erschossen Angehörige des Bundesgrenzschutzes ohne offensichtlichen, zwingenden Grund den Hauptmann der nationalen Volksarmee der DDR, Rudi Arnstadt.

Die Ostpresse, die von der Ermordung Peter Fechters keine Notiz genommen hatte, war seinerzeit voll von Berichten über diesen brutalen Mord. Arnstadts tragischer Tod war für sie ein längst gesuchter Anlaß, um über die „Faschisten, Imperialisten und Militaristen der Bundesrepublik" herzufallen. Die Hetzpropaganda wollte kein Ende nehmen, und wenn von ostdeutscher Seite keine Demonstrationen und keine Aufmärsche gegen die Grenzen der Bundesrepublik stattfanden, so schrieb die Ostpropaganda dies nicht der Unlust, sondern der Disziplin der Bevölkerung der DDR zu.

Die Ostpropaganda brachte ebenfalls Bilder vom Begräbnis des Hauptmanns in der Presse — wie die westliche Presse von Peter Fechter —, die wirklich ergreifend sind. In den Gesichtern der Angehörigen und Kameraden spiegelt sich aber nicht „Haß gegen die Kräfte, die die Bluttat befahlen", wie die Hetzpropaganda der DDR wissen wollte, sondern unsagbares Leid und Trauer, die echt aus dem tiefsten Herzen kommen.

Wie zu erwarten, war jetzt die Presse der Bundesrepublik und des ganzen Westens an der Reihe, über den Mord von Hauptmann Arnstadt zu schweigen. Sie begnügte sich damit, eine „Erklärung" der Bundesregierung zu bringen, wonach genaueste Untersuchungen des Falles ergeben hätten, daß Hauptmann Arnstadt auf dem Boden der Bundesrepublik erschossen worden sei. Damit war die ganze Angelegenheit für sie erledigt!

Was für eine abscheuliche, abgrundtiefe Begründung für eine abscheuliche, abgrundtiefe Untat! Daß ein Deutscher von Deutschen wie ein toller Hund niedergeschossen wurde, spielte für sie keine Rolle. Keine Rolle spielte für sie auch die Tatsache, daß Arnstadt ein junger Mensch in der Blüte seines Lebens war und daß er daheim Mutter, Frau und Kinder in unsagbarer Verzweiflung hinterläßt.

*

Die billige Art, in der Menschenleben vernichtet wird, ist alarmierend. Dies gilt gleicherweise für die Ermordung von Peter Fechter wie auch für die Ermordung von Hauptmann Arnstadt.

Das „Verbrechen" des einen bestand ja nur darin, daß er von dem einen Teil Ber-

lins in den anderen wollte; das „Verbrechen" des anderen bestand darin, daß er Boden der Bundesrepublik betrat. Und dabei gehören beide Teile Berlins und beide Teilstaaten — die DDR wie auch die Bundesrepublik — demselben Heimatland an, das nur durch das tragische Zusammentreffen widriger geschichtlicher Umstände in zwei Teile geteilt ist.

Es wäre noch zu verstehen — zu verstehen, aber nicht zu entschuldigen — wenn russische Soldaten den flüchtenden Peter Fechter und amerikanische Soldaten den Hauptmann Arnstadt auf dem Boden ihrer Besatzungszone erschossen hätten. Aber daß deutsche Polizisten und Soldaten auf beiden Sektoren- und Zonengrenzen deutsche Menschen erschießen, das ist zu ungeheuerlich.

Zu ungeheuerlich ist auch die Tatsache, daß die Presse beider Seiten nur „ihren" Toten beklagt, den Toten der „anderen" Seite aber ignoriert oder sie — die andere Seite — seiner Ermordung schuldig macht. Dies ist ein eindeutiger Beweis dafür, daß das Wehklagen beider Seiten unecht und verlogen ist.

Echt und aufrichtig sind dagegen die Schmerzen und die Trauer von Peter Fechters Mutter und Freunden sowie von Hauptmann Arnstadts Frau, Mutter, Kindern und Angehörigen. Echt ist die Trauer auch aller derer hüben und drüben, die noch immer Ehrfurcht vor jedem Menschenleben haben, die jedes Töten von Menschen verabscheuen und nicht dem Kalten Krieg von hüben und drüben das Wort reden.

Dr. Theodor Michaltscheff

„Ein großer Herrscher" oder: Deutsche Trauer 1962

I

Für den Bundespräsidenten sandte der Präsident des Bundesrates, Dr. Hans Erhard, an Kronprinz Seif ul Islam Mohammed al Badr, Tais/Jemen, folgendes Beileidstelegramm:

Zu dem plötzlichen Hinscheiden Seiner Majestät, Imam Ahmad Ibn Jahia An-Nasir Li-Din Allah, übermittle ich Euerer Königlichen Hoheit zugleich im Namen des deutschen Volkes mein aufrichtig empfundenes Mitgefühl. Die Nachricht von dem plötzlichen Ableben Seiner Majestät des Imam, nach den heldenhaft getragenen Jahren schweren Leidens, hat mich auf das tiefste bewegt. Das deutsche Volk weiß sich mit dem jemenitischen Volk in der Trauer um einen großen Herrscher einig.

Für den Präsidenten des Bundesrepublik Deutschland
Dr. Hans Erhard
Präsident des Bundesrates

Nach: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 25. September 1962 (Nr. 177)

II

„Der alte Imam war wohl der reaktionärste und blutigste Despot des Mittleren Ostens und ließ sich in dieser traditionellen Rolle nicht einmal durch König Saud übertrumpfen. Nach guter Väter Sitte schloß er sich in seinen fünf Palästen hermetisch von der Umwelt ab. Ab und zu ließ er einen lieben Onkel Vetter oder Bruder köpfen oder gefährliche Offiziere an Pferde binden und schleifen, bis sie den Garten Allahs sehen durften. Der Imam und seine Suite gaben sich allen möglichen Rauschgiften hin, eine Krankheit, die offiziell als Arthritis ausgegeben wurde. So begab sich der Imam — wenn man von einem kurzen Besuch bei dem kongenialen König Saud absieht — nur ein einziges Mal ins Ausland, nämlich im Jahre 1959 in eine Römer Klinik, um sich dort einer Entwöhnungskur zu unterziehen. Als ihn der damalige italienische Staatspräsident Gronchi zu sich einlud, gab er eine abschlägige Antwort: Er leide so sehr am Zipperlein, daß er kein Roß besteigen könne. Ohne Roß aber mache er keine Aufwartungen.

Warum war der gute Imam so menschenscheu? Weil er sich den Thron mit Blut ergatterte. Fünfzehn andere Abkommen des Propheten hatten eigentlich vor ihm das Recht der Thronfolge. So schaffte er sich gleich zu Beginn böse Feinde. Seine einzige Sorge galt der Sicherheit der eigenen Person. Das Volk ließ er hungern und von Zeit zu Zeit durch schaurige Exempel fühlen, wie gefährlich es ist, gegen ihn aufzumucken."

Basler Nachrichten v. 29. September 1962

III

„In Jemen wird keine Fremdsprache gelehrt. Neben der Grundschule bestehen wenige Mittelschulen und eine einzige Oberschule . . . Industrie ist dem Jemen fremd, nicht eine Fabrik wurde bisher gebaut . . .

Es gibt keine Eisenbahn und kein Hotel... Dieben hackt man eine Hand oder den Fuß ab. Die Sträflinge in den Gefängnissen tragen Ketten, teilweise mit eisernen Kugeln beschwert. Schwerverbrecher werden in unterirdischen Gewölben eingekerkert. Hinrichtungen werden ausgerufen und wie ein Volksfest gefeiert. Die Jemeniten hatten bisher nicht den geringsten Kontakt zum Ausland. Es war ihnen verboten, das Land zu verlassen. Der Jemen war das rückständigste Land der Erde ..."

Westfälische Rundschau v. 29./30. Sept. 1962

—es

Outsider

Immer wieder werden die Pädagogen im Zeitalter der Technik auf die Methoden der Erziehung des Menschen zum Menschen hingestoßen. Und immer spukt noch in den Köpfen von Wissensfanatikern und Scheinpädagogen das falsch gesehene Problem einer möglichst weit gestreuten Allgemeinbildung.

Es muß mit dem dummen Gerede einer Allgemeinbildung endlich aufgeräumt werden, die nichts anderes ist als ein oberflächliches Sammelsurium von geistigem, künstlerischem, sozialem und wirtschaftlichem Wissen. Es ist das eine Art Bildung, eine Art Halbbildung, die den Fachmenschen, der heute Trumpf ist, gesellschaftsfähig machen soll. Sie hat für das Wesen der Kultur nicht den geringsten Wert, wenn sie nicht mit der Weckung der Kraft zum kritischen Denken Hand in Hand geht. Außerdem ist diese Art Allgemeinbildung, die sich in den früheren populären Hochschulkursen, in ungezählten Abendvorträgen und in völlig mißgeleitetem Volkshochschulunterricht ausgetobt hat und noch austobt, vielfach auf Seite des Hörers nichts anderes als ein bequemes Schwimmen in seichten Wassern unverdauter Vergangenheit, eine Versteinerung von Traditionen, die ohne kritische Betrachtung, Sichtung und Verwendung keinen nennenswerten Einfluß auf die Gestaltung unserer Zukunft haben dürfen.

Eine Kultur kann nicht unbesehen hingenommen werden, um Kultur zu bleiben oder Neukultur werden zu lassen. Sie bedarf der dauernden, kritischen Mitarbeit, der stets neu schöpferischen Einsicht und Formung. Sie kann auch nicht von einer Generation zur anderen übertragen werden, ohne selbsttätige Neuerwerbung und Neueroberung durch die Vertreter der neuen Generation. Dazu kommt noch, daß die jungen Generationen von heute viele Kulturmaßstäbe unserer eigenen Jugend überhaupt nicht mehr anerkennen. Es gibt keine Kultur ohne die schöpferische Fähigkeit und den neu formenden Willen der Persönlichkeit. Es gibt keine Kultur ohne einen natürlichen Individualismus, den jeder in seine Umwelt als seinen sozialen Beitrag zur Weiterentwicklung einer Gemeinschaft mit einbringen muß. Es ist einmal richtig von dem großen Amerikaner Herbert Hoover darauf hingewiesen worden, daß die Masse keinen Geist, sondern nur Gefühl hat. Sie kann nicht denken, sie kann nur fühlen. Beginnt sie zu denken, dann löst sie sich in ihre Bestandteile, in Individuen auf. Deren Aufgabe ist es, nicht durch ein Massengefühl, nicht durch die Erweckung einer gemeinen — im Doppelsinn von gewöhnlich und gleichgeschaltet — Leidenschaft, eines Gefühlssturmes einer bestimmten nahen oder fernen Zukunft den Weg zu bahnen, sondern durch ihre persönliche Fähigkeit die Summe von anderen persönlichen Fähigkeiten zu mehren, deren kritisches Spiel und Gegenspiel erst eine berechtigte Volksmeinung ergeben kann.

Das Wort Individualismus hat bei uns in Deutschland leider im Gegensatz zu Nordamerika einen üblen Beigeschmack. Man glaubt in den Kreisen derer, die am Ruder sind, dem politischen Individualismus eine rechthaberische, der landläufigen, tugendhaften Meinung der Mehrheit schädliche, ja sogar landesverräterische Haltung zuschreiben zu müssen. Es müßte denn sein, daß sich die „Führer" dieser herrschenden Mehrheit einen oft krassen Individualismus leisten, der dann von der gefügigen Anhängerschaft aus dem „seid untertan der Obrigkeit"-Geist nicht beanstandet wird. Der Individualist ist bei uns bei ständig wachsender geistiger und politischer Vermassung des Volkes ein Outsider, ja ein gefährlicher Outsider, da er die Kreise der Obrigkeit und ihrer Handlanger stört. Diese Beurteilung des Individualismus ist so schroff geworden, daß jeder einzelne, der sich in individueller Opposition zur offiziellen Politik stellt, zu einem unbequemen, schlecht beleumundeten Outsider gestempelt wird. Und weiterhin ist es in dem noch klassen- und standesmäßig stark ge-

schiedenen deutschen Volk selbstverständlich, daß dieser Outsider nicht nur als politischer Störenfried in Acht und Bann getan, sondern auch von gesellschaftlichen Schichten, deren Wohl und Wehe mit dem Wohl und Wehe der politischen Führungsschicht engstens verbunden ist, auch gesellschaftlich geächtet wird. Beispiele für die völlig rechtlose Behandlung solcher Outsider liegen in großer Zahl vor.

So wird das Outsider-Problem, das der kritische Individualismus dem Volke stellt — für die leitenden Schichten mit ihrer gelenkten, zweckbestimmten und von vornherein unumstößlichen Meinung ist es ja kein Problem mehr —, zum Problem der politischen Opposition. Dabei wird entweder aus Unkenntnis, aus stumpfer geistiger Oberflächlichkeit und schwächlicher Gefügigkeit oder aus wohlüberlegter übelmeinender Absicht die Tatsache völlig aus dem Auge verloren, daß nur aus der selbständigen Persönlichkeit eine wertvolle Zukunftskultur und Politik zu schaffen ist. Schöpferische Gedanken, im besten Sinne fortschrittliche Gedanken kommen nicht aus dem Getriebe des Regierungsapparates, nicht aus der paragraphenbelasteten Maschinerie der Bürokratie und nicht aus der machthungrigen Routine der Parteien. Sie kommen aus den Köpfen von Persönlichkeiten, aus deren Ideen und deren Wirken. Die oppositionellen Gruppen der Outsider sind die treibenden Kräfte für die Gestaltung einer neuen Zukunft, nicht die konservative Starrheit ehrgeiziger herrschender Gruppen. Hoover sagt in seiner Arbeit über das Wesen Amerikas: „Der Fortschritt der Nation ist die Summe des Fortschritts in ihren Individuen."

Die Erziehung zu einem gesunden, natürlich gemeinschaftsgebundenen Individualismus ist es, was unser Volk braucht. Die schon jetzt wieder vielfach praktizierte Erziehung zur Regierungspolitik ist gerade das Gegenteil davon. Sie ist eine schwere Gefahr für die geistige Freiheit überhaupt. Sie erzieht zur untertänigen Masse, nicht zur selbständigen Persönlichkeit. Politische Erziehung kann keinem Befehl von oben folgen. Würden unsere Oberen diesen Grundsatz einmal anwenden, anstelle der propagandistischen Bemühungen um materiellen Machtzuwachs, so würden sie bald eine viel produktivere Politik treiben können als bisher.

Hier liegen auch die tiefstgehenden Fehler unserer Pädagogik auf allen Stufen. Insbesondere wird die Universitätsreform endlich über die erfreuliche Besserung aller fachlichen Bildung zu der persönlichen Erziehung des Studenten zum kritischen Denken vorstoßen müssen. Bisher sind nur ganz geringe offizielle Ansätze hierzu zu verspüren. Auch hier sind es wieder Outsider, die von außen her Anstöße geben müssen. Ähnlich steht es mit der Erwachsenen-Erziehung, der Volksbildung, die in stärkstem Maße auf die Persönlichkeitserziehung angewiesen ist, wenn sie überhaupt mit einem Erfolg rechnen will und nicht erneut mit einer Niederlage, wie die Volkshochschule sie durch den Nationalsozialismus hat hinnehmen müssen. Gewisse Ansätze lassen hier, allerdings noch in viel zu geringem Maße, auf eine entschiedene Wendung einiger Weniger von der extensiven zur intensiven Unterrichtsmethode hoffen.

Über die Notwendigkeit einer fachlich einwandfreien und vernünftigen Schulung für alle Berufe besteht kein Zweifel. Aber wenn die mengenmäßig immer noch steigenden Anforderungen der akademischen Berufe zu einem noch stärkeren Absinken der kritischen Denkfähigkeit, einer noch drückenderen Unterjochung des freien, persönlichen Geistes unter die Knute des Faches führen, dann gehen wir einem Zeitalter der Barbarei entgegen.

Prof. Dr. Eduard Brenner,
Staatssekretär a. D

Dokumente zum Zeitgeschehen

McDermotts Berlin-Vorschläge

Mr. Geofrey McDermott war von Juni 1961 bis 15. September 1962 politischer Vertreter Großbritanniens in Berlin. Wegen Meinungsverschiedenheiten in der Berlin-Frage wurde er Mitte September vom Foreign Office entlassen. Im „Observer" vom 23. September veröffentlichte er einen großen, stark beachteten Aufsatz zum Berlin-Problem, aus dem wir nachfolgend die wichtigsten Passagen abdrucken.

D. Red.

Deutschland besteht heute aus drei Teilen: Westdeutschland, Ostdeutschland und Berlin. Die beiden ersteren beanspruchen jede Berlin als ihre Hauptstadt. Aber die beklagenswerte Trennung der Deutschen untereinander ist nun einmal ein unmittelbarer Teil des Preises, den die Deutschen für Hitler und seinen Krieg zu bezahlen haben. Zudem kann die Wiedervereinigung, realistisch gesehen, in absehbarer Zukunft nur auf eine von zwei Arten zustandekommen — durch einen Atomkrieg oder durch eine völlige Umkehr in der Politik der Sowjetunion. (Wunschträume über ein freiwilliges Zurückgehen der Sowjets unter irgendwelchen anderen Umständen sind Zeitverschwendung.) Beide Möglichkeiten sind äußerst unwahrscheinlich, und in jedem Fall wäre das Problem in seiner jetzigen Form bis dahin ohnehin nicht mehr vorhanden.

Vielleicht sollte man sich auch die Deutschen selbst einmal genauer ansehen, als das gewöhnlich geschieht. Der überwiegende Teil der Bevölkerung Westdeutschlands hat kein besonders großes Interesse an Berlin: der Grund ist zum Teil Selbstsucht und zum Teil Resignation. Man ist glücklich, seine inneren Verpflichtungen durch das Zahlen von Beihilfen abzugelten, und läßt es dabei. Die bundesdeutschen Politiker, die von der Bevölkerung im ganzen ohnehin nicht übermäßig geschätzt werden, spielen die Berlin-Frage ständig und in unverantwortlicher Weise hoch: häufig benutzen sie sie als einen Stock, mit welchem sie ihre Alliierten schlagen können. Es gibt gute Gründe, die Aufrichtigkeit der meisten von ihnen anzuzweifeln, nicht zuletzt die von Dr. Adenauer, der sich erst Wochen nach dem 13. August 1961 zu einem Besuch Berlins aufraffen konnte und seitdem so selten wie nur irgend möglich dorthin gefahren ist.

Politische Erpressung

Andererseits arbeiten eine Anzahl von Deutschen zweifellos auf den Besitz einer von Deutschen kontrollierten Kernwaffe hin: meine Auffassungen im Hinblick auf diese Aussicht weichen nicht im geringsten von denjenigen Chrustschows ab.

Darüber hinaus scheuen sich einige dieser bundesdeutschen Politiker nicht, die gröbste Form politischer Erpressung des Westens anzudeuten — ein Umschwenken zur Freundschaft mit der Sowjetunion, ähnlich wie es die Weimarer Republik 1922 mit dem Rapallovertrag tat — falls der Westen nicht Berlin für sie befreit.

Auch was die Ostdeutschen betrifft, werden wir uns um eine realistischere Auffassung bemühen müssen. Es trifft zwar zu, daß seit der Gründung der DDR im Jahre 1951 etwa 3 Millionen mit den Füßen abgestimmt haben, indem sie zum Westen übergegangen sind, aber nur einmal wurde ein kleiner Versuch ernsten Widerstandes unternommen, und das war vor 9 Jahren.

Tatsache ist, daß etwa 10 Prozent von ihnen treue Kommunisten sind und daß ein wesentlich größerer Teil mit ihnen mehr oder weniger aktiv zusammenarbeitet. Es sind Deutsche, die Ostdeutschland regieren; es waren Deutsche, die die Berliner Mauer bauten, die sie begeistert bewachen und andere Deutsche erschießen, die zu fliehen versuchen. Die Situation in Ostdeutschland im allgemeinen ist nicht viel anders als die in Rumänien oder Bulgarien.

Die dritte Kategorie von Deutschen, die Berliner, sind die besten von allen, und sie haben den besten Führer in Willy Brandt. Die Westberliner haben unter langanhaltendem und unbarmherzigem Druck die Haltung bewahrt, und wenn Berlin als Folge widriger Um-

stände zu einem künstlichen Gebilde geworden ist, so ist es doch auf der anderen Seite auch eine blühende und in vieler Hinsicht anziehende Stadt.

Aus zwingenden politischen und menschlichen Gründen kann der Westen Berlin nicht aufgeben. Auf die knappste Formel gebracht, würde die Aufgabe Berlins den Zusammenbruch der NATO bedeuten. Chrustschow hat Berlin in einem taktischen Würgegriff; wenn er dennoch bereit gewesen ist abzuwarten, so beweist dies, daß er sich darüber im klaren ist, daß seine politische und strategische Position sehr viel weniger stark ist. Er wird nicht das Risiko amerikanischer atomarer Intervention eingehen; er ist bis zu einem gewissen Grad bereit abzuwarten, bis ihm Berlin als eine reife Frucht in den Schoß fällt, und er wird dabei nachhelfen, indem er zum Beispiel den Ostdeutschen erlaubt, noch weiter daran zu nagen. Sie haben Berlins Lebensnerv ohnehin schon beträchtlich angenagt.

Folglich besteht Raum für Verhandlungen. Hierunter verstehe ich weder die uneingeschränkte Annahme der russischen Forderungen — das würden sie nie erwarten — noch, auf westlicher Seite, das ständige Gerede über eine „Verbesserung der Situation in Westberlin". Wenn der gegenwärtige Besatzungsstatus für den Westen soweit auch ganz befriedigend ist, so hat er doch auch schwerwiegende Mängel.

Da er anarchronistisch ist, ist er vom westlichen Standpunkt aus unzulänglich und auch unwürdig, da er den Eindruck erweckt, als wären die Westmächte in Berlin nicht nur immer in der Defensive, sondern darüber hinaus auch noch immer erfolglos. Zweitens ist Chrustschow entschlossen, ihn zu beseitigen, und er wird dies früher oder später auch tun. Drittens, und dies ist der schwerwiegendste Aspekt, ist Berlin dadurch eine ständige und ernste Gefahr für den Weltfrieden, und diese Situation darf deshalb nicht mehr sehr viel länger bestehen bleiben.

Hier nun sind einige allgemeine Vorschläge für eine Berlin-Lösung, die, wie ich glaube, realistisch sind und somit eine Chance haben, von beiden Seiten angenommen zu werden. Sie könnten sowohl dem Westen als auch den Kommunisten viel von dem geben, was sie verlangen, und sie könnten beide Seiten von der ständigen häßlichen Spannung und Kriegsgefahr erlösen.

1. Die Westmächte und die Sowjetunion würden sich darüber einigen, daß das langfristige Ziel die Wiedervereinigung Deutschlands sei (beide Seiten behaupten, daß dies ihre Politik ist), und die Vereinbarungen müßten nach, sagen wir, 20 Jahren einer Revision unterzogen werden.

2. Die gegenwärtigen deutschen Grenzen würden als endgültig anerkannt (dies entspräche ganz einfach dem gesunden Menschenverstand, und es hat gar keinen Sinn, „auf einen Friedensvertrag zu warten").

3. Die DDR würde als separater Staat anerkannt — was sie in Wirklichkeit auch bereits ist: ein deutscher Staat, der von Deutschen regiert wird. England und seine Alliierten treiben beträchtlichen Handel mit der DDR, und die Bundesrepublik unterhält noch wesentlich umfangreichere Handelsbeziehungen mit diesem Staat. Die ostdeutschen Behörden kontrollieren bereits 95 Prozent des Personenverkehrs von und nach Berlin, selbstverständlich einschließlich aller normalen, d. h. in nicht-amtlicher Eigenschaft reisenden, Angehörigen der westlichen Alliierten, und sie werden bei der Wahrnehmung dieser Funktionen von allen Beteiligten anerkannt. Hinzu kommen zahlreiche verwaltungsmäßige und technische Angelegenheiten, wie der Betrieb der Eisenbahnen in ganz Berlin und durch die DDR nach Westdeutschland, bei welchen die Verantwortlichkeit der ostdeutschen Behörden von jedermann anerkannt wird. Herr Brandt selbst befürwortet eine Ausdehnung dieser Kontakte, wie er in einer neueren Rede noch einmal klar zum Ausdruck brachte.

Separates Gebilde

Was die internationalen Implikationen anbetrifft, so braucht (a) eine solche Anerkennung genau so wenig als Ausdruck der Billigung aufgefaßt zu werden als unsere Anerkennung der Regierungen anderer Satelliten, (b) braucht sie Ostdeutschland keinerlei große Vorteile zu bringen — die Regierungen Bulgariens, Rumäniens und Ungarns z. B. haben als Ergebnis der Anerkennung durch den Westen kaum an Ansehen gewonnen — und

(c) würde es die Anerkennung eines Zustandes bedeuten, der aus den bereits dargelegten Gründen fast mit Gewißheit eine sehr lange Zeit andauern wird.

4. Berlin würde als separates Gebilde anerkannt, was es wiederum bereits ist. Es hat nahezu 3 500 000 Einwohner. In der Praxis würden wir uns zweifellos mit Westberlin begnügen müssen: dies hat 2 250 000 Einwohner, d. h. ungefähr so viele wie Dänemark.

5. Berlin würde nach eigener Wahl Abkommen mit anderen Ländern schließen — mit Ausnahme der beiden deutschen Staaten —, die dann in angemessener Zahl Truppen in der Stadt stationieren würden. Dies würde den Abkommen zwischen der DDR und den Ländern des Warschauer Paktes entsprechen. Westberlin würde ohne Zweifel die westlichen Alliierten wählen, und diese Tatsache zusammen mit dem nachstehenden Punkt 6 würde gewährleisten, daß es wirklich unabhängig wäre und nicht bloß „frei" im kommunistischen Sinn. UN-(Nicht-NATO-)Truppen allein wären natürlich noch weniger als nutzlos und hätten lediglich Chaos und kommunistische Intervention zur Folge.

Zwar hat Chrustschow die Gegenwart der alliierten Truppen mit der Begründung abgelehnt, daß sie einen „aggressiven NATO-Stützpunkt" darstellten, aber er glaubt selbst nicht daran und will hauptsächlich den Besatzungsstatus beseitigt wissen. Ein Vorteil für den Westen wäre, daß die Alliierten in Berlin auf normale Weise durch Botschafter vertreten wären, die von den Botschaftern in Bonn unabhängig wären und selbstverständlich ihre eigenen Streitkräfte in Berlin kontrollieren würden.

Unmittelbare Zeugen

6. Die vier Mächte würden sich über Garantien für den Zutritt sowohl ihrer zivilen als auch ihrer militärischen Vertreter nach Berlin einigen. Die Zahlen wären sehr klein im Vergleich mit dem Gesamtverkehr von und nach Berlin. Ostdeutschland könnte in diesem Zusammenhang einen Teil seiner Souveränitätsrechte an die Sowjetunion abtreten, und zwar ohne jeglichen Grund zur Klage, denn solche Vereinbarungen werden häufig zwischen Alliierten getroffen.

7. Einige wichtige Behörden der Vereinten Nationen würden nach Berlin verlegt werden. Chrustschow hat in dieser Hinsicht bereits Anzeichen des Einverständnisses erkennen lassen. Falls, was wahrscheinlich ist, sie zunächst auf Westberlin beschränkt blieben, würden sie dennoch zu unmittelbaren Augenzeugen der Mauer und aller ihrer Begleiterscheinungen und könnten in dieser Hinsicht einen günstigen Einfluß auf die Ostdeutschen ausüben.

8. Die drei deutschen Staaten würden Mitglieder der Vereinten Nationen werden, wodurch sich Vorteile für beide Seiten ergeben würden.

9. Die drei deutschen Staaten würden sich an diese Vereinbarungen halten; andere Staaten wären in beliebiger Zahl als Bürgen willkommen.

Diese Vorschläge wahren, so glaube ich, die Interessen aller beteiligten Parteien. Sie bieten auch eine Gelegenheit dazu, Berlin aus der sehr gefährlichen Stellung zu befreien, die es seit so vielen Jahren einnimmt und die es andernfalls noch für viele weitere einnehmen wird. Berlin ist eine Reise wert, wie die Berliner sagen; vielleicht wäre es auch noch eine Schlacht wert, einen Krieg zweifellos nicht.

Observer v. 23. IX. 62

James P. Warburgs neuer Berlin-Plan

Ein Vorschlag zur Regelung des Ost-West-Disputs über Berlin innerhalb einer Zehn-Jahres-Periode wurde gestern von dem Wirtschaftler und politischen Publizisten James P. Warburg vorgelegt.

Der Vier-Punkte-Plan, der zeitweise Ost- und West-Berlin unter die Aufsicht der Vereinten Nationen stellen würde, ist, wie Mr. Warburg erklärte, der Regierung der Vereinigten Staaten unterbreitet worden.

Der Plan würde den Russen nicht eher angeboten, bis sie das „unterdrückerische" ostdeutsche Regime durch ein „gemäßigtes Regime" ersetzt haben.

Die Westmächte würden die „de-facto-Existenz" Ostdeutschlands und die Endgültigkeit seiner Ostgrenze mit Polen (Oder-Neiße) anerkennen, während es Ost- und West-Deutschland allein überlassen bliebe, innerhalb von zehn Jahren eine Vereinigung zu suchen.

Berlin würde als die potentielle Hauptstadt eines vereinigten Deutschland behandelt; die gegenwärtigen Garnisonen würden dort bleiben als Vertreter der Vereinten Nationen; die kommunistischen Länder würden den westlichen Zugang zu der Stadt garantieren und beide Seiten würden auf eine von Berlin ausgehende Subversion verzichten.

Wenn Deutschland wiedervereinigt würde, würden alle ausländischen Truppen abgezogen, vorausgesetzt, das Land akzeptiert permanente Neutralität.

Wenn es den zwei deutschen Staaten nicht gelungen wäre, sich innerhalb von zehn Jahren zu vereinigen, würde den Einwohnern von Westberlin gestattet werden, nach Westdeutschland umzuziehen und von Ostdeutschland Entschädigung für alles unbewegliche Eigentum zu erhalten.

New York Times (International Edition) v. 25. IX. 62

Präsident Kennedy: Amerikanische Wirtschaftslage sehr ernst

Ernsthafte Besorgnis über die Lage in großen Teilen der amerikanischen Wirtschaft äußerte USA-Präsident Kennedy in Washington. Vor amerikanischen Verlegern und Redakteuren sagte der Präsident, in den Vereinigten Staaten gebe es eine unerträglich hohe Rate von Arbeitslosigkeit. Außerdem seien bedeutende Industriekapazitäten, insbesondere in der Stahlindustrie, nicht voll genutzt. In einigen Gebieten sei ein anhaltender wirtschaftlicher Rückgang zu beobachten. Dazu komme das beunruhigende Defizit in der Zahlungsbilanz der USA. Auch das wirtschaftliche Wachstum hänge noch hinter anderen großen Industrie-Nationen zurück. Die Regierung und auch die Geschäftswelt sollten sich einmal überlegen, sagte Kennedy, was zusätzlich unternommen werden könne, um einen Wirtschaftszuwachs zu erzielen, der dem Anwachsen der Bevölkerung angemessen ist.

Stuttgarter Zeitung v. 28. IX. 62

Neue Waffenkäufe der Bundesrepublik in USA

Die Bundesrepublik wird nach einer Mitteilung des stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsministers Gilpatric in den nächsten zwei Jahren Waffen und militärische Ausrüstungen im Werte von 1,2 Milliarden Dollar (5 Milliarden Mark) in den Vereinigten Staaten kaufen. Ein entsprechendes Abkommen, sagte Gilpatric, sei Bestandteil der alliierten Entschließungen, den USA beim Ausgleich der Zahlungsbilanz zu helfen.

Stuttgarter Zeitung v. 24. IX. 62

Die New York Post zur Abberufung Grewes

Dr. Wilhelm Grewe, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, verließ, wie berichtet, Washington, nachdem er einen kalten Strahl auf gewisse Kreise gerichtet hatte — besonders auf intellektuelle an der Ostküste, die nach seiner Meinung negative Ansichten über die Bundesrepublik hätten. Grewe wurde versetzt, weil er nicht mit der Regierung Kennedy auskommen konnte. Wie „Newsweek" berichtet, hielt er bei einem Treffen im Weißen Haus Präsident Kennedy in selbstgerechter Weise eine Lektion über die Gefahren, mit den Kommunisten zu verhandeln, und erinnerte den Präsidenten anmaßend daran, daß einmal amerikanische Beamte in naiver Weise die chinesischen Kommunister für Agrarreformer gehalten hätten.

Grewe und seine Freunde in Bonn sollten nicht unter einem Mißverständnis stehen. Es gibt in den Vereinigten Staaten gegenüber der Bundesrepublik Zurückhaltung. Die Fähigkeit des deutschen Volkes, demokratische Formen anzunehmen, seine Wirtschaft wiederaufzubauen und zugunsten der europäischen Integration dem Nationalismus zu entsagen, wird überall gewürdigt. Aber solche Entwicklungen können nicht und sollten auch nicht die Vergangenheit wegwischen, besonders da noch Fragezeichen über den Weg bestehen, den Deutschland am Ende nehmen wird. Die Unfähigkeit einiger führender Männer in der Bundesrepublik, zum Beispiel den Widerstand der europäischen und amerikanischen öffentlichen Meinung gegen die Ausrüstung der Bundesrepublik mit Nuklearwaffen zu verstehen, spiegelt einen beunruhigenden Mangel an geschichtlichem Verständnis wider, der weit verbreitet ist.

Es wird uns gesagt, daß die Bundesrepublik nicht wünsche, als zweitklassiges Mitglied der westlichen Allianz angesehen zu werden. Doch gibt es hier einen anderen Weg der Betrachtung. Sicher stellt es keine Diskriminierung dar, von der Bundesrepublik gewisse

Opfer für den Frieden zu erwarten. Wenn sie darauf besteht, Zugang zu den Nuklearwaffen zu erhalten, muß das Gefühl der Ruhe unter uns beweisen, daß wir bereit sind, die Bundesrepublik als gleich zu behandeln und gleichzeitig die Geschichte nicht zu vergessen. Jene, die sich der Vergangenheit nicht erinnern wollen, sind verdammt, sie zu wiederholen, sagen die Philosophen.

New York Post v. 18. IX. 62

Claude Bourdet: Ein Verbrechen gegen die deutsche Jugend

‚Hitler war gewiß ein Dummkopf, da er den Krieg verlor und sich in der ganzen Welt durch die Judenermordungen verhaßt gemacht hat. Er war gewiß ein Wahnsinniger. Aber seine Idee einer Neuen Europäischen Ordnung war bestimmt richtig: den Beweis liefert uns heute de Gaulle, der sich davon leiten läßt. Natürlich haben wir uns seit 1945 viel geirrt (als wir glaubten, umlernen zu müssen). Man muß die Geschichte dort wiederaufnehmen, wo unsere Väter sie liegengelassen haben.' Ich übertreibe? Das denken die jungen Deutschen nicht? Nein, gewiß! Nichts ist so einfach, so klar. Aber die Haltung des Westens seit 15 Jahren, die die unglaubliche Reise de Gaulles und die Apotheose des deutschen militärischen Geistes seiner Rede vor der Führungsakademie in Hamburg krönt, kann sie nur dahin bringen, dies immer mehr zu denken. Man könnte sagen, daß es ein neues Verbrechen gegen die deutsche Jugend ist (bevor es ein Verbrechen gegen den Weltfrieden darstellt), wenn das Wort Verbrechen einen Sinn hätte für einen Menschen, der sich über Gut und Böse ebenso entschlossen lustig macht wie über die Deutschen selber. Seine Stellung als „Führer Europas" verstärken, wenn möglich die Mitarbeit der Engländer verhindern, sie in jedem Fall vor eine befestigte Paris-Bonn-Achse stellen, sich gegenüber den Amerikanern bedeutsam und gegenüber den Russen drohend machen, den durch die algerische Angelegenheit verbitterten französischen Offizieren (den eidbrüchigen wie den loyalen) ein neues, ihren Ambitionen entsprechendes Betätigungsfeld geben: das waren die wichtigsten Ziele dieser Wahldemogogie klassischsten Stils. Wir sehen jetzt, wohin die gaullistische Außenpolitik führt. Die wiederholte Sabotage der Abrüstungsversuche, das Verhindern jedes Ausgleichs in der Berlinfrage erhalten ihren vollen Sinn: das alles ging in Richtung eines Militärbündnisses zwischen den ehemaligen Hitler-Offizieren und ihren Nachahmern im algerischen Kriege. Im Vergleich dazu wird der extremistische Flügel des Pentagon bald als gemäßigt erscheinen.

Tribune Socialiste (Paris) v. 15. IX. 62

Die Erklärung der 10. „Pugwash Conference on Science and World Affairs" in London, September 1962

Wir, Wissenschaftler aus 35 Ländern, die wir hier zur Zehnten Pugwash Conference on Science and World Affairs zusammengekommen sind, sind uns einig in dem Bewußtsein, daß die wissenschaftliche Revolution für die Menschheit eine vollkommen neue Situation geschaffen hat, indem sie dem Menschen eine noch nie dagewesene Fähigkeit des Schaffens und des Zerstörens geschenkt hat. Wir sind nach London gekommen, um die Wege zu finden, welche die sicherste Gewähr dafür bieten, daß die Wissenschaft zu einem Segen für die Menschheit wird und nicht zu einem Fluch.

Unser Hauptanliegen ist es, Krieg zu verhüten und die Menschheit von der sorgenvollen Unruhe und den schweren wirtschaftlichen Belastungen als Folgen des Wettrüstens zu befreien. Ein Weltkrieg mit Kernwaffen wäre ein Verhängnis unvorstellbaren Ausmaßes. Er würde einen großen Teil der jetzt lebenden Menschen ausrotten und die weitere Existenz der Überlebenden in Frage stellen.

In der ganzen Welt verschlingt der Rüstungswettlauf ein ungeheures Maß an menschlichem Talent und natürlichen Hilfsquellen. Sie sind vergeudet, denn sie geben nicht nur keine Sicherheit, sondern erhöhen noch die Kriegsgefahr. Gegen Landstreckenraketen mit thermonuklearen Sprengköpfen gibt es keine wirksame Verteidigung. In einer solchen Situation verliert die herkömmliche Auffassung vom Krieg als einem Instrument der Politik ihren Sinn. Der Krieg muß aus dem Leben der Menschheit verschwinden. Allgemeine und vollständige Abrüstung und gleichzeitig die Schaffung wirksamer Mittel zur Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit sind heute das dringlichste Anliegen der Weltpolitik.

Abrüstung und ein dauerhafter Frieden sind Grundbedingungen für die Schaffung einer neuen Gesellschaft, in welcher die Armut beseitigt werden könnte. Die Aussicht auf eine solche Welt ist heute nicht mehr eine Utopie. Die technologischen und wissenschaftlichen Triumphe unserer eigenen Zeit haben die kühnsten Träume der uns voraufgegangenen Generationen bereits um ein Vielfaches übertroffen, und unsere Kenntnisse vermehren sich mit ständig wachsender Geschwindigkeit.

Bei unseren Konferenzen haben wir deshalb den verwickelten Problemen der Abrüstung unsere besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Hierzu gehören: die Schritte, durch welche man zur Abrüstung gelangen könnte, und Maßnahmen, durch welche das Vertrauen der Staaten untereinander und ihre Sicherheit während dieses Vorganges gewährleistet werden könnte; die Maßnahmen, welche zur Aufrechterhaltung des Friedens in einer abgerüsteten Welt notwendig sind; und die wirtschaftlichen Probleme, die sich aus der Abrüstung ergeben könnten. Auf Grund unserer Diskussionen glauben wir, daß für alle diese Probleme Lösungen gefunden werden können.

Unsere besondere Aufmerksamkeit galt auch dem Problem des Kernversuchs-Stopps und den in diesem Zusammenhang von den nicht-gebundenen Nationen in Genf gemachten Vorschlägen. Weiter wurden auf der Konferenz neue und wirksamere Möglichkeiten der Entdeckung von Kernwaffenversuchen durch automatisch arbeitende, versiegelte Erdbebenwarten erörtert. Diese würden von der betreffenden Nation in der vereinbarten Zeit errichtet werden, nachdem die internationale Organisation sie vorher versiegelt hätte. Ein solches Kontrollsystem würde nach unserer Ansicht die Sicherheit keines Landes gefährden.

Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß während des Vollzuges der allgemeinen und vollständigen Abrüstung die frühzeitige, kurzfristige und hinreichend nachprüfbare Beseitigung der Abschußeinrichtungen für Massenvernichtungswaffen ein befriedigender Anfang wäre, wenn damit eine beträchtliche Verminderung der konventionellen Streitkräfte und Waffen verbunden wäre und eine Lösung der Probleme gefunden würde, die sich aus der Anwesenheit von Truppen und Stützpunkten auf fremdem Boden ergeben.

Nach den bei unseren Konferenzen gewonnenen Erkenntnissen sind wir der Auffassung, daß die Wissenschaftler bei der Lösung dieser Probleme einen besonderen Beitrag zu leisten haben. Zwanglose Diskussionen unter Wissenschaftlern tragen zum Verständnis gegensätzlicher Standpunkte bei.

Wir glauben, daß unsere Konferenzen von Nutzen gewesen sind, aber wir befinden uns in einer Zeit unendlich schnellen Wechsels, in welcher ständig neue Probleme auftreten. Die Wissenschaftler sollten deshalb ihre Anstrengungen vergrößern, die Abrüstung herbeizuführen und die Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Es ist die zwingende Pflicht der Wissenschaftler aller Nationen, darauf hinzuweisen, daß Kriege überholt sind. Sie müßten, wie wir glauben, sich ihrer Verpflichtung bewußt werden, die Abrüstung zu fördern, und sie müßten Regierungen, wissenschaftliche Vereinigungen und andere Organisationen dazu auffordern, sie bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

Wachsendes Vertrauen zwischen den Nationen ist ein notwendiger Teil des Fortschritts zur Abrüstung hin und zum wirklichen Frieden. Als einen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis haben wir deshalb auch konstruktive Vorschläge für viele Arten internationaler wissenschaftlicher Zusammenarbeit erörtert. Hierzu gehören Vorschläge für großangelegte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der reinen Wissenschaft und internationale Anstrengungen für den Einsatz der Wissenschaft bei der Förderung der Entwicklungsländer.

Wir befinden uns in einem Stadium, wo allgemeine Grundsatzerklärungen nicht mehr ausreichen. Taten sind notwendig. Einige Vorschläge zur Förderung der Abrüstung und des menschlichen Wohlergehens bedürfen vor ihrer Durchführung eingehender Untersuchungen, andere ließen sich sofort zur Ausführung bringen. Wir betonen noch einmal, daß das Ziel vollständiger Abrüstung und eines dauerhaften Friedens realistisch und dringlich ist. In diesem Werk darf man einen Teil des langen Kampfes für den Fortschritt der Menschheit sehen, eines Kampfes, bei welchem die Wissenschaftler eine verantwortungsvolle Rolle zu spielen haben.

Wir fordern die Wissenschaftler in aller Welt auf, uns bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

(Dt. Übersetzung „Blätter für deutsche und internationale Politik")

Aus der Rede von Prof. D. Paul Tillich bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche, 21. September 1962

Friede erscheint, wo im persönlichen wie im politischen Leben eine alte Grenze ihre Wichtigkeit und damit ihre Macht, Unfrieden zu stiften, verloren hat, auch wenn sie noch als Teilgrenze fortbesteht. Friede ist nicht spannungsloses Nebeneinander; er ist die Einheit im Umfassenden, in der das Gegeneinander lebendiger Kräfte und die Konflikte zwischen dem Alten und dem jeweils Neuen nicht fehlen, in der sie aber nicht zerstörerisch ausbrechen, sondern gehalten sind im Frieden des Übergreifenden.

Wenn das Überschreiten und Rücküberschreiten der Grenze der Weg zum Frieden ist, dann ist die Angst vor dem, was jenseits liegt, und der daraus geborene Wille, es zu beseitigen, die Wurzel des Unfriedens und der Kriege . . .

Gegenüber den radikal antichristlichen Angriffen des Nationalsozialismus mußten die Kirchen sich auf die Tradition zurückziehen und um den Preis der Verengung ihre Wesensgrenze, ihre Identität, verteidigen. Heute aber ist ihr Auftrag, zur Grenze zurückzukehren, sie zu überschreiten und im Hin und Her zwischen Kirche und Kultur um das Übergreifende zu ringen. Wagen die Kirchen dieses Überschreiten der Grenzen ihrer eigenen Wirklichkeit nicht, so werden sie belanglos für Unzählige, die essentiell zu ihnen gehören. Und der Stachel des Versagthabens kann eine fanatische Selbstbejahung bewirken, die die Kultur sich einverleiben und die Grenzen zu ihr aufheben will.

Ein anderes Beispiel für den Ruf zur Grenzüberschreitung soll gegeben werden. Es beginnt auch mit dem Individuellen und führt zur Situation von Gruppen, hier und jetzt. Ich denke an Menschen, die vor die Möglichkeit gestellt sind, über ihre nationalen und kulturellen Grenzen hinauszugehen, sei es durch Studium, sei es durch persönliche Begegnungen im eigenen oder fremden Land. Die Grenzen ihres eigenen kulturellen Seins, ihre nationale oder kontinentale Beschränktheit sind für einen Augenblick für sie sichtbar geworden. Aber sie können die Sicht nicht ertragen, sie können die Grenze nicht überschreiten und nach etwas Übergreifendem suchen. Die Angst des Möglichen packt sie und treibt sie zurück. Und die Begegnung mit dem Fremden, die eine Aufforderung zum Überschreiten der Grenze ist, wird zur Ursache eines das Fremde hassenden Fanatismus. Man will die Grenze, die man nicht überschreiten konnte, auslöschen, indem man das Fremde zerstört.

Es gibt eine soziale Klasse in allen Industrievölkern, die vorzüglich durch diese Struktur charakterisiert ist: die untere Mittelklasse, das Kleinbürgertum oder — in einem soziologisch umfassenden Symbol — der Spießer. Er kann geradezu charakterisiert werden — in welcher sozialen Klasse er auch vorkommt — als jemand, der sich durch die Angst, an seine eigene Grenze zu geraten und sich selbst im Spiegel des Andersartigen zu sehen, nie über das Gewohnte, Anerkannte, Festgelegte zu erheben wagte. Möglichkeiten, die jedem Menschen dann und wann gegeben sind, über sich hinauszukommen, ließ er unverwirklicht: ob es ein Mensch war, der ihn aus seiner Enge hätte herausreißen können, oder ein ungewohntes Werk der Kunst, das ihn hätte erschüttern können, oder ein Wort aus der Dimension des Ewigen, das ihm die Selbstsicherheit seines Daseins hätte umwerfen können. Um sich herum aber sieht er Menschen, die über die Grenzen gegangen sind, die er nicht überschreiten konnte. Und der heimliche Neid wird zum Haß.

Und wenn dann wie in Deutschland zur Hitlerzeit der Haß die uneingeschränkte Macht erhält, sich auszuwirken, dann schließt er zunächst die Grenzen, so daß es einem ganzen Volk unmöglich wird, über sich selbst hinauszusehen. Und dann wird der Versuch gemacht, die Grenzen zu beseitigen durch Unterwerfung oder durch Vernichtung dessen, was jenseits der Grenze liegt, seien es andere Rassen oder benachbarte Nationen, seien es gegnerische politische Systeme oder neue künstlerische Stile, seien es höhere oder niedere soziale Klassen, seien es im Überschreiten der Grenze gereifte Persönlichkeiten. Es ist der dämonische Trieb, der vielleicht in jedem ist, seine Grenzen auszulöschen, um selbst das Ganze zu werden.

Darum fühle ich, daß ich meinen Auftrag als Theologe nicht erfüllen würde, wenn ich nicht ein Zweifaches hinzufügte: einmal, daß in allen Ländern und auch in den Vereinigten Staaten Schichten da sind, die der beschriebenen Struktur des Spießers entsprechen. Sie erheben immer wieder ihr Haupt, noch ohne Erfolg, aber im gegenwärtigen Moment in neuen Formen und mit zahlreichen Anhängern. Und das zweite, das ich als jemand,

dem Berlin für Jahre seines Lebens nicht nur Heimat, sondern auch Mythos war, nur zögernd ausspreche: Alles, was ich vom Überschreiten der Grenze gesagt habe, gilt auch für das Überschreiten der Grenze, die heute für die westliche Welt am schwersten zu überschreiten ist, die Grenze nach dem Osten. Es ist falsch, wenn die westlichen Völker durch Erziehung, Literatur und Propaganda davon abgehalten werden, diese Grenzen mit ihren zahlreichen Mauern, die nicht nur in Berlin aufgerichtet sind, zu überschreiten. Wir müssen auch sehen, was drüben in der Tiefe vor sich geht, und es menschlich — nicht nur polemisch — zu verstehen suchen. Und ich wünschte, ich wäre fähig, das auch zu denen auf der anderen Seite der Grenze zu sagen.

Die politisch und geistig Verantwortlichen des Westens aber sollten dafür kämpfen, daß die Erziehung der Völker nicht nur der Einprägung und Vertiefung des Eigenen, so groß es auch sein mag, dient, sondern daß sie über die Grenze hinausführt: Im Kennen, im Verstehen, im Begegnen, auch wenn das Begegnende das nur Entgegenstehende zu sein scheint. Ermutigung zum Überschreiten des nur Eigenen, das ist es, was Erziehung zur Schaffung des Friedens beitragen kann. Und hier ist wichtiger als alles andere die Erziehung zu einer Geschichtsbewußtheit, die geschichtliches Wissen mit geschichtlichem Verstehen vereinigt und in keiner Weise auf den Geschichtsunterricht beschränkt ist...

Das Versagen Deutschlands seit der Mitte des 19. Jahrhunderts lag darin, daß es Macht entwickelte, ohne daß diese Macht in den Dienst einer Berufung gestellt war. Was Bismarck Realpolitik nannte, war Machtpolitik ohne ein leitendes Berufungsbewußtsein. Und darum konnte Hitler mit dämonischer Genialität das absurde rassische Berufungsbewußtsein weiten Kreisen des deutschen Volkes suggerieren, ein Vorwand, aber ein wirksamer Vorwand für eine durch kein echtes Berufungsbewußtsein geleitete Machtentfaltung.

Friede ist möglich, wo Macht im Dienst eines echten Berufungsbewußtseins steht und das Wissen um die Wesensgrenze die Wirklichkeitsgrenzen in ihrer Wichtigkeit herabsetzt. Daß dieser Grundsatz der Politik nicht aufgenommen wurde, ist die Ursache für die deutsche Friedlosigkeit im 20. Jahrhundert. Daß er wiederaufgenommen werde, sollte das Ziel aller Friedensbestrebungen in Literatur und Politik sein. Man vermeide Friedensreden, die dadurch, daß sie nicht helfen können, schaden, denn die Weltgeschichte ist zu tief im Dämonischen verwurzelt. Pazifistische Gesetzlichkeit fordert das unbedingte Festhalten an den Grenzen, wie sie heute und hier tatsächlich gezogen sind. Sie vergißt die Dynamik der Weltgeschichte und das schöpferische und richtende Wirken der Wesensgrenze.

Daraus folgt eine zweite Forderung für die deutsche politische Erziehung und schließlich für die Politik selbst. Die erste war: Zum Überschreiten der Grenze, nämlich der Wirklichkeitsgrenze, zu führen und die Angst vor dem, was jenseits liegt, zu überwinden. Die zweite Forderung ist, zur Selbstbesinnung auf die eigene Wesensgrenze hinzuleiten und in ihrem Lichte das größere oder geringere Gewicht der wirklichen Grenzen zu beurteilen. In diesem Licht könnten enge politische Grenzen der Wesensgrenze eines Volkes angemessener sein als weitere. Es können verschiedene Grenzen für Teile einer sprachlich, aber nicht politisch geeinten Menschengruppe dem geschichtlichen Wesen dieser Gruppe entsprechen. Es könnte das Hineingenommenwerden engerer Grenzen in umfassendere die Forderung der Wesensgrenze sein und der Weg, auf dem ein Volk seine Identität findet und erhält. Gerade das hat sich im Laufe der Geschichte immer wiederholt, und wir sind heute in einem historischen Augenblick, wo die Verwirklichung der Wesensgrenzen der meisten Länder, zum mindesten der westlichen Welt, davon abhängt, daß sie sich in umfassendere Wirklichkeitsgrenzen einfügen ...

Es gibt keine menschliche Gruppe, die das Recht hätte, um ihrer Grenzen willen etwas zu beginnen, dessen Fortgang zur Zerstörung ihrer selbst und aller anderen menschlichen Wirklichkeit führen müßte...

Bemerkungen:

Hans Wirtz (71) lebt als freier Schriftsteller in Freiburg. Seine Ehebücher, Jugendschriften, religiösen Werke haben ihn weit über den deutschen Sprachraum hinaus bekannt gemacht. Sie wurden z. T. in 13 europäische Sprachen und in eine asiatische übersetzt. In seinen sexualpädagogischen Vortragswochen und Eheseminaren hat er der Jugend und den Verheirateten neue Wege gewiesen und damit Ungezählten geholfen. Wegen seiner führenden Arbeit in der katholischen Jugend- und Friedensbewegung mußte er 1933 in die Emigration (nach Holland, in die Schweiz und nach Brasilien). 1950 kam er nach Deutschland zurück.

Dr. Theodor Michaltscheff, 1899 in Bulgarien geboren, lebt nach längeren Studienaufenthalten in England und Frankreich seit 1930 als Schriftsteller, Lektor und Dolmetscher in Deutschland. Er promovierte 1935 in Hamburg, 1945 gehörte er zu den Wiederbegründern des deutschen Zweiges der IdK (Internationale der Kriegsdienstgegner). Er ist Redakteur der „Friedens-Rundschau". — Von seinen Publikationen seien hier genannt: ABC der Kriegsdienstverweigerung, 1952; Kriegsdienstverweigerung als moralische Pflicht und soziale Aufgabe, 1953; Gewissen vor dem Prüfungsausschuß, 1962.

Berichtigung: Das Motto zu dem Beitrag von Dr. Joseph Weill, „Die ärztliche Ethik und der Hunger in der Welt", Heft 9/62, Seite 692, lautet richtig: Non omnis moriar!

An unsere Leser: Der Verlag wäre den Lesern der „Blätter" sehr dankbar, wenn sie uns einige völlig vergriffene, auch in unserem Archiv fehlende alte Nummern zur Verfügung stellen würden, sofern diese nicht mehr gebraucht werden. Es handelt sich um die Nummern 1 und 2/56; 2/57; 3, 8 und 9/58; 1/59; 1, 4, 9, 10, 12/60; 1, 2, 4/61.

Wir bitten unsere Leser

von der neuen, von nun an jedem Heft der „Blätter" beiliegenden blauen Antwortkarte Gebrauch zu machen.

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer †
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
RA Erwin Fischer
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i.R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayiron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher
Peter Nellen, MdB
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Oreste Rosenfeld
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
Pfr. Peter Walter
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Philipp Wehr, MdB †
Dr. med. Joseph Weill
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari

Bemerkungen:

Hans Wirtz (71) lebt als freier Schriftsteller in Freiburg. Seine Ehebücher, Jugendschriften, religiösen Werke haben ihn weit über den deutschen Sprachraum hinaus bekannt gemacht. Sie wurden z. T. in 13 europäische Sprachen und in eine asiatische übersetzt. In seinen sexualpädagogischen Vortragswochen und Eheseminaren hat er der Jugend und den Verheirateten neue Wege gewiesen und damit Ungezählten geholfen. Wegen seiner führenden Arbeit in der katholischen Jugend- und Friedensbewegung mußte er 1933 in die Emigration (nach Holland, in die Schweiz und nach Brasilien). 1950 kam er nach Deutschland zurück.

Dr. Theodor Michaltscheff, 1899 in Bulgarien geboren, lebt nach längeren Studienaufenthalten in England und Frankreich seit 1930 als Schriftsteller, Lektor und Dolmetscher in Deutschland. Er promovierte 1935 in Hamburg, 1945 gehörte er zu den Wiederbegründern des deutschen Zweiges der IdK (Internationale der Kriegsdienstgegner). Er ist Redakteur der „Friedens-Rundschau". — Von seinen Publikationen seien hier genannt: ABC der Kriegsdienstverweigerung, 1952; Kriegsdienstverweigerung als moralische Pflicht und soziale Aufgabe, 1953; Gewissen vor dem Prüfungsausschuß, 1962.

Berichtigung: Das Motto zu dem Beitrag von Dr. Joseph Weill, „Die ärztliche Ethik und der Hunger in der Welt", Heft 9/62, Seite 692, lautet richtig: Non omnis moriar!

An unsere Leser: Der Verlag wäre den Lesern der „Blätter" sehr dankbar, wenn sie uns einige völlig vergriffene, auch in unserem Archiv fehlende alte Nummern zur Verfügung stellen würden, sofern diese nicht mehr gebraucht werden. Es handelt sich um die Nummern 1 und 2/56; 2/57; 3, 8 und 9/58; 1/59; 1, 4, 9, 10, 12/60; 1, 2, 4/61.

Wir bitten unsere Leser

von der neuen, von nun an jedem Heft der „Blätter" beiliegenden blauen Antwortkarte Gebrauch zu machen.